

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.10 Pf., halbjährlich 2.20 Pf., jährlich 4.40 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement 1.10 Pf. pro Monat, umfassen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Innerhalb des Reichsgebietes und Oesterreich-Ungarns 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die deutschsprachige Rubrik je Zeile über deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Direkte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 20. März 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die „Verbesserung“ des Erpressungsparagraphen.

(Schluß.)

Wie aber ist's mit der Verbesserung des Erpressungsparagraphen bestellt? Schlechter als schlecht. Durch die Änderung, wie sie die Novelle vorschlägt, wird den Scharfmachern in der Richterrobe, den im Geiste der Stumm und Kirdbach judizierenden Richtern die Verurteilung ehrenwerter Arbeiter als Erpresser nicht unmöglich gemacht. Die Begründung freilich meint, die gegen die Arbeiter gerichtete Anwendung des Paragraphen rühre daher, weil darin die Worte „das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt“ fehlen. Denn bei der Auslegung, die der Begriff des rechtswidrigen Vermögensvorteils gefunden habe, müßten bei dem jetzigen Wortlaut als Erpresser bestraft werden:

„Der Käufer, der mit der Entziehung der Kaufsache droht, falls ihm nicht die angebotene Ware zu einem von ihm für angemessen gehaltenen Preise verkauft wird, der Richter, der mit Kündigung droht, falls der von ihm zu hoch besundene Mietzins nicht herabgesetzt wird, und der Arbeitgeber oder Arbeiter, der durch Drohung mit Entlassung beziehungsweise Arbeitseinstellung die Gegenpartei zu Zugeständnissen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen bewegen will. Kamentlich die letztgedachte Forderung, die mit der Tendenz der Vorchrift im § 152 der Gewerbeordnung über die Koalitionsfreiheit im Widerspruch steht, ist geeignet, die Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeiter zu verletzen und im Austrage gewerblicher Lohnkämpfe verbitternd zu wirken. Denn beide Parteien werden dadurch veranlaßt, Ausgleichsverhandlungen zu vermeiden und ohne weiteres zu den Maßregeln der Entlassung oder Arbeitsniederlegung zu schreiten, weil sie befürchten müssen, daß Herabsetzungen, die sich bei Vorverhandlungen aus der Natur der Sache ergeben, als Erpressungen verfolgt werden.“

Deshalb empfiehlt es sich nach der Begründung, „den Tatbestand der Erpressung dem des Betruges (§ 263) in jeder Beziehung anzupassen, insbesondere die Vollendung des Vergehens erst dann eintreten zu lassen, wenn das Vermögen eines anderen beschädigt worden ist.“ — Es heißt dann weiter:

„Bei der vorgeschlagenen Fassung des § 263 müssen die Grundzüge, die nach feststehender Auslegung für den Begriff der Vermögensbeschädigung gegenüber dem Betrage zur Anwendung kommen, auch hier Platz greifen. Insbesondere wird bei dem Zwange zum Abschluß eines gegenseitigen Vertrages für die Frage, ob eine Vermögensbeschädigung vorliegt, der Wert der beiderseitigen Leistungen in Betracht zu ziehen sein. Dies hat zum Beispiel auf dem Gebiete des gewerblichen Lohnkampfes zur Folge, daß die seitens eines Arbeitgebers durch Androhung der Entlassung erwirkte Herabsetzung des Arbeitslohns und umgekehrt, daß die von Arbeitern durch Drohung mit Arbeitseinstellung erlangte Lohnerhöhung nur dann unter dem Gesichtspunkte der Erpressung strafbar gemacht werden kann, wenn der auf die Drohungen hin vereinbarte Lohn im Mißverhältnisse zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung steht und die Täter sich dessen bewußt waren.“

Was wird für die Arbeiter dadurch gewonnen? Nichts! Denn wir möchten den deutschen Staatsanwalt oder Richter sehen, der nicht beweisen könnte, daß das Vermögen des Unternehmers geschädigt wird, wenn die Arbeiter ihn zwingen, höhere Löhne zu zahlen oder auf eine Lohnherabsetzung zu verzichten. Oder daß das Vermögen des Arbeiters geschädigt wird, wenn er einer Gewerkschaft Beiträge zahlen muß. Der Niesel, den die Vorlage gegen die Verurteilung ehrenwerter Arbeiter als Erpresser vorschreiben vorgibt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ein Strohhalm! Und dazu wird der Richter durch die Begründung noch dazu gerade mit der Nase darauf gestoßen, daß der Erpressungsparagraph bei solchem Tatbestande anzuwenden ist und erhält durch die letzten Sätze der Begründung noch einen neuen Fingerzeig, wie er den Arbeitern einen Strid drehen kann. Indem er nämlich den vereinbarten oder geforderten Lohn im Mißverhältnis zu dem wahren Werte der Arbeitsleistung stehend findet! Das nötige Bewußtsein dieser „Tatsache“ bei den Arbeitern zu konstruieren, wird ihm ein Puppenpiel sein.

Welchem Richter würde es aber einfallen, einen Lohn, den der Unternehmer seinen Arbeitern durch die Drohung mit der Aussperrung aufzwingt, als im Mißverhältnis zu der Arbeitsleistung stehend zu erklären und gar anzunehmen, daß der Unternehmer sich dieser Tatsache, daß er die Arbeiter auswuchere, bewußt gewesen sei! Kein deutscher Staatsanwalt und kein Richter käme auf solchen vermessenen Gedanken — das zeigt uns die ganze bisherige Rechtsprechung. Sind doch Unternehmer noch nie als Erpresser bestraft worden, so oft sie auch durch Drohung mit der Aussperrung die Arbeiter gezwungen oder zu zwingen versucht haben, auf die ihnen von den Unternehmern diktierten Löhne einzugehen. Und wenn wir den neuen Paragraphen genau ansehen, so wird uns auffallen, daß die Änderung die Lage der Unternehmer sogar noch verbessert. Der Arbeiter schädigt nach der bisherigen deutschen Rechtsauslegung das Vermögen des Unternehmers, wenn er ihn zur Bewilligung höheren Lohnes zwingt, denn er bewirkt, daß das Vermögen des Unternehmers nicht

in dem Maße wächst, wie es sonst gewachsen wäre. Der Unternehmer aber, der dem Arbeiter sagt, daß er ihn nur beschäftigen wird, wenn er auf den ihm gebotenen Lohnsatz eingeht, schädigt — immer nach den Anschauungen, die in unserer Rechtsprechung leben — nicht das Vermögen des Arbeiters, denn bei den Arbeitern ist von Vermögen nicht die Rede; die Arbeitskraft und die Möglichkeit der Verwendung ihrer Arbeitskraft ist kein „Vermögen“ im Rechtssinn!

So entpuppt die famose Verbesserung der Novelle sich schließlich als eine Maßregel, die vielleicht den Unternehmern nützen kann, — obgleich das eigentlich gar nicht nötig ist, da man sie auf Grund des hier behandelten Tatbestandes doch niemals der Erpressung anklagt — den Arbeiter aber eher noch schlechter stellt, als er heute steht!

Soll die empörende Rechtsauslegung, die ehrenwerte Arbeiter als Erpresser ins Gefängnis bringt, fallen, so erkläre man im Gesetz, daß der Versuch der Arbeiter, höhere Löhne durchzusetzen, nicht unter den Erpressungsparagraphen fallen kann.

Eine andere Schutzwehr gegen die Auslegungskünste unserer kapitalistisch denkenden Justizbeamten dürfte nicht zu finden sein. Das die Regierung vorschlägt, ist für die Kat und nicht das Papier wert, darauf es geschrieben steht.

Adieu, Inzeratensteuer!

Die Finanzkommission des Reichstags erledigte am Freitag die Inzeraten- und Plakatsteuervorlage endgültig. Die Redner sämtlicher Parteien mit Ausnahme der beiden konservativen Fraktionen folgten den Spuren des Korreferenten Genossen Diez, der, gestützt auf die zahlreichen Petitionen, die sich sämtlich gegen die Vorlage richteten, die bedingungslose Ablehnung des § 1 der Vorlage empfahl.

Demgegenüber machte der Ministerialdirektor Kühn einen freilich mißlungenen Versuch, den „Vorwärts“ als Vorspann für die Vorlage zu benutzen. Er verlas nämlich einen Satz, der auf den ersten Blick freilich geeignet erschien, allenfalls als eine Empfehlung der Regierungsvorlage angesehen zu werden. Bei näherer Prüfung kam nämlich etwas anderes heraus. In der Nr. 175 des „Vorwärts“ vom 29. Juli 1908 wird mitgeteilt, daß die „Münd. neuesten Nachrichten“ über die Absicht der Regierung berichten, eine Inzeratensteuer in den Finanzreformplan aufzunehmen. Dagegen wenden sich die „Deutsche Tageszeitung“ sowohl wie die „Freisinnige Zeitung“, die beide diese Absicht der Regierung bekämpfen und die „Freisinnige Zeitung“ bezeichnet eine derartige eventuelle Vorlage von vornherein als „totgeborenes Kind“. Dieser Notiz ist folgender Schlußsatz angehängt:

Die Inzeratensteuer wäre von neuen indirekten Steuern noch nicht die schlechteste und zum mindesten einer Branntwein-, Tabak- oder Lichtsteuer entschieden vorzuziehen. Nur diejenigen Parteien hätten ein Recht, sie zu verwerfen, die überhaupt jede neue indirekte Steuer ablehnen und das Reichsdefizit durch progressivere Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, kurz durch direkte Steuern gedeckt wissen wollen. Aber die Inzeratensteuer würde das Einkommen der Zeitungskapitalisten schmälern und möglicherweise die Konkurrenz der Poursgeois- und Sensationspresse gegenüber der proletarischen Presse schwächen — deshalb ist sie von vornherein ein „totgeborenes Kind“!

Genosse Beck stellte fest, daß nichts weniger geeignet sei, den „Vorwärts“ hier als Rothfeller anzurufen, als diese Notiz, da sie zu einer Zeit entstanden sei, als man den Inhalt der Vorlage noch gar nicht kannte, das „totgeborene Kind“ noch nicht das Licht der Welt erblickt hatte.

Wie eingangs bemerkt, stimmten fast sämtliche Redner — außer Schläter und Dr. Köstle — dem Antrage des Genossen Diez zu, sofort reinen Tisch zu machen, die Vorlage glatt abzulehnen und in der Verleumdung verschwunden zu lassen. Das geschah denn auch. Der § 1 wurde mit allen gegen die 6 Stimmen der Konservativen und Reichsparteier in erster Lesung abgelehnt, ohne daß in eine zweite Beratung eingetreten ward. Damit war das „totgeborene Kind“ zugleich eingelargt und beerdigt.

Die Balkankrise.

Die Lage hat sich in den letzten 24 Stunden wenig geändert. Die diplomatischen Aktionen dauern fort. Nach dem „Matin“ hat England einen Antwortsplan Frankreich und Rußland unterbreitet, der von diesen drei Mächten der serbischen Regierung empfohlen werden und dann von Serbien an Oesterreich gerichtet werden soll. Der „Matin“ behauptet, daß die französische und englische Regierung sich bereits über den Wortlaut geeinigt haben unter der Bedingung, daß die russische Regierung denselben billigt. Gestern abend spät war die Zusage Tswolskis noch nicht eingetroffen. Es wird jedoch angenommen, daß er den Wortlaut billigen wird. In diesem Falle wird der Vorschlag sofort Milowanowitsch unterbreitet werden, der ihn, wie man glaubt, annehmen wird. Die Antwort soll Oesterreichs Forderungen in bezug auf die bosnische Frage und die serbische Abrüstung befriedigen.

Man sieht, die Entscheidung steht nach wie vor bei Rußland. Ueber dessen Haltung herrscht aber noch immer völlige Ungewißheit. Budapesters Meldungen lauten optimistisch und wollen von einem bevorstehenden Einlenken Tswolskis wissen, während man in Wien nach den schlechten Erfahrungen, die man mit der schwankenden und hinterhältigen Politik Tswolskis gemacht hat, bei weitem weniger hoffnungs-

freudig ist. Muß man ja gerade jetzt auch konstatieren, daß die letzte russische Note, die die bosnische Frage der Konferenz zur Entscheidung zuweisen will, den Widerstand und die Hoffnung der Serben auf russische Hilfe neuerlich gestärkt hat. Doch weckt das Vorgehen Englands und Frankreichs, denen Italien ja schon vorangegangen ist, immerhin eine neue Möglichkeit auf Erhaltung des Friedens und es liegen auch aus Serbien und Oesterreich Äußerungen vor, die der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch drücklicheren Ausdruck geben als in den letzten Tagen. So sagte Milowanowitsch in einer Unterredung, er glaube, daß die Bemühungen der Mächte erfolgreich sein werden und in der heutigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte Finanzminister Bilinski gegenüber dem Gerüchte, daß der Staat für den Fall eines Krieges die Einlagen in den Sparkassen einfach mit Beschlag belegen und für die Kosten des Krieges verwenden werde:

So unerhört ein derartiges Gerücht ist, befinden wir uns gegenwärtig in dem Zustande eines gefährlichen Rums auf die Sparkassen verschiedener Länder Oesterreichs. Ich will die Frage des Krieges hier durchaus nicht besprechen. Es ist, wie ich glaube, die begründete Hoffnung vorhanden, daß es zum Kriege nicht kommen wird, und wir wollen hoffen, daß der Frieden erhalten werden wird.

In dieser Situation wäre es wirklich nicht nötig gewesen, daß gerade deutsche Offiziere die Situation besonders schwarz malen, wie es in folgendem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ geschieht:

„Während von verschiedenen Seiten daran gearbeitet wird, die kritische Lage wieder einzureufen, sieht man das Gegenbild vieler Vorkämpfer in Serbien; hingegen ist mit sanfterem Zureden nicht viel auszurichten, dagegen kann man nach wie vor der Ueberzeugung sein, daß einem harten Druck der Mächte, namentlich Rußlands, es auch heute noch gelingen würde, Serbien zur Vernunft zu bringen. Die russischen Vorschläge in Serbien sind bisher vielleicht erfolglos gewesen, weil andere politische Rundgebungen Rußlands ganz dazu angehen waren, die Serben in ihrer Verantwortung zu bestärken. Hierzu gehört die russische Note an Oesterreich betreffend Einberufung einer Konferenz wegen der bosnischen Frage. Die überaus deutungsfähige russische Note ist objektiv geeignet, den Serben das Maßgrat zum Widerstand zu räumen. Will man die Serben zur Vernunft bringen, so ist der von Rußland eingeschlagene Weg nicht einwandfrei und nicht geeignet, der Sache des Friedens zu dienen. Die militärische Lage ist so zugespitzt, daß vielleicht nur wenige Tage bis zum Einmarsch österreichischer Truppen in Serbien verstreichen. Es ist fraglich, ob es jetzt dem christlichen Bemühen mancher Mächte noch gelingt, den Ausbruch eines serbisch-österreichisch-ungarischen Krieges zu verhindern. Jedenfalls verhält sich nach den zwischen den Regierungen der verschiedenen Länder stattgehabten Ausprüchen die Hoffnung, daß es gelingen wird, den Krieg, wenn er ausbricht, örtlich einzuschränken.“

Diese Auslassung ist im höchsten Maße ungeheuerlich. Denn gerade in dem Moment, wo Rußland unter der Einwirkung Englands und Frankreichs sich vielleicht doch zum Rückzug ansetzt, muß die deutsche Politik alles vermeiden, was durch Erweckung von Empfindlichkeiten diesen Rückzug erschweren könnte.

Eine italienische Mahnung.

Rom, 19. März. Die Regierung beauftragte ihren Gesandten in Belgrad, die serbische Regierung auf das ernste zu ermahnen, einer friedlichen Lösung der Balkanfrage keinerlei weitere Schwierigkeiten zu bereiten, da sie in der Verfolgung ihrer besonderen Absichten auf keinerlei Unterstützung seitens irgend einer Macht rechnen dürfe.

Montenegro mobilisiert.

Saloniki, 19. März. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat Montenegro tatsächlich seine Armee mobilisiert und dieselbe nach Spizza dirigiert. Die montenegrinische Miliz wurde mit Waffen versehen.

Der Poststreik.

Paris, 18. März. (Fig. Ver.)

Drei Millionen Menschen leben jetzt wie Robinson auf seinem Eiland — abgeschnitten von der übrigen Welt. Gestern abend ist die letzte Post abgetroffen worden, heute kein Brief, keine Zeitung mehr. Telegraph und Telephon sind nunmehr völlig stillgelegt. Die Zeitungen bringen an Telegrammen nur ein paar offizielle Nachrichten, die irgendwo durch die jah errichtete Mauer des Schweigens durchgeschickert sind. Aber auch die Regierung verfügt über keinen sicheren Depeschennapparat mehr. Der elektrische Funken ist wieder durch den Kurier der guten alten Zeit ersetzt, der Nachrichten in seiner Tasche fortträgt und wieder ins Land bringt. Zwischen Paris und Brüssel fahren die Kuriers hin und her, dann erst, auf belgischem Boden, ist die Regierung sicher, ihre Postkasten besördert und unentgeltlich ankommen zu sehen. . . .

Das sieht nun wahrhaftig fast wie eine Revolution aus und war doch nur ein gemeinsamer Protest von überbehandelten Beamten. Wenn es mehr wäre, haben diese wahrhaftig keine Schuld. Herr Simyan hat durch seine Mißwirtschaft alles aufgebracht und seine Beamten waren noch die geduldesten. Wegekündend ist, daß die Liga der Telephonabonnenten, die eine Organisation des Publikums gegen die skandalöse Wirtschaft im Fernverkehr anstrebt, die Streikenden beglückwünscht, da sie nur dem Plan, einen Streik der Abonnenten ins Werk zu setzen, zugekommen sei. Ueberhaupt steht das große Publikum, auch in den bürgerlichen Bezirken,

trotz der zahllosen Verlegenheiten, die der Ausstand schafft und noch mehr für die nächsten Tage droht, den Streikenden entschieden im sympathisch gegenüber. Sichtlich wird es in allen Volksschichten schmerzhaft empfunden, daß die Nachrichten von den fernem Lieben fehlen, das Ausbleiben der Geschäftsbriefe und Geldanweisungen bringt dem Handel Verluste und Schwierigkeiten und vollends die Vörie, die in der bedrohlichen internationalen Situation ohne Verkehr mit dem Auslande und so allen umherstreifenden wilden Gerüchten ausgelegt ist, ist sehr aufgeregt. Aber man hört fast nur die eine Stimme: *Sinhan soll gehen!* Der gesunde Menschenverstand der Franzosen hat für den strengen Autoritätsbegriff, dessen Verleumder lieber alles zugrunde richten will, ehe er die Behörde unter den Volkswillen beugt, nichts übrig. Jeder Mensch weiß: wenn Sinhan geht, ist in der nächsten Stunde jeder Beamte wieder auf seinem Posten. Die Bevölkerung will nun nicht zugeben, daß um des Unterstaatssekretärs willen, den alle Welt verurteilt, der Verkehr, das Wirtschaftleben, die öffentliche Ordnung aufs Spiel gesetzt werden soll. Freilich, es ist ein Nachgeben des Staates vor der Macht eines organisierten Massenwillens. Aber was soll die Autoritätsverspottung in einem Staat, dessen wesentliche Verfassungen seit 120 Jahren stets auf Machtstreiche begründet waren!

Aber dennoch — das Autoritätsprinzip steht sich zur Wehr. Clemenceau, der alte Dreiviertelanarchist, will alle Machtmittel des bürgerlichen Staates zu seinem Schutze aufheben. Und die großkapitalistische Presse, der „Tempo“ und die „Débats“ katzen Weisheit, hegen zur Jagd auf die bürgerlichen Freiheiten der Beamten. Die erste Rettungsaktion, die Herbeizitierung der Militärtelegraphisten, hat völlig versagt, nur die Ungültigkeit ihrer technischen Ausbildung gezeigt. Von 170 Geniesoldaten konnten drei den höchsten Apparat bedienen, kein einziger den Vordrücken, der für den internationalen Verkehr verwendet wird. Jetzt hat die Regierung, die heute zweimal beraten hat, ein Dekret beschloffen, wonach die Entlassung der Beamten ohne Verhandlung vor einem Disziplinarrat geschehen könne. Bisher sind nämlich die Streikenden nur suspendiert.

Mit solchen Maßregeln beschwört die Regierung neue, unabsehbare Gefahren herauf. Sind die letzten Garantien der Beamtenfreiheit in Frage gestellt, so wird das Problem auf seinem bisherigen beruflichen Gebiet ins allgemeine Politische verlagert und die Solidarität aller arbeitenden Bürger aufgerufen. Bisher hat die Arbeitskonföderation den Kampf der Postbeamten für ihre Würde mit der selbstverständlichen Sympathie begleitet, aber sie hat, um keine Mißverständnisse und Verleumdungen aufkommen zu lassen, ausdrücklich erklärt, zu warten zu wollen. Es ist klar, daß die angedrohten Gewaltmaßregeln der Regierung die Arbeiterschaft leicht zu Gegenmaßnahmen bewegen können, die der Auslandsbewegung noch eine ganz andere Tragweite geben könnten.

Mit fieberhafter Spannung blickt alles der morgigen Kammerverhandlung entgegen. Clemenceau will ein Vertrauensvotum haben — hernach, so wird versichert, werde Sinhan gehen. Aber es kommt darauf an, wofür Clemenceau das Vertrauen fordert. Vielleicht — ja wahrscheinlich — wird die radikale Mehrheit auch auf die Gewaltpolitik ihr Siegel drücken. Aber dann ist Sinhans Abgang keine Lösung. Ohne den allgemeinen Verzicht auf Maßregelungen ist kein Frieden möglich. Und der Kampf beginnt erst recht. Er führt zur schwersten Krise, die die dritte Republik durchzumachen hätte.

Die Arbeiter für die Beamten.

Paris, 19. März. Fünfstunden Telephon- und Telegraphenarbeiter haben in einer gestern abend stattgehabten Versammlung beschlossen, heute in den Ausstand zu treten. Ein Vertreter dieser Arbeiter erschien nachts in einer Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten, gab sein Wort, daß heute keine einzige Telephon- oder Telegraphenlinie mehr funktionieren werde, und sagte: „Wir werden die einzigen sein, die noch des Telephons oder des Telegraphen sich bedienen können.“ Große Begeisterung erregte bei den Anwesenden die Mitteilung, daß die Pariser Schuttpolizei dem Streikfonds achtshundert Franken zugeführt hätten. Amlich wurde nachts die Zahl der öffentlich Streikenden auf 5000 angegeben. Für heute hat der Kriegsminister dem Arbeitsminister hundert Telegraphisten der Kavallerie- und Artillerie-Regimenter zur Verfügung gestellt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. März 1903.

Einem als Zitatensüßler.

Aus dem Reichstage. (19. März.) Gegen die verschiedenen Angriffe, die am Tage vorher auf die Sozialdemokratie herabgeprallt waren, wandte sich heute Genosse Noske. Er wies zunächst an einigen markanten Einzelfällen nach, daß die Bekämpfung der Militärmißhandlungen deshalb nicht zu deren in der Theorie vom Kriegsminister empfohlenen Abstellung führen könne, weil die Verstrafung der Soldatenpeiniger so milde auszufallen pflegt, daß das Vergehen an sich den Interessierten eher im Lichte einer entschuldigen Entlassung als eines grauenhaften Verbrechens erscheinen muß. In scharfen Worten lehnte er sich dann gegen die Versuche des Kriegsministers, die Entredung der Sozialdemokratie mit unabweisenden Behauptungen zu begründen. Uebersehe doch obendrein der Kriegsminister ganz, daß er auf solche Weise, wenn seine Entredungsbestrebungen Erfolg haben sollten, die Wehrkraft des Reiches erheblich schwächen würde. Sie müßten auf die Dauer aber scheitern an dem stetigen Anwachsen der Sozialdemokratie im Volke wie im Heere. Wie unser Staatswesen, müsse mit ihm auch das Heer sich demokratisieren.

Während Noskes Rede hatte sich der Kriegsminister von den Adjutanten einige Zitatensüßler herbeischleppen lassen. Durch dienstbeflissene Abgeordnete war auch der Reichsverbandsgeneral v. Liebert zu dem Zweck mobil gemacht worden. Nachdem zunächst noch der freisinnige Abgeordnete Kopsch die militärischen Maßregelungen liberaler Politiker wegen irgend welcher Stichwahlparolen zugunsten der Sozialdemokratie mit durchaus triftigen Gründen bekämpft hatte, erhob sich Herr v. Einem, um den Beweis für seine eigenen Behauptungen anzutreten. Wenn der Mann aber jemals auf dem Schlachtfelde so ungeschickt operieren sollte wie auf der Parlamentariertribüne im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, dann würde er als Heerführer sich die bösesten Schläppen zuziehen. Hatte er da am Tage vorher behauptet, die Sozialdemokratie suche bei den jungen Leuten Abscheu vor dem Dienst zu erwecken. Wie beweist er das? Er verliest ein Zitat aus Nebels Rede in Dresden 1907, in dem vom Abscheu vor dem Militarismus die Rede ist. Dann produzierte er sich in den absurdesten Gedankenverrenkungen, um zu beweisen, daß beide Wendungen den gleichen Sinn hätten.

Noch schlimmer war folgende Leistung: Um zu beweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie für den Militärstreik eintrete, verliest er aus der Broschüre Kautskys über den Patriotismus einige Stellen, die allerdings Argumente für den Militärstreik enthalten, verschweigt aber, daß Kautsky diese Stellen als *Bedenkengänge Herbes* anführt, um dann seinerseits die Gegengründe geltend zu machen und gegen den Militärstreik zu polemisieren! Damit hat Herr v. Einem sich allerdings als ein gelehriger Schüler des Reichsverbandes entpuppt. Aber die Reichsverbändler operieren mit solchen Tricks doch immerhin nur in Patriotensammlungen, unbegreiflich ist es aber, wie der Kriegsminister sich hat einbilden können, im Reichstage könne er so etwas riskieren, ohne entlarvt zu werden. Die Sozialdemokraten gaben sofort durch Entziehungsrufe kund, daß sie dem Herrn v. Einem auf seinen Zitatensüßlingen waren. Als Genosse Frank-Mannheim dem Minister das Wort „Militärjesuit“ entgegenzuschleuderte, erhielt er einen Ordnungsruf. Morgen wird jedenfalls das Verfahren des Herrn v. Einem wohl durch Erbringung des achtenmäßigen Beweismaterials vor aller Welt in das rechte Licht gesetzt werden.

Zunächst enthielten dem Kriegsminister im Reichstage noch zwei würdige Helfershelfer in dem nationalliberalen Herrn Dagemann aus Erlau und dem antisemitischen Vödemer Rieseberg aus Wanzleben. Ihre sozialistenfresserischen Attacken passen sich würdig der Strategie des Herrn v. Einem an.

Um 8 Uhr wurde verlag.

Eisenbahnstreiken.

In der am Freitag im Abgeordnetenhaus fortgesetzten Debatte über den Eisenbahnstreik, ergriff zunächst der Minister v. Weitzenböck das Wort, um sich zu einigen wichtigen und zu vielen unwichtigen Fragen zu äußern. Bemerkenswert war seine Mitteilung, daß zum ersten Male auf einer größeren Strecke in vollem Umfange der elektrische Betrieb eingeführt werden soll, es ist dies die Strecke Magdeburg-Weipzig. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landtage zugehen. Ferner beabsichtigt die Verwaltung, die Frage der Revision der Gütertarife zu prüfen; eine Erhöhung der Gütertarife lehnt der Minister ab. Leider hat er mit Bezug auf die Personalfrage eine solche Erklärung nicht abgegeben.

Was die Frage der Zulassung elektrischer Konkurrenzbetriebe betrifft, so hat die Regierung gegen die Konkurrenz durch elektrische Privatbahnen für den Nahverkehr, besonders für den Vorortverkehr, keine Bedenken, im Gegenteil, es ist ihr sogar angenehm, wenn Privatunternehmungen die staatliche Verwaltung im Vorortverkehr entlasten — das offene Zugeständnis, daß die Verwaltung in dieser Beziehung ihren Aufgaben nicht gerecht werden kann. Nebenbei bemerkt, denkt der Minister nicht daran, den Vorortverkehr über ein gewisses Maß hinaus zu erweitern, d. h. er will der großstädtischen Bevölkerung nicht die Möglichkeit schaffen, fern vom Betriebe der Großstadt zu wohnen und ohne allzu erhebliche Unkosten ihre Arbeitsstätte zu erreichen. Die Interessen der Volksgesundheit werden dadurch nicht gerade gefördert.

Das einzig Erfreuliche an der Rede des Ministers war, daß er die von konservativer Seite geforderte Erhebung eines Zuschlages für die Benutzung der Speisewagen durch Fahrgäste dritter Klasse ablehnte.

Durch und durch reaktionär geberdet sich der Konservative v. Quast, der sich gar nicht genug darüber wundern kann, daß es heute, wo doch die vierte Wagenklasse so wunderschön eingerichtet ist, immer noch so viele sonderbaren Leute gibt, die die dritte Klasse benutzen. Es genügt ihm offenbar nicht, daß für ihn und seine Standesgenossen die beiden ersten Wagenklassen reserviert sind, er will, daß auch in der dritten Klasse niemand fährt, der nicht das Wort „von“ vor seinem Namen führt.

Daß auch bei dieser Gelegenheit verschiedene Redner den Minister gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen suchten, verweist sich von selbst. Als ob das einem Weitzenböck gegenüber nötig wäre! Ein Mann, der es durchgesetzt hat, daß in den Staatsbetrieben die Gewerbeinspektion nichts zu suchen hat, ein Mann, der „seinen“ Angestellten durch einen Federstrich die staatsbürgerlichen Rechte nimmt, ein solcher Mann braucht nicht erst zu besondern scharfmacherischen Taten angefeuernt zu werden. Das ist ein Minister nach dem Herzen der preussischen Schloß- und Krautjunker.

Sonnabend: Fortsetzung.

Schwere Gesehgeberarbeit.

Die Herrenhändler unterhielten sich am Freitag recht lange und angeregt über den Unterschied zwischen einer Rade und einem Reifigen und über die Verpflichung der Hesse-Kassauer Gemeinden, Ziegenböcke zu halten! Desto schneller gehen sie einem kleinen Staatsvertrag zwischen Preußen und Sachsen-Weimar sowie dem Gesehgentwurf betreffend die Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin (Hinzutritt Stralau) ihren Segen. Eine Petition auf Erhöhung des der Pflanzung nicht unterworfenen Teiles der Dienstinkommen, der Pension oder der sonstigen Bezüge der Beamten von 1500 auf 2000 M. erledigten die Vöden durch Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem sie so wieder einmal drei schwere Sitzungen abgehalten hatten, vertagten sie sich und ihre Gesehgeberarbeit auf unbestimmte Zeit.

Zur Reichsfinanzreform.

Wie der „Verl. Vol.-Anz.“ erfahren haben will, wird im Reichshofamt auf Grund der Beschlüsse der Subkommission des Reichstages eine neue Tabaksteuervorlage ausgearbeitet, die außer einer Erhöhung des Zolls für Tabakfabrikate und außer einer Erhöhung der Inlandsteuer einen Zolzzuschlag von 80 Proz. des Wertes für bearbeitete und un bearbeitete ausländische Tabakblätter vorsieht. Der Zolzzuschlag soll erhoben werden beim Uebergang der ausländischen Tabakblätter an den Verarbeiter; bis dahin sollen sie unter der Zollaufsicht des Reiches bleiben. Das weitere wird einer in Bremen zu errichtenden zollamtlichen Prüfungsstelle überlassen, die mit weitgehenden Nachbefugnissen ausgestattet wird.

Die Proteste der Regierungen der einzelnen Bundesstaaten gegen das Besitzsteuerkompromiß mehrten sich. In der Finanzkommission des württembergischen Landtages äußerte sich am Freitag auf eine aus der Kommission heraus gegebene Anregung der württembergische Finanzminister von Geyser über die Stellung der württembergischen Regierung zu dem gegenwärtigen Stande der Reichsfinanzreform. Als Ergebnis der an diese Erklärung sich anschließenden Erörterungen gelangte mit sieben gegen zwei

Stimmen bei vier Stimmenthaltungen folgender Antrag zur Annahme:

„Die Finanzkommission nimmt Kenntnis von der namens der Staatsregierung abgegebenen Erklärung des Herrn Finanzministers, daß die württembergische Regierung entschlossen ist, im Bundesrat an der Nachschaffener als wesentlichen Bestandteil der Reichsfinanzreform mit Entschiedenheit festzuhalten und fordert die Regierung auf, dahin zu wirken, daß der Bundesrat auf diesem, gleichmäßig im Interesse des Reiches und der Einzelstaaten gelegenen Standpunkte beharrt und dem vorgeschlagenen, die Grundgedanken der Reichsverfassung verlebenden Eingriffe in die Steuerhoheit der Einzelstaaten grundsätzlich entgegentritt.“

Für diesen Antrag stimmten die Volkspartei, die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten; dagegen stimmten die Konservativen, und das Zentrum enthielt sich der Stimme.

Auch in der heutigen Sitzung der Zweiten hessischen Kammer kam nochmals die Reichsfinanzreform zur Sprache. Finanzminister Dr. Gnauch erklärte, wenn man irgendeine Formel aufstellen wolle, unter der eine Einigung zwischen der Regierung und dem Hause erreicht werden könne, so würde es ungefähr die folgende sein: Das Haus ist einig mit der Regierung darüber, daß abgewiesen werden muß jeder Eingriff der Reichsregierung in das Gebiet der direkten Besteuerung und in die Finanzhoheit der einzelnen Staaten. Das Haus ist mit der Regierung weiter einig in der Auffassung darüber, daß kein Weg zur Lösung der Frage in dem Kompromißantrag gefunden ist, der unlängst von der Kommission des Reichstages angenommen wurde. Das Haus ist endlich mit der Regierung einig darüber, daß einer doppelten Belastung der Bundesstaaten mit Matrifikalarbeiträgen durch eine rein tatsächliche Besteuerung des Besitzes entgegengetreten werden muß.

Die Zweite Kammer stimmte diesen Ausführungen des Finanzministers zu.

Das Verkrüften.

Im englischen Unterhaus wird die Marinedebatte fortgesetzt. Die Konservativen greifen die Regierung an, weil sie nicht früher und in umfassender Weise für die Flottenvermehrung eingetreten sei. Die Möglichkeit, daß Deutschland ebenso rasch als England Dreadnoughts bauen kann, hat eine Panik erzeugt, die die tollsten Forderungen hervorruft. So veröffentlicht der „Daily Telegraph“ einen Artikel, in dem dargelegt wird, daß das Minimum (1) des Vauersfordernisses, das mit der Aufrechterhaltung des Zweimächle-Standards vereinbar sei, in dreißig Dreadnoughts bestehe, die in den nächsten vier Jahren begonnen werden müßten. Im Einklang damit sei ein Schiffsbauplan nötig, der das Erfordernis von 71 Millionen Pfund, das sind 1420 Millionen Mark, auf sechs oder sieben Jahre verteilte würde.

Es ist kaum möglich, schreibt uns unser Londoner Korrespondent, den tiefen Eindruck zu schildern, den die Flottendebatte gemacht. Die „deutsche Gefahr“, die deutsche Bedrohung der britischen Seeübermacht, die bislang nur als eine flottenschriftstellerische Phrasologie galt, ist nunmehr für den größten Teil der britischen Parlamentarier zu einem Dogma geworden. Nach der Rede des Premierministers, in der die Gefahr, die England angeblich von den deutschen Flottenrüstungen droht, geschildert wurde, sah das Unterhaus wie versteinert da. Erst nach und nach wurde die Debatte aufgenommen und das Unterhaus schien sich in einen Kriegsrat zu verwandeln.

Es ist möglich, daß die drohende Kriegsgefahr an der Drina, Morawa und in den Schwarzen Bergen mit ihrer Aussicht auf einen europäischen Krieg manches zur Fixbestimmung des Unterhauses beitrug, aber schon die Tatsache allein, daß Asquith zugab, daß sein Optimismus geschwunden sei, war genügend, die überwältigende Mehrheit der Unterhausmitglieder mit Schreden zu erfüllen.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Furcht der Mehrheit der englischen Bevölkerung vor den deutschen Flottenrüstungen, mögen diese Beweise nun, wie unsere Offiziere versichern, noch so unbegründet sein, die Spannung zwischen England und Deutschland außerordentlich steigern muß. Dieser Gefahr muß vorgebeugt werden, und sie kann nur vorgebeugt werden durch ein Uebereinkommen mit England, das die Flottenrüstungen begrenzt und damit den handgreiflichen Beweis liefert, daß die überwältigende Majorität des deutschen Volkes ebensowenig von einem Krieg mit England etwas wissen will als die Majorität der Engländer von einem Krieg mit Deutschland. Die Herren Bülow und Schoen haben heute „keine Zeit“ gefunden, der Einladung der Budgetkommission zu folgen und Ausführungen über ihr Verhalten in der Frage des Uebereinkommens zu geben. Es ist aber außerordentlich dringend, die englischen Besorgnisse nicht andauern zu lassen, weil die Spannung der internationalen Lage eine solche zu einer unmittelbaren Gefahr macht. Bülow und Schoen müssen sich die Zeit nehmen, und die Budgetkommission hat die Pflicht, eine Klärung dieser dringenden Frage herbeizuführen. Es ist der Gipfel der Sinnlosigkeit, daß Deutschland ein Schiff baut, um England zum Bau zweier Schiffe zu veranlassen, so daß mit jedem neuen deutschen Schiff die Ueberlegenheit — Englands wächst. Diesem Wahnsinn, der in beiden Ländern allen Kulturaufgaben die Mittel nimmt, die beiden großen Nationen in immer schärferen Gegensatz hineinzieht, muß ein Ende gemacht werden.

Unserer Forderung muß endlich Erfüllung werden: Verständigung mit England über Einschränkung des Flottenbaues!

Kaiserworte.

In einer zu Spremberg abgehaltenen konservativen Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete für Rottbus-Spremberg, v. Dieffen, über die politische Lage. Bei der Besprechung der „Daily Telegraph“-Affäre führte der genannte Abgeordnete folgendes Wortlich aus:

„Lassen Sie mich im Zusammenhange hiermit auf einige persönliche Erinnerungen zurückgreifen. Ich hatte die Ehre, daß der Kaiser mich im Juni in Schloßbesuch besuchte. Bei dieser Gelegenheit sah ich Se. Majestät mit dem Prinzen Oskar, meiner Frau und mir am Teetisch und meine Frau sagte im Laufe des Gesprächs: „Majestät glauben gar nicht, wie mein Mann wegen seiner Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie angefeindet wird.“ Darauf sagte der Kaiser: „Ach, ich bitte Sie, Sie müssen sich von der Kritik nicht ins Hochhorn jagen lassen; denken Sie nur, wie an mir Kritik geübt wird. Seit zwanzig Jahren, die ich in Deutschland regiere, wird an mir herumgerüttelt; bei 80 Millionen Deutschen findet man 70 Millionen Anfeindungen. Die in den Zeitungen Kritik abgeben, sind oft durch Vorurteile beherrschte, einseitige Menschen. Wenn ich einmal Deutschland verließ und an das andere Ende der Welt ginge, würde sich Deutschland vielleicht wundern und mir manches abtrotzen.“

Diesem meinte weiter, er habe die Empfindung, daß das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen dem Kaiser und dem Kanaler gelitten habe. Früher habe der Kaiser

Jeden Morgen gelagt: „Ich will meinen Bernhard sehen!“
Jetzt künden dagegen nur Vorträge und Konferenzen statt, die auf eine Erhaltung der Beziehungen zwischen Kaiser und Kanzler schließen liegen.

Bülow und Wilhelm II.

Die Zentrumsprelle setzt ihren Feldzug gegen Bülow fort, der durch seine Bemühungen, das Camp-Heroldische Steuerkompromiß zu Fall zu bringen, die schönen Hoffnungen der Zentrumsrepublik, daß das Zentrum bald weiter freiwillige Regierungspartei spielen könne, so grausam zerstört hat. Mit einem gewissen Raffinement suchen die liberalen Blätter den Kaiser gegen den Kanzler auszuspielen. So schreibt z. B. die „Sächsische Volksztg.“, das Organ des Zentrums in Sachsen:

„Der Freund des Reichskanzlers, Graf v. Hülsen-Haeseler, sprach in Donauwörth von der Nichtstimmung im Offizierskorps; Freiherr v. Kirchbach, der dem Reichskanzler viel zu verdanken hat, stellte der Kaiserin vor, daß die Zukunft der Hohenzollernmonarchie gefährdet sei; dem Kronprinzen stößte man Sorge um den Thron ein. Da kam der jähe Tod des kaiserlichen Freundes, und in der tiefen Gemüthserschütterung des Kaisers hatte der schuldige Reichskanzler gewonnenes Spiel.“

Weiter heißt es dann:
„Die Unterredung in Potsdam verlief zwar gar nicht, wie es die Offiziösen geschildert hatten, sondern sehr einseitig. Der Kaiser machte dem Reichskanzler schwere Vorwürfe über dessen Haltung; er gab am Ende nur deshalb seine Zustimmung zu der bekannten Publikation, weil sie damit erläutert wurde: 1. Sie besage nichts Neues; 2. sie werde die Gemüther beruhigen.“

Aber früher war das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler ein anderes; es hielt sich an die streng konventionellen Formen. Der „Liebe Bernhard“ gehörte der Vergangenheit an; die „Durchlaucht“ beherrscht die Gegenwart. Der Kaiser läßt sich stets Wortlos im Schloß halten, nicht mehr im Kanzlerpalais. Fürst Bülow weiß genau, wie es um ihn steht, und daß er wegen Dienstunfähigkeit entlassen wird, wenn er die Reichsfinanzreform nicht zustande bringt. ... Da Graf Oppersdorff zur kaiserlichen Tafel gezogen wurde, fand ein Ausgleich statt, indem der Kaiser an einem Diner beim Reichskanzler teilnahm. Aber alles täuscht nicht über die Situation hinweg. An einen Strohhalm klammert sich der Kanzler. Seinen Nachfolger kennt er schon; es ist der heutige Statthalter der Reichslande, an dessen Stelle dann Prinz August, der künftige Großherzog von Elsaß-Lothringen, treten wird.“

Die Zentrumsführer sollten sich gedulden. Lange kann selbst im Deutschen Reich eine Person, die ihr Ansehen im In- und Auslande so gründlich verloren hat wie Fürst Bülow, nicht mehr Kanzler bleiben.

Müller und Juncz, die „liberalen“ Helden.

Auf das in der Donnerstagsnummer von uns wieder-gegebene Verlegenheitsgestammel der beiden vorstichtigen Kämpfer gegen das persönliche Regiment antwortet die „Kreuzzeitung“:

Wir halten auch dieser Erklärung gegenüber unsere tatsächlichen Angaben vollständig aufrecht.
... Den Kommentar, den wir dazu geschrieben haben, mögen die genannten Herren für falsch halten, denn da entscheidet die Parteistellung; die sachliche Richtigkeit unserer Angaben ist unanfechtbar.

Alle äußeren und inneren Gründe sprechen dafür, daß die „Kreuzzeitung“ recht hat. Denn erstens hätten die beiden Helden sonst entschieden dementiert und zweitens entspricht diese demüthige Anfrage beim Reichskanzler, ob er den Liberalen erlaube, in der Frage der konstitutionellen Garantien ein bißchen liberal zu handeln, durchaus der „Unentwegtheit“, die der deutsche Liberalismus in dieser Frage und so vielen anderen bewiesen hat.

Toleranz der katholischen Kirche.

Auf der Seite „Freie Vogel“ bei Dortmund war der Genosse Nagel durch einen Unglücksfall zu Tode gekommen. Genosse Nagel gehörte früher der katholischen Kirche an, war aber ausgetreten. Da aber im Vorkhofen, wo er beigesetzt wurde, noch kein kommunaler Friedhof existiert, mußte er auf dem katholischen Friedhofe beigesetzt werden. Der Arbeitervereinsverein gab dem Dahingegangenen das letzte Geleit. Vor dem Friedhofe wurde dem Vereinsverein das Singen von der Polizei verboten. Weiter erklärte die Polizei, daß sie im Auftrag der katholischen Kirchengemeinde das Betreten des Friedhofes verbiete. Um den toten Genossen nicht den Händen der Polizei zu überliefern, trugen Kameraden ihn zum Grabe, das in einer Ecke an der Kirchhofecke hergestellt worden war. Nachdrängende Genossen wurden von der Polizei zurückgeköpft. Ja, selbst Auserwählte des Toten durften nicht den Friedhof betreten.

Bündlerversammlung.

In Dresden wurde heute (Freitag) die Landesversammlung des Bundes der Landwirte in Sachsen abgehalten. Nebenbei wie im Jhrbuch in Berlin liefen auch hier die Bündler Sturm gegen die Nachschlüssel und der Hauptredner des Tages, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Dertel leistete sich obendrein noch den Scherz, Wloz und Wloz gleichermäßen zu verhöhnen. Er meinte, die Bündler seien ebenso wenig mit dem Wloz, wie mit Bülow verheiratet und würden sich in ihrem Kampf gegen die Nachschlüssel von keinerlei Rücksichten leiten lassen.

Die Krise.

Das statistische Amt in Düsseldorf veröffentlicht den Monatsbericht für Januar, dem zu entnehmen ist, daß in der Metallindustrie eine kleine Vermehrung der Arbeiterzahl zu konstatieren war. Durch den Zugang von auswärtigen Arbeitskräften hat die geringe Verringerung beim Geschäftsvorkehr der Allgemeinen Arbeitsnachweise keine sichtbare Wirkung gehabt. 2065 männlichen Arbeitssuchenden standen nur 726 Stellenangebote gegenüber, jedoch auf je 100 von ihnen durchschnittlich nur 35 offene Stellen, gegen 37 im Dezember 1908, enthielten.

Bei der städtischen Leihanstalt stieg die Zahl der Pfänder im Laufe des Berichtmonats von 66 806 auf 70 336, die darauf gewährten Summen erreichten die Höhe von 668 002 M., annähernd 25 000 M. mehr als im Dezember 1908.

In der Statistik der städtischen Armenverwaltung spiegelt sich die wirtschaftliche Depression ebenfalls wieder, die Zahl der unterstufen Verurtheilten stieg auf 7883, circa 500 mehr als im Vormonat, 2000 M. wurden an Unterstützungen pro Woche mehr ausbezahlt als im Januar des Vorjahres. Im April für Obdachlose wurden 7800 Nachzügler gewährt, gegen 6150 im Dezember 1908 und 4808 im Januar desselben Jahres.

Blutrichter Militarismus.

Wie im vorigen Sommer unter der Stichmarke „Antimilitaristisches“ berichtet, hat das Kriegsgericht der 17. Division (Altona) den Arbeiter Albert Viehöf zu nicht weniger als 2 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt. Dem Berichtsherrn war dieses Urteil noch nicht „krumm“ genug, er legte Berufung ein mit dem Erfolge, daß das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps das erstinstanzliche Urteil aufhob und gegen Viehöf auf das folgende Strafmaß von sechs Jahren Gefängnis erkannte. In Ansehung der staatsgefährlichen Bestrebungen des Angeklagten, seiner unter-

hören Dreistigkeit und der schwereren Gefährdung der Disziplin, wie die Begründung ausführte, glaubte das Oberkriegsgericht auf diese Strafe erkennen zu sollen.

Die Vorkämpfer, die L. auf seine geistigen Funktionen untersuchten, hatten ihn für „normal“ erklärt, obwohl sein ganzes Verhalten wenig dafür spricht. L. hat seiner Militärdienstpflicht beim Kaiser Franz-Regiment genügt und hat sich dort auch gut geführt. Nach seiner Entlassung nach Hamburg zurückgekehrt, erhielt er die Aufforderung, zur Kontrollerversammlung zu erscheinen. In einem Briefe teilte er dem Bezirkskommando mit, er habe dem Kapitänleutnant seine Entlassungsurkunde vorgelegt, die er dem Kapitänleutnant mit seinen Einrichtungen den Krieg erklärt. Der Militarismus sei die schrecklichste Institution, deren leitende Persönlichkeiten seien Väter, die Jüde dieser Einrichtung sei die Ausbildung zum Morde. Sollte man gegen ihn vorgehen, so würde er mit Repressalien antworten. Diesen Brief druckte das Anarchistenorgan „Der Revolutionär“ ab, in dessen Redaktion L. einige Wochen später verhaftet wurde. In der Untersuchungsstube benahm er sich renitent und verweigerte den Offizieren usw. die sog. Ehrenbezeugungen. Vor Gericht legte L. unter heftigen Ausfällen auf die Sozialdemokratie sein Glaubensbekenntnis ab und gelobte nur dann „Besserung“, wenn man ihn in Ruhe lassen würde.

In einem „Blutrichter Militarismus“ überschriebenen Artikel kritisierte das „Hamburger Echo“ das ungenügende Urteil. Diese kritischen Bemerkungen hatten es dem Generalkommando des 9. Armeekorps angetragen, das darin eine Verleumdung der sieben Mitglieder des Oberkriegsgerichts erblickte. Es stellte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Peterson, Strafantrag wegen Verleumdung, dem auch stattgegeben wurde. Am Freitag gelangte die Sache vor der Strafkammer III des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung.

Die die Anklage antwortet, sollen durch die inkriminierten Redewendungen die Mitglieder des Oberkriegsgerichts getroffen und ihnen der Vorwurf gemacht werden, daß sie sich bei ihrer Urteilsfindung durch das Bestreben, sich „in der Herrschaft zu halten“, haben leiten lassen, mithin aus „anderen Erwägungen, als aus der Sache selbst.“

Hamburg, 19. März. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Der Staatsanwalt beantragte gegen Genossen Petersen zwei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 500 M. Geldstrafe. Die Begründung sagte, der Artikel enthalte gegen die Militärrichter den Vorwurf der bewussten Klassenjustiz.

Spareinlagen auf Heiligenbilder.

Die Commerzbank für Handel und Gewerbe ist vor einiger Zeit unrichtlich zusammengebrochen zum Schaden vieler kleiner Leute, die meinen, ihr Geld sei am besten und am nutzbringendsten angelegt bei einer Bank, deren Aufsichtsräte und Vorstand gut katholisch und zentrumsrein wären. Welcher Art die Geschäftsführung dieser „Bank“ war und auf welcher geistigen Höhe ein Teil ihrer Kunden stand, zeigt die Tatsache, daß jetzt die Konsumverwaltung die Mitteilungs macht, in den Spardbüchern seien Eintragungen auf fingierte Namen, ja selbst auf Heiligenbilder in der Kirche gemacht worden. Solche Spareinlagen auf Heiligenbilder hat diese ultramontane Bank seelenruhig angenommen. Die Heiligen konnten ja, wenn die Sache schief ging, ihr Geld nicht zurückverlangen.

Frankreich.

Ein Kommune kämpfer.

Leon Meillet, eines der letzten überlebenden Mitglieder der Pariser Kommune ist gestorben. Unter dem Kaiserreich hatte er in der revolutionären Opposition eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Er wurde in die Pariser Kommune gewählt, die ihn in die Justizkommission delegierte. Nach den Maitagen entkam er nach England, wo er bis in die 90er Jahre als Lehrer der französischen Sprache lebte. 1898 wurde er in seinem Heimatdepartement Lot-et-Garonne, im Wahlkreis Marmande zum Deputierten gewählt. Er schloß sich zu den Sozialisten. 1902 wurde er nicht wiedergewählt. Bald darauf nahm der müde Mann, gleich so vielen anderen Revolutionären, eine Anstellung in der Verwaltung an. Er ist als Direktor einer Irrenanstalt bei Bordeaux gestorben.

Flottenausgaben.

Paris, 19. März. Der Gesetzentwurf betreffend den Nachtragkredit von dreißig Millionen Frank für die Kriegsflotte ist dem Marineministerium fertiggestellt und wird der Kammer demnächst unterbreitet werden.

England.

Allgemeines Wahlrecht.

London, 17. März. (Fig. Ver.) Am 19. d. Mts. beantragt der liberale Parlamentsabgeordnete Geoffrey Howard die zweite Lesung seiner Vorlage zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts (für alle erwachsenen Männer und Frauen) und Abschaffung der noch vorhandenen Reste des Pluralvotums. Die Vorlage ist eine Private Bill, d. h. ein Initiativgesetz. Sie hat deshalb — auch wenn die zweite Lesung angenommen wird — keine Aussicht, Gesetz zu werden. Die Debatten darüber können nur als Rekognoszierungs-gesuche betrachtet werden, die den Zweck haben, die Stärke der Gegner zu entdecken. Und in dieser Beziehung haben sie bereits zum Teile ihren Zweck erreicht: die meisten Organisationen der Frauenrechtlerinnen erklärten sich gegen die Vorlage, da diese allen Frauen das Wahlrecht geben will, während die Frauenrechtlerinnen nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil der Frauen das Stimmrecht verlangen. So erklärte in den letzten Tagen Frau Fawcett, die Führerin der liberalen und konservativen Frauen, und sie nimmt auch einen großen Teil der kämpfenden Suffragette für ihre Meinung in Anspruch. Dagegen haben sich die reinen Arbeiterinnenorganisationen für Howards Initiativgesetz ausgesprochen.

Persien.

Meuterei gegen den Schah.

Teheran, 19. März. In Vaghshah meuterten die Truppen gegen den Schah und den Kriegsminister. Die Kasernen in der Stadt ist in Verteidigungszustand versetzt worden.

Aus der Partei.

Zur Konfiskation von Kautskys „Entscheidung des Christentums“.

Genosse Kautsky hat an das „Gravo Libu“ wegen der Konfiskation seines Buches ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, daß die russische Uebersetzung, die schon im Oktober in Petersburg erschien, zwar konfisziert wurde, daß aber die Konfiskation infolge des Einpruches des Verlegers nach drei Monaten vom Gericht aufgehoben wurde. Der russische Zensur ist also, wie Kautsky schreibt, weniger rücksichtslos und borniert. — Wie das „Gravo Libu“ berichtet, ist die Konfiskation der vom Genossen Dr. Smeral (nicht Smeral, wie der Druckfehler des Textes in unserer ersten Meldung enthielt) besorgten tschechischen Uebersetzung, da sie in Straßburg gedruckt wird durch die Staatsanwaltschaft in Pilsen erfolgt. Sie wurde nun auch vom dortigen Kreisgericht bestätigt. Als Grund wird in dem Erkenntnis des Gerichts angegeben, daß der Inhalt der konfiszierten sieben Seiten „die Lehren der katholischen Kirche herabzu-

würdigen suche“, wodurch der Tatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung nach § 303 des Strafgesetzes gegeben sei.

Daß von einer Herabwürdigung der Lehren der katholischen Kirche auch nicht entfernt die Rede ist, haben wir an den von uns veröffentlichten Zitaten aus den konfiszierten Stellen bewiesen.

Bustmann, nicht Esperanto.

Genosse Peus ist sehr verschümpft darüber, daß wir und gestatt haben zu tabeln, in welcher Weise er sein Blatt zur Agitation für die Abbe-Kulturgesellschaft benutzte. In seinem Berge erklärt er uns für Esel, „die über das Problem der Weltzingsprache lachen, weil sie zu dumm und zu faul oder zu hoch-fahrend sind, darüber nur einmal eine Stunde lang die einschlägige Literatur zu lesen.“ Aber er hat einen Trost, trotz unserer Einseitigkeit wird die Weltzingsprache siegen und unter Führung von Peus in einem Jahrzehnt die Welt erobern. Prophezeischen Geistes voll, verkündet er:

„Auf die Dauer freilich kommt doch anders. Und so werden keine 10 Jahre vergehen, dann sind die obigen höchsten Worte über Esperanto nur noch ein Denkmal der Geistesstumpfheit des damaligen „Vorwärts“-Redakteurs.“

Wie Schnee in der Sonne wird die diesbezügliche Unbelehrbarkeit der „Vorwärts“-Redaktion zerrinnen.

Wir wollen mit Genossen Peus weder wegen der schönen Titel, mit der er uns aus der Hülle seines Vortrages beschenkt, noch wegen seiner prophetischen Behauptung rechten, nur möchten wir ihm empfehlen, über seine Begeisterung für das Esperanto nicht das Studium des Bustmanns zu vergessen, damit der diesbezügliche Geist der deutschen Sprache nicht zu kurz kommt.

Gemeindevahlstege.

In Langenbickau errang die Sozialdemokratie bei einer Erswahl zum Gemeinderat einen glänzenden Sieg. Ihr Kandidat wurde mit 358 Stimmen gewählt. Der konservative Gegner erhielt ganze fünf Stimmen. Das Mandat gehörte der Sozialdemokratie schon vorher, wurde aber durch Tod frei.

In Sande (Schleswig-Holstein) wurde am Donnerstag bei einer Erswahl in der dritten Klasse ein Genosse mit 233 gegen eine gegnerische gewählt.

Unsere Toten.

In Sommerfeld (Brandenburg) starb am 18. März der Genosse Fritz Klein. Er hat schon unter dem Sozialistengesetz der Berliner Organisation angehört. Später zog er nach Sommerfeld, wo er eine Bäckerei errichtete. Als Meister ist er der Partei obliebt und geliebt, wenn ihn auch Erwerbsdrückungen zwangen, aufzutreten in der Öffentlichkeit zu vermeiden.

In Sande (Schleswig-Holstein) starb Genosse Heinrich Vermitt im Alter von 45 Jahren nach längerem Siechtum. Schon in jungen Jahren war er ein eifriger Anhänger der Sozialdemokratie. Während des Sozialistengesetzes lag ihm die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ für Sande ob, und als im Jahre 1894 der Sozialdemokratische Verein für Sande und Umgegend gegründet wurde, wählten ihn die Parteigenossen zu ihrem Vorsitzenden. Infolge seines körperlichen Leids mußte er sich von der öffentlichen Tätigkeit zurückziehen.

Die Berichterstattung des „Vorwärts“ über die letzten Offenburger Stadterordnetenwahlen ist von der Mannheimer „Volkstimme“ wiederholt angegriffen und mit der persönlichen Spitze versehen worden, daß Berliner Zentralorgan möge sich einen besser informierten Berichterstatter bestellen. Dieser Vorwurf bezog sich darauf, daß von uns mitgeteilt wurde, die sozialdemokratische Liste der dritten Wählerklasse habe auch demokratische Kandidaten enthalten, während die bürgerlichen Allianzen tatsächlich demokratische und nationalliberale Herren waren. In der letzten Sitzung des Offenburger Wahlvereins teilte nun der Vorsitzende mit, daß er dem ortsführenden Berichterstatter des „Vorwärts“ die schriftliche Mitteilung gemacht hatte, das sozialdemokratische Wahlkomitee werde neben den Kandidaten der Partei nur noch Mitglieder der bürgerlichen Demokratie auf die Liste setzen; eine Mitteilung über die kurz vor dem Wahltag erfolgte Wänderung des Einschusses ist dem Berichterstatter nicht gemacht worden, der also im guten Glauben den „Vorwärts“ informiert hat, als er nach Empfang der Depesche über das Wahlergebnis, so wie gegeben, berichtete. Wir nehmen an, daß unser Mannheimer Parteiorgan mit dieser nicht durch unsere Schuld verdrängte erfolgten Aufklärung seinen Lesern zeigen wird, daß unserem Korrespondenten durch die persönlichen Angriffe ein Unrecht geschehen ist. Bedauerlich ist freilich, daß von Offenburg aus unterlassen wurde, den Korrespondenten zu benachrichtigen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verhaftung wegen Majestätsbeleidigung.

Wie aus Straßburg telegraphisch wird, ist der dortige Parteisekretär Genosse Kraus in Colmar verhaftet worden. Er soll in einem Referat eine Majestätsbeleidigung begangen haben.

Abgelehnter Richter. Genosse Scharf von der „Neuffischen Tribüne“ in Gera sollte sich am Donnerstag vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung eines „freisinnigen“ Redakteurs Dehmann verantworten. — Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte Genosse Scharf den Vorsitzenden als befangen ab, weil dieser bereits in der Voruntersuchung seine Ueberzeugung dahin ausgesprochen hatte, daß in dem inkriminierten Artikel eine Beleidigung enthalten sei.

Die roten Schleifen.

Vor dem Schöffengericht zu Hörde i. W. wurden wieder einmal zwei Genossen, die dadurch, daß die Kränze mit roten Schleifen an den Knäbren dreier verunglückter Bergleute niederlegen wollten, ein außerordentliches und polizeilich nicht genehmigtes Zeichenbegangnis veranlaßt haben sollen. Das Gericht sprach indes die Angeklagten frei, indem es sich in der Begründung des Urteils der Beleidigung anschlöß, die da ausgesprochen hatte, daß in einer von Arbeitern und Sozialdemokraten bewohnten Gegend die Niederlegung von Kränzen mit roten Schleifen nichts Außer-gewöhnliches sei.

Soziales.

Gauewirtschaft und Landwirtschaft.

Zu welchen Ausreden die Berufsgenossenschaften kommen, nur um sich von der Entschädigung zu drücken, zeigt und wieder nachstehender Fall:

Der Landwirt H. zu Gochstadt bei Genua, welcher 1,43 Hektar Land bewirtschaftet und auf diesem Grundbesitz 2 Kühe und 2 Schweine hält, zerstückerte am 1. April v. J. einiges in seiner Landwirtschaft gewonnenes Obstholz. Dabei wurde sein rechtliches Auge durch einen Spitzer scharf verletzt.

Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Hessen-Rhassau lehnte die Entschädigung des Unfalles ab, weil das „zerstückerte Holz sowohl in der Hauswirtschaft als wie in der Landwirtschaft Verwendung findet. Bei dem kleinen Viehbestand und landwirtschaftlichen Betrieb wird aber das Holz in der Hauptsache zu hauswirtschaftlichen Zwecken benutzt und fräste somit die Tätigkeit, bei welchem sich der Unfall ereignete, lediglich als eine hauswirtschaftliche dar, auch die Annahme, daß der landwirtschaftliche Betrieb ein überwiegendes Interesse an dem Holzzerkleinern gehabt habe, ist nicht gerechtfertigt. Denn in erster Linie erfordert die Hauswirtschaft die Herrichtung des Holzes zum Kochen der erforderlichen Speisen, sowie zum Heizen der Wohnung, während die Landwirtschaft nur einen unbedeutlichen Nutzen von genannter Arbeit hat.“

Der Verletzte beruhigte sich bei diesem sonderbaren Bescheid nicht. Er ließ durch das Frankfurter Arbeitersekretariat Veruung

Beim Schiedsgericht einlegen. In der Berufung wurde geltend gemacht, daß Tausende von Bauern, so die meisten Kleinbauern Deutschlands in ähnliche Lage kommen könnten und nach der Auffassung der Berufsorganisationen rechtlos wären. Das Holz war durchs Obsthölz aus der Landwirtschaft selbst gewonnen, welches im Interesse der Landwirtschaft besetzt werden mußte. Beim Zerleinern dieses Holzes sei der Unfall passiert und sollte es gerade zum Kochen von Viehfutter Verwendung finden. Es konnte ferner auf eine gleichartige Unfallfrage hingewiesen werden. Dasselbe Schiedsgericht hatte vor Jahren in einer ähnlichen Frage entschieden, daß das Holz in erster Linie in der Landwirtschaft verwendet werden sollte, ist nicht festzustellen, bezgl. der Verwendung des Holzes in Haus- und Landwirtschaft nicht von einander zu trennen, auch in dieser Hinsicht stelle sich der Unfall als im landwirtschaftlichen Betriebe ereignet dar. Damals hatte das Reichsversicherungsamt sich diesem Urteil angeschlossen.

Die Berufung hatte Erfolg. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Kassel erklärte im Urteil vom 20. Februar 1909: „Bei einem Viehbestand von 2 Kühen und 2 Schweinen ist an dem klägerischen Brennholzbedarf zu Anfang April die klägerische Viehhaltung, der Futtererzeugung wegen, nicht unerheblich beteiligt. Die Gewinnung des aus Obsthölzern auszuscheidenden trockenen Holzes ist zweifellos eine landwirtschaftliche Tätigkeit. Aber auch die erste Zurechtmachung des Holzes erscheint noch bis dahin als landwirtschaftliche Tätigkeit, daß das Holz in der Gestalt eines haushälterisch brauchbaren Konsumartikels der Haushaltung überwiegen ist. Demnach war der Unfall als landwirtschaftlicher Betriebsunfall anzuerkennen.“

Der Verletzte erhielt eine Rente von 20 Proz. ausgezahlt, die aber leider bei der Höhe der Tagelöhne für landwirtschaftliche Arbeiter sehr mäßig ausfällt.

Eine Polizeiorganisation.

In Nürnberg hat die Mehrzahl der Schulleute, nachdem der Magistrat auf Veranlassung der Sozialdemokraten das Koalitionsverbot zurückgenommen hat, sich zu einer Organisation zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Schulleute zusammengeschlossen.

Gewerkchaftliches.

Der Fuchs im Eisen.

„Immer verflagen!“ rief vor längerer Zeit Herr Lebius im „Vund“ aus und forderte auf, gegen die Arbeiterpresse soviel wie möglich Beleidigungsprozesse anhängig zu machen, um dieser die Entlarzung von Leuten seines Schlages nach Möglichkeit zu verfallen. Er selber befolgte nach Kräften ebenfalls die von ihm ausgegebene Parole mit dem für ihn recht peinlichen Erfolge, daß er dabei in die Verleumdungsstellung geriet und jetzt an seinen mutwillig inszenierten Prozessen alles andere, nur seine Freunde empfindet.

Wie ein in der Falle sitzender Raubtier faucht und beißt er um sich, auf alle losjährend, die ihn nach seiner Meinung in die selbst selbstgeschaffene Situation brachten.

Mit besonders wütendem Haß verfolgt er den Schriftsteller Karl May. Dieser Herr ist Zeuge im Prozeß Lebius—Bormärs, und weil sein Zeugnis für Lebius gefährlich ist, wird von Lebius versucht, die Glaubwürdigkeit des Zeugen May in Zweifel zu ziehen. Nun sieht Lebius wohl, daß seine eigenen Behauptungen keinerlei Wirkungen erzielen, darum versucht er, Urteile anderer Leute zu bekommen, um die Aufrichtigkeit des Zeugen May in Zweifel zu ziehen.

An solchem Material fehlt es aber. Darum hat Lebius die Broschüre, die Karl May vernichten sollte, für sein eigenes Geld und nach eigenen Angaben machen lassen. Daß Lebius in ähnlicher Weise an anderen Stellen tätig war, beweist folgender Brief:

Herrn Hauptlehrer und Redakteur Heinz Bollgast,
Hamburg, Ottostr. 18.

Sehr geehrter Herr!

In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ findet sich ein Bericht, worin mich ein Passus besonders interessiert. Da ich seinerzeit derjenige gewesen bin, der die Entlarzung von Karl May vornahm, und ich annehme, daß Sie über die Einzelheiten informiert sind, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir schriftlich bestätigen, daß meine Enthüllung eine verdienstliche Tat war.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rudolf Lebius.

So provozierte Zeugnisse haben ungefähr den Wert der bekannten Reklamebriefe von Hühneraugen- und Haarnachmittels-Fabrikanten. Wenn man weiß, wie sie zustande gekommen sind, dann schätzt man sie anders ein, als wenn man sie harmlos für Dankbarkeitsergüsse vom Schmerz oder der Mitleidsfähigkeit fuzierter Witwen nimmt.

Genau so untauglich ist das andere Mittel, das Lebius dem Genossen Rosenfeld gegenüber angewendet, der unsere Genossen Weber und Wermuth als Rechtsbeistand in den Lebiusprozessen vertritt. Gegen Genossen Rosenfeld hat Lebius bei der Anwaltskammer Anzeige wegen „standesunwürdigen Verhaltens“ erstattet, weil er als Sozialdemokrat es gewagt hat, vor Gericht Anträge zu stellen, durch welche die Ehrenhaftigkeit des Herrn Lebius in Frage gestellt wird. Wenn man diese Klageschrift des Herrn Lebius, die er im „Vund“ selbst veröffentlicht, liest, soht man sich unwillkürlich an die Stirn oder wäre vielmehr geneigt, Herrn Lebius an die Stirn zu klopfen, wenn man ihn zur Stelle hätte. Blüht der Mann auf widernde Umstände für alle vergangenen und künftigen Taten? Oder ist er so verzweifelt, daß er nicht mehr weiß, was er tut?

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Baulempner.

Am Donnerstag fand bei Preyer in der Kopenstraße eine allgemeine Klemnerversammlung statt, wo unter „Verbandsangelegenheiten“ der Bevollmächtigte Cohen über den Stand der Tarifbewegung berichtete und zunächst ein Schreiben des Obmannes der Schlichtungskommission der Arbeitgeber bekannt gab, datiert vom 11. März, worin mitgeteilt wird, daß sowohl die Schlichtungskommission der Arbeitgeber wie ihre Kommission zur Vorbereitung eines Tarifvertrages sich gegen die Annahme der Tarifsozialloge der Arbeitnehmer ausgesprochen haben, und daß sich auch die Versammlung der Arbeitgeber gegen jene Vorlage erklärt hat. Ferner wird in dem Schreiben den Arbeitnehmern empfohlen, sofort eine Schlichtungskommission zu ernennen, damit die in § 8 des nun am 1. April ablaufenden Tarifvertrages vorgesehenen Verhandlungen stattfinden könnten, anderenfalls das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen werden sollte. Die Schlichtungskommission der Arbeitnehmer ist vor zwei Jahren daran gescheitert, daß die Arbeitgeber nur im Beruf tätige Arbeitnehmer als Kommissionsmitglieder anerkennen wollten, wie sie auch jetzt in ihrem Tarifentwurf den Satz aufgenommen haben: „Gewerkchaftsbeamte dürfen nicht Mitglieder der Schlichtungskommission sein“, während die Arbeitnehmer darauf bestehen, daß hierüber keine Beschränkung gemacht werden. — Anknüpfend an jenes Schreiben teilte der Redner mit, daß die Arbeitgeber am Sonnabend, den 13. März, bereits das Einigungsamt angerufen haben. — Die Versammlung begnügt sich damit, von dem Stand der Dinge Kenntnis zu nehmen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

da ja zunächst abzuwarten ist, was bei den Verhandlungen herauskommt. — Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag von Rudolf Bissell, der lebhaften Beifall fand.

Organisations-Zersplitterung.

Im Betriebe der städtischen Straßenbahn hat sich ein zweiter „Nischer“ bemerkbar gemacht, der genau so wie der erstere bei der „Großen“ bezieht ist, die freie Gewerkschaft zu untergraben. Der betreffende Herr war früher bei der U-Bahn tätig, ging von dieser zur städtischen Bahn über, war hier von Anfang Fahrer, wurde aber nach Gründung des Vereins zum Schaffner befördert. Der Name dieses „Staatskretlers“ ist J. H. Leib, Schaffner Nr. 45. Seine Frau betreibt in der Stralauer Allee 17 ein Seifengeschäft. Er vertritt also nicht die Großen der Arbeiterschaft, sondern nimmt sie an, versucht aber auf der anderen Seite, den freigeorganierten Arbeitern direkt als Demimus entgegenzutreten. Am 28. November wurde vom Obgenannten ein Verein ins Leben gerufen unter dem Namen „Verein der Angestellten der städtischen Straßenbahnen Berlins“. Es wird genügen, wenn wir nur einen Absatz des Statuts wiedergeben.

§ 2.

a) Mitglied des Vereins kann jeder Angestellte werden, welcher im Dienste der städtischen Straßenbahnen steht und nicht dem Handels- und Transportarbeiter oder sonst ähnlichen Verbänden angehört.

Es zeigt sich hier wieder recht deutlich, daß nicht bloß in Privatbetrieben derartige Vereinsneigungen gebildet, gehegt und gepflegt werden. Eine große Rolle spielt aber dabei die Behauptung, daß man bei der Gründung dieses Vereins den in Frage kommenden Angestellten vorgerebet hat, daß der Magistrat von Berlin 5000 M. (Fünftausend Mark) als Grundkapital gespendet habe. Es wäre interessant zu erfahren, ob diese Behauptungen zutreffen, oder ob man sie nur als Zugmittel gebraucht hat?

Die Stadtverordneten, welche hierüber befragten, wußten nichts davon; vielleicht dienen diese Beilen zur Aufklärung.

Küftung, Töpfer!

Wegen Nichtbezahlung des Tarifes verhängen wir hiermit über den Töpfermeister Paul Hoffmann, Gleimstr. 51, die Sperre. In Betracht kommt der Bau Wilmersdorf, Wilhelmstraße, Ecke Landhausstraße.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Steinmehlen, Schrifthauer und Marmorhauer befinden sich seit 2 Wochen im Streik. Da die Breslauer Steinmehlenmeister versuchen, in den Provinzialblättern Streikbrecher zu werden, so eruchen wir die obengenannten Arbeiterkategorien, Breslau streng zu meiden, da die Situation für die Breslauer Steinmehlen sehr günstig ist.

Die Ortsverwaltung der Steinmehlen Breslau.

Die Schneidergesellen der Städte Ohligs und Wald (Kreis Solingen) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen wurden den Arbeitgebern am 10. März zugestellt, aber von diesen in einem Schreiben an die Organisationsleitung rundweg abgelehnt. Sämtliche organisierten Gesellen der beiden Städte reichen daraufhin am 17. März ihre Kündigung ein, was bewirkt, daß bereits eine Anzahl Arbeitgeber kapitulierten und die neuen Forderungen anerkannten.

Aussperrung im Malergewerbe.

Die Maler und Anstreicher in Czuz haben sich plötzlich ausgesperrt worden, nachdem sie bereits im Oktober 1908 den bestehenden Tarif gekündigt hatten. Zweck Abschluß eines neuen Tarifvertrages hatte inzwischen nur eine Sitzung stattgefunden. Bevor nun in eine weitere Verhandlung eingetreten worden ist, haben die Arbeitgeber ohne weiteres am Sonnabend, den 18. März, ihre sämtlichen Arbeiter, die sich weigerten, den neuen Arbeitgebertarif anzuerkennen, ausgesperrt. Ihr rücksichtsloses und plötzliches Vorgehen zielt darauf hin, die Organisation am Orte zu vernichten. In mehreren Zeitungen suchen die Unternehmer durch Annoncen unorganisierte, ja sogar „Guttempler“-Gesellen heranzuziehen.

Ein Vierteljahrhundert im Dienst der Arbeiterorganisation.

Der Kassierer des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Genosse Georg Reuch in Nürnberg, feiert am 19. März sein 25jähriges Jubiläum als Beamter dieses jetzt so erfreulich entwickelten Verbandes. Seine Lebensgeschichte ist auch die seiner Organisation. Er war schon als ganz junger Mann an der sozialistischen Gewerkschaft der Schuhmacher beteiligt, die dann den Verfolgungen zum Opfer fiel. Darauf bildeten sich in einer Reihe von Orten Deutschlands isolierte Fachvereine, die sich auf rein fachliche Angelegenheiten beschränken mußten. An diesen Vereinen nahm Reuch lebhaftesten Anteil. Unter den Fachvereinen bildete sich eine Art lose Zentralisation heraus, da jeder Verein Reiseunterstützung einführte und die Mitglieder von Fachvereinen anderer Orte unterstützte. Organ der Vereine war der von Reuch gegründete „Schuhmacher“. So war der Boden für die spätere Zentralisation hinreichend vorbereitet. 1883 wurde im „Schuhmacher“ die Abhaltung eines Schuhmachertages angeregt, der denn auch im August in Gotha zusammentrat und die Gründung eines „Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher“ beschloß. Als Vorort wurde Nürnberg gewählt, als erster Vorsitzender Genosse Siedert bestimmt. Nach langen Hin- und Herschweibereien erhielt der Verband die staatliche Genehmigung, so daß er sich Ende Januar 1884 konstituieren konnte. Die erste Filiale kam in Nürnberg mit 101 Mitgliedern zustande. Der Vorort hatte nun die übrige Vorstandschaft zu wählen. Reuch, der sich um die Organisationsfrage von jeher sehr verdient gemacht, wurde erst als Revisor gewählt, rückte aber schon am 19. März in die Stelle des Verbandskassierers ein, die er noch heute zur vollsten Zufriedenheit seiner Berufsgenossen bekleidet. Er hat die Freude gehabt, den Verband unter seinen Augen sich aus kleinen Anfängen zu einer mächtigen Organisation erheben zu sehen. Als er seine erste Abrechnung stellte, konstatierte er 572 Mitglieder, Ende 1908 konnte er mit 36200 Mitgliedern abrechnen. Auch in der politischen Bewegung stand Reuch stets mit an erster Stelle. Er war bei den Landtagswahlen Wahlmann, landbierte wiederholt für die Sozialdemokratie bei den Gemeinderatswahlen und wurde vor wenigen Monaten in den Nürnberger Armenratsrat gewählt.

Kündigung des Tarifvertrages im Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen.

Den Hafenarbeitern kündigte der Arbeitgeberverband der Hafengebiete den Vertrag mittels folgenden Schreibens: „Hierdurch kündigen wir den mit Protokoll vom 23. Oktober 1908 des Gewerbegerichts abgeschlossenen Kollektivarbeitsvertrag in Ansehung der Stückerarbeiter, sowie den Kollektivarbeitsvertrag in Ansehung der Elevator- und Kranenführer und denjenigen der Lagerhausmaschinenisten mit dem Bemerkten, daß wir unter der Bedingung in eine Verlängerung der seitherigen Tarifverträge einwilligen, wenn die Bestimmungen der seitherigen Tarifverträge eine Revision erfahren und die Verlängerung bis zu dem Termin erfolgt, welcher als Ablauftermin der Betriebsverträge im Industriebezirk Mannheim-Ludwigshafen Geltung erlangt.“

Was die Unternehmer unter „Revision“ verstehen, kennt man zur Genüge; eine Erhöhung der Lohnsätze jedenfalls nicht!

Urteil im Landfriedensbruchprozeß.

Der Wahrspruch der Geschworenen wurde gegen 12 Uhr nachts dahin verkündet: Schirop ist nicht schuldig.

Liedemann ist des Landfriedensbruchs, nicht aber der Rädelsführerschaft schuldig, mildernde Umstände sind ihm zuzubilligen, die beiden jugendlichen Angeklagten

Böcker und Schelle sind nur des groben Unfugs schuldig.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Schirop Freisprechung, gegen Liedemann 1 Jahr Gefängnis, gegen Böcker und Schelle je vier Wochen Haft, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten sind.

Das Gericht verkündete das Urteil dahin:

Der Angeklagte Schirop wird freigesprochen, der Angeklagte Liedemann wird zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, 1 Monat der Untersuchungshaft ist hierauf anzurechnen, die Angeklagten Böcker und Schelle werden zu je vier Wochen Haft verurteilt, die Strafe wird als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Heinemann wird Liedemann aus der Haft entlassen.

Die Anklage ist demnach in ihren Hauptteilen in sich zusammengebrochen. Den Liedemann verurteilenden Wahrspruch halten wir für einen Fehlspruch, weil nach dem Ergebnis der Verweisaufnahme lediglich Sachbeschädigung und grober Unfug, nicht aber Landfriedensbruch von ihm verübt ist. Er hat nicht Dämmeres verübt als unzählige Studenten, die in Trupps zusammengetrotet, die Straßen der Stadt durchziehen, Laternen auslöschen, Laternenstenden zerbrechen, Schilder abreißen, auf Ladenjalousien lospauken oder Fenster und sonstige Passanten haranguierten. Und doch sind Studenten wegen dieser noch nie wegen Landfriedensbruchs, sondern höchstens wegen groben Unfugs, Sachbeschädigung, Beleidigung oder Körperverletzung verurteilt. Handeln Studenten in dem Bewußtsein, von der Menge ihrer Kommilitonen geschützt zu sein, so hat die Verweisaufnahme das gleiche bezüglich des Verurteilten nicht ergeben. Seine Verurteilung wegen Landfriedensbruchs dürfte auf zwei Momente zurückzuführen sein: erstens darauf, daß der mit der größten Lebhaftigkeit für einen Schuldspruch eintretende Staatsanwalt eine Vorstrafe zu seinen Ungunsten berührte und der Vorsitzende an der Klarlegung des Sachverhalts den Angeklagten hinderte. Ferner ist die Verurteilung wohl darauf zurückzuführen, daß Liedemann Sachbeschädigung begangen hat und eine Verurteilung wohl wegen Mangels eines Strafantrages nicht hätte erfolgen können.

Aber sei dem, wie ihm wolle: in der Hauptsache, die die Anklage bezweckte, hat sie nämlich Schiffsbruch erlitten. Suchte die Staatsanwaltschaft wenigstens den Anschein zu erwecken, daß die Demonstration in irgendeinem Zusammenhang mit der Partei stehe, so ist das strikte Gegenteil dieser lediglich agitatorischen Zweck dienenden Behauptung klar erwiesen. Es ist darüber hinaus, soweit aus der polizeipräsidialen Nichtgenehmigung, Aussagen zu machen, Schlüsse gezogen werden können, vielmehr fast zur Gewißheit gemacht, daß mit der Polizei in Verbindung stehende Elemente zu Gewalttätigkeiten angereizt haben. Die Ansicht des Vorsitzenden, solche Anschauung sei eine Verblendung, erinnert an einen ähnlichen Ausspruch des verstorbenen Brausewetter am 10. Mai 1894. Damals handelte es sich um die polizeiliche Gummischlauch-attacke auf Arbeitslose am 18. Januar 1894. Brausewetter wollte erst von der Existenz von Spikeln ebenfalls nichts wissen. Hernach mußte das Urteil auf Grund des Verhaltens des Polizeiarchivisten Brandt, der Befundungen der Kriminalkommissare Vössel und Röber sowie der Schulleute Lohmann, Goltich und anderer feststellen, daß als Arbeitslose verkleidete Beamte unter die Arbeitslosen gemischt und sogar ebenfalls mit Gummischläuchen verprügelt waren. Gesteht ist schlüssiger Beweis u. a. dafür angetreten, daß bei den Wahlrechtsdemonstrationen im Jahre 1908 ein Kriminalbeamter aufgedeckt hat, einen Postwagen ins Wasser zu werfen. Die Weigerung des Polizeipräsidenten, seine Genehmigung zur Vernehmung von Kriminalbeamten zu erteilen, zeigt für den, der sehen will, daß, um einen Ausdruck des Staatsanwalts zu gebrauchen, die Drahtzieher, für die bei Demonstrationen vorgekommenen Gewalttätigkeiten, den Kriminalbeamten nicht fernstehen, die unter die Demonstranten gemischt waren. Denn der Polizeipräsident hat nur dann das Recht, die Genehmigung zur Zeugnisaussage zu verweigern, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reichs oder eines Bundesstaates Nachteile bereiten würde. Solch Nachteile kann doch aber nur in der Aufdeckung vor aller Welt bestehen, wenn die Beamten ausjagen müßten: die Drahtzieher für Gewalttätigkeiten sind nicht die Angeklagten, noch weniger die politische oder gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse, sondern der Polizei sehr wohl bekannte Personen, deren bezahlte Arbeit in Höhe gegen die Arbeiterklasse, gegen die Sozialdemokratie besteht. Für diese unfreiwillige Aufdeckung können wir der Staatsanwaltschaft dankbar sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Tode verurteilt.

Trier, 19. März. (B. Z. V.) Das Schwurgericht hat nach zweitägiger Verhandlung den Bautechniker Raagb, der den Verhörsagenten Regel im Eisenbahnzuge erschossen hat, zum Tode verurteilt.

Verheerende Überschwemmungen.

Petersburg, 19. März. (B. Z. V.) Aus dem Gouvernement Wexarabien und Cherson werden große Überschwemmungen gemeldet. Rischnew ist vollkommen isoliert, die Post von dort ist seit drei Tagen ausgeblieben. Der Jugberkehr Obssa—Ritolojew, Odessa—Alschinow und auf der Donaulinie ist unterbrochen, da der Bahndamm teilweise weggeschwemmt ist.

Großfeuer am Hafen.

New York, 19. März. (B. Z. V.) In Jersey City brennen an der Lehighvalley-Eisenbahn zwei Docks, auch der Dampfer „Tahawood“ soll dort in Flammen stehen.

Gestrandeter Dampfer.

Bellingham (Etat Washington), 19. März. (B. Z. V.) Nach einer drohenden Rettung ist im Fugelsound ein Regierungstransportdampfer gestrandet, wobei mehrere Personen umgekommen sind. Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungss.

Reichstag.

228. Sitzung vom Freitag, den 19. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Abg. Graf v. Cramer-Bieserwitz (L.): Ich bestreite, daß adlige Offiziere im Heere bevorzugt werden. (Lachen links.) Wer das nicht angibt, kennt die Verhältnisse nicht. (Widerpruch und erneute Heiterkeit links.)

Die Armee ist nicht eine Kriegsdrohung, wie die Sozialdemokraten behaupten, sondern eine Bürgerwehr des Friedens. (Zustimmung rechts.) In Frankreich bewilligen die Sozialdemokraten auch alles, was für ihre Freude erheblich abgenommen; soweit sie vorkommen, ist der eigentliche Schuldige in der Regel die Sozialdemokratie; sie erfüllt die jungen Leute mit Abscheu vor dem Dienst, und wenn bei solch widerwilligen Soldaten der Unteroffizier nervös wird, ist das nicht zu verwundern. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Glücklicherweise gelingt ihr nicht, was sie wünscht; zwischen Offizieren und Mannschaften herrscht ein durchaus kameradschaftliches Verhältnis. In den Kriegervereinen wird ein Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten nicht gemacht, dagegen haben die Kriegervereine nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Rade (Soz.):

Die politische Lage ist unstrittig ernst. Herr v. Liebert hat sogar von einer unmittelbaren Kriegsgefahr gesprochen. So pessimistisch sehe ich die Dinge allerdings nicht an. Aber zu Zeiten politischer Spannung, politischer Gewitterwolke, wie sie jetzt herrscht, kann man nicht wissen, ob nicht ein Wetter losbricht. In solcher Stunde sollte man bei Erörterungen von Parteigegegensätzen nachdenklicher sein. Ich habe nicht erwartet, daß wir jetzt eine Sozialisten-Debatte bekommen würden und habe mich gewundert, daß der Kriegsminister jetzt geplatzt hat, daß es an der Zeit sei, die stärkste Partei im Lande, die Sozialdemokratie, in so unerhörter Weise zu reizen und zu verunglimpfen, wie er es gestern getan. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Kämpfen sind wir noch nie auf dem Wege gegangen. Wir sind in 40 Jahren in Sturm und Drang groß geworden, und wenn der große General v. Einem glaubt, jetzt gehen und aufzutreten zu sollen, so werden wir gewiß nicht beiseite treten. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Als großer Strategie hat er sich gestern allerdings nicht gezeigt. Wir haben es ja schon oft erlebt, daß ein Minister, der in Verlegenheit ist, glaubt, sich damit helfen zu können, daß er den roten Lappen schwingt, daß er die sozialistische Gefahr an die Wand malt. Und noch immer haben wir dabei erlebt, daß ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten darauf hineinläuft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister ist in den paar Tagen hier von einer ganzen Reihe von Rednern arg in die Enge getrieben worden. Allerdings sind ihm auch Hilfsstruppen erschienen; der Vordränger, Graf Oriola, Herr von Ehren, Liebermann von Sonnenberg und der General des Reichsverbandes. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber herausgerissen haben die ihn nicht. Weder die Kriegs- aneuboten des Generals von Liebert noch die Erzählungen des Herrn von Ehren konnten Eindruck machen, der darüber sagt, daß in den Kasinos jetzt nicht mehr so viel Alkohol verteilt wird wie früher! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Wehrkraft des deutschen Volkes hat der Kriegsminister gegen sich leben müssen. Denn die Wehrkraft des deutschen Volkes hat sich bei den Wahlen nicht zu den Mehrheitsparteien hier, sondern für die Gegner des Blocks erklärt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht einmal die Regierungsparteien stehen reslos hinter dem Kriegsminister. Auch der Freisinn hat es noch nicht fertig gebracht, auf jede ernsthafte Kritik zu verzichten.

Der Kriegsminister hat in stundenlangen Reden geantwortet, aber auf alle ernsthaften Kritiken hat er bisher eine Antwort nicht gefunden. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Seit Monaten ist in den Zeitungen aller Parteien die Rede davon, daß es so wie bisher mit den Ausgaben für das Heerwesen nicht weiter gehen könne. Zwar haben alle bürgerlichen Parteien den Militarismus und Marinismus groß gepöppelt, aber bei manchen taucht jetzt schon ein Grauen auf vor dem, was sie großgepöppelt haben.

Ich wundere mich nicht, daß gerade jetzt so viel von Sparsamkeit die Rede ist; ist doch jetzt zum ersten Male von der Regierung der Versuch gemacht worden, die besitzenden Klassen zu den Ausgaben mit heranzuziehen. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Den großen Worten über die zu übende Sparsamkeit sind allerdings, wie so häufig bei den bürgerlichen Parteien, entsprechende Taten nicht gefolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von radikalen, durchgreifenden Reformen ist überhaupt nicht die Rede. Allerdings ist der Kriegsminister bei der Veröffentlichung des Etats gerührt worden, daß auch er Sparsamkeit übe. In Wirklichkeit ist aber nichts davon zu merken. Nur bei 7 von den 80 Kapiteln des Etats ist eine Steigerung der Ausgaben nicht eingetreten. Nur die einmaligen Ausgaben sind geringer geworden, aber was in diesem Jahre weniger ausgegeben wird, wird gründlich nachgeholt werden, wenn erst durch die Reichsfinanzreform wieder etwas mehr Geld in die Reichskasse gekommen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Schröder hat der Kriegsminister geantwortet, an Ersparnis durch Abstrich sei nicht zu denken. Wenn er aber hinzufügt, auch die Ausgaben würden nicht steigen, nachdem die neue Ausrüstung durchgeführt ist, so ist diese Hoffnung recht gering. Die bisherige Steigerung der Ausgaben wurde ja mit Recht damit begründet, daß die technischen Neuerungen große Ausgaben erforderlich machen. Und so lange das gegenwärtige System des Heerwesens aufrecht erhalten wird, wird doch niemand glauben, daß hierin eine Veränderung eintreten wird. Ich erinnere nur an die Luftschiffahrt. Natürlich werden auch entsprechende Kanonen angeschafft werden müssen, um die Luftschiffe herunterzuschießen, und so wird die Schranke weiter angezogen werden, so lange die Wölfer sich diesen Wahnwitz gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Teil des Hauses bemüht sich ja auch schon, die Abstriche der Budgetkommission zum größten Teil illusorisch zu machen. Sie betragen im ganzen 10 Millionen. Was aber bedeuten 10 Millionen bei einem Etat von 800 Millionen, wozu noch 100 Millionen für Pensionen kommen!

Jedem wirklichen Versuch zu sparen, ist der Kriegsminister mit Nachdruck in der Kommission entgegengetreten. Es soll dabei bleiben, daß für 12 Adjutanten des Kaisers 118 164 M. jährlich ausgegeben werden, ohne daß auch nur der Versuch gemacht ist, nachzuweisen, daß diese 12 Herren auch wirklich zu tun haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso werden für 65 Adjutanten der Fürsten und Prinzen über 800 000 M. ausgegeben, denn es soll unmöglich sein, etwas daran zu streichen, weil die Fürsten ein verbotenes Recht darauf haben. Da ist doch die Frage am Platze, ob nicht in einer Zeit, in der den armen Volksmassen zugemutet wird, ohne Kurzen wieder Hunderte von Millionen neuer Steuern auf sich zu nehmen, auch den Fürsten zugemutet werden kann, auf kostspielige Benefizien zu verzichten, die keineswegs notwendig sind. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Nur den schlimmsten Auswüchsen ist entgegengetreten, wenn beschlossen wurde, daß eine Reihe von Generälen in Berlin nicht mehr ganz so teuer wohnen sollen wie bisher.

30 600 M., 34 000, 26 300 M. für Wohnungsmieten usw.

war der Kommission doch etwas zu bunt. In Zukunft sollen die Herren „nur“ noch 15 300 M. für die Wohnung bekommen. Nach der gerühmten altpreussischen Sparsamkeit reicht allerdings auch das nicht aus. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Sparsamkeit noch nie geübt worden, so weit es sich um die Bezahlung hoher Herren handelte. Der von einer solchen Wohnung kostet im Durchschnitt eine halbe Million und verlangt etwa 20 000 M. an Zinsen, so daß für die Wohnung der Herren Generale, die ein Gehalt von 30 000 M. bekommen, noch 35—36 000 M. extra gezahlt werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine wirkliche Ersparnis ist nur der Abstrich des Wohnungszuschusses im Betrage von 230 000 M. für 2700 Mann, welche freiwillig ein drittes Jahr dienen wollen. Dieser Abstrich ist zu begründen, weil damit restlos die zweijährige Dienstzeit durchgeführt werden soll. Mit Recht ist darauf verwiesen, daß auch wir in einzelnen Fällen in der Kommission gegen Abstriche gestimmt haben, denn mit der Art, wie in der Kommission Sparsamkeit geübt werden sollte, ist gar nichts anzufangen. Dort ist wohl los gestrichen worden, und die Folge werden Etatsüberschreitungen sein, womit dem Steuerzahler natürlich nicht gedient ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Klage des Abg. Häusler über

die Unübersichtlichkeit des Etats

hat der Kriegsminister nicht geantwortet. In der Tat aber ist es ein wahres Kunststück, aus dem Etat das wirkliche Einkommen

eines Offiziers herauszufinden. Nur zwei Beispiele will ich dafür anführen. Es werden zwei neue Stellen gefordert: ein Hauptmann mit einem Gehalt von 3402 M., ein Major mit einem Gehalt von 6552 M.; für den einen Offizier sind aber an den verschiedenen Stellen im Etat 7 für den anderen 8 Zulagen zu finden, wodurch die tatsächlichen Gehälter 6673 M. resp. 9382 M. betragen!

Weiter hat Herr Häusler mit großem Nachdruck sich gegen das jetzige System der Pensionierungen ausgesprochen, und noch schärfer fast hat Herr Müller-Weinigen eine Reform des Finanzwesens gefordert. Aber auch über diese Frage hat der Minister geschwiegen. Dabei wird die Frage in der Tat immer dringender. Der allgemeine Pensionsfonds ist auf 104 1/2 Millionen gestiegen — gegen das Vorjahr eine Steigerung um fast 4 1/2 Millionen. Von dieser Summe entfällt auf die Militärpensionen der richtige Anteil von 87,8 Millionen — gegen das Vorjahr eine Steigerung von 3,3 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat jetzt bei den Pensionierungen nicht hineinzugucken; sie würden in dem Umfang nicht eintreten können, wenn das Militärkabinett dem Kriegsminister unterstellt würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings meinte er, auch dann würde er hier über die Personenfrage nicht Rede und Antwort stehen können, falls nicht vorher die Verfassung geändert würde. Wenn aber der Reichstag der Meinung ist, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann, daß der Reichstag hier mitsprechen muß, so muß eben die Verfassung geändert werden. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens wird auch bei den Pensionen gespart, nämlich bei den Soldaten, die im Heeresdienst kaputt gehen. Als ich im vorigen Jahre darauf hinwies, daß der Offizierspensionsfonds beständig überschritten wird, bei diesem Fonds aber Ersparnisse gemacht werden, trat mir General v. Lohow scharf entgegen. Ich muß aber an meiner Meinung festhalten. Nur ein Beispiel will ich anführen, wie hier gespart wird: Am 5. Oktober 1906 trat ein Mann gefund beim Train ein. Er wurde in den ersten Monaten gemeinshandelt und von einem Sergeanten auch mehrfach bedroht. Der Sergeant ist verurteilt worden, der Soldat aber wurde schmerzlich, fast ins Lazarett und mußte dann an die Landesheilanstalt überwiesen werden. Von dort wurde er am 6. September 1907 als offensichtlich geisteskrank wieder dem Lazarett überwiesen. In diesem Zustand legte man dem Wanne ein Schriftstück vor und ließ es ihm unterschreiben, worin er erklärte, daß er schon vor seinem Eintritt ins Heer geisteskrank gewesen sei! (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Dann wurde er entlassen, und bekommt keine Pension noch irgend eine Unterstützung. Derartige Fälle gibt es viele, welche zeigen, wie recht ich mit der Behauptung hatte, daß bei der Verfolgung der invaliden Mannschaften recht zurückhaltend verfahren wird. Welchen Eindruck muß das im Lande machen, wenn man sieht, wie bei invaliden Soldaten gekauert wird, während zahlreiche gesunde Offiziere ihre Pension aufgedrängt bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wollte man dem Kriegsminister glauben, so ist alles so ziemlich tabellarisch. Deshalb hat er es auch nicht für nötig befunden, außer neuen Uniformen und neuen Kanonen irgend welche Reformen vorzunehmen. (v. Einem: Das neue Pensionsgesetz!) Aber abgesehen von diesem Pensionsgesetz ist alles beim alten geblieben; alle Mißstände bestehen un verändert weiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist geradezu eine Schande, daß erst nachdem in der Presse Lärm geschlagen wurde, der kommandierende General des 16. Armeekorps verboten hat, daß Soldaten in Zukunft noch angehalten werden sollen, den Riß mit den Händen aufzugeben. Ist übrigens ein entsprechender Befehl auch bei anderen Armeekorps erteilt? Denn solche Schweinereien kommen bei manchen Regimentern vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dafür hat aber der Kommandant von Spandau, Herr v. Salisch, im September 1908, folgenden Erlaß verfügt:

„Ich habe die Unteroffiziere E und D ohne Handschuhe auf der StraÙe getroffen. Ich erlaube, ihnen erneut klar zu machen, daß die Rücksicht auf ihren Stand es erfordert, daß sie sich auf der StraÙe mit Handschuhen bediegen.“

(Schallende Heiterkeit links und im Zentrum.) In Japan leidet die Achtung vor den Offizieren nicht darunter, daß sie sich bei der Führung vor ihren Soldaten bewegen, der Kommandant von Spandau aber bereitet die Salsangfertigkeit der deutschen Armee vor, indem er darauf sieht, daß die Unteroffiziere im Sommer auf der StraÙe nicht mit ungeschützten Händen gehen. (Erneute Heiterkeit.) Mit der

Anstöße des Militärbesoldungs

vermag die Militärbehörde noch immer nicht zu brechen. Wenn sich dann die Goswarte erkundigen, wenn sie den Gehalt, d. h. in

Kleines feuilleton.

Die Kunst, Altertümer zu fabrizieren. Wenn es möglich wäre, den wahren Ursprung des größten Teils der antiken Gegenstände, die die Antiquare als Perlenstücke in ihre Schaukasten stellen, an der Quelle zu studieren, würde man sein blaues Wunder erleben. Es gibt, wie jedermann weiß, in Europa und in Amerika zahlreiche Altertümlerfabriken, und man muß gestehen, daß die Antiquitäten-Ältester in der Erfindung neuer Fälschungsmittel oft geradezu genial sind. Die Stempelschneider und die Wämer, die sich mit der Fabrikation antiker Münzen beschäftigen, sind überaus geschick und legen bei ihrer Arbeit einen hervorragenden künstlerischen Geschmack an den Tag. Verhört wurde der Deutsche Veder, der die Schöndheit der numismatischen Kunst der Griechen und Römer in geradezu vollendeter Weise nachahmen verstand. Um seinen Schöpfungen den Altersfingel aufzuprägen, legte er sie in eine Schachtel, die mit Eisenpänen gefüllt war, befestigte die Schachtel an einer Feder seines Wagens und reichte die Feder des Wagens zu einem wilden Galoppieren über steinige Straßen und Wege an. Die heftigen Erschütterungen bewirkten, daß die Eisenpäne die Münzen polierten, so daß die Prägung schließlich genau so aussah wie die der antiken griechischen und römischen Münzen. Seit jähreicher aber als die gefälschten Münzen sind die gefälschten Schmuckgegenstände „aus dem Mittelalter“ und „aus der Zeit der Renaissance“. Man kann ruhig behaupten, daß, mit Ausnahme der in München befindlichen, fast die meisten anderen Schmuckgegenstände dieser Art gefälscht sind. Es ist nichts leichter, als eine Kamee alt zu machen. Man läßt die Kamee, sobald sie fertig ist, von einem Krabben verschlucken. Der chemische Prozeß der Verbaumung tut das übrige, und die Kamee ist, wenn sie zu dem Künstler zurückkehrt, mit einem wunderhübschen bernsteinartigen Geiß bedeckt. In Paris gibt es eine ganze Schule von Nachahmern der berühmtesten Geigen von Cremona. Die fettesten Gewinne aber wirft den Pseudo-Antiquaren der Handel mit alten Möbeln ab. Es ist ganz leicht, eine kleine Sänfte oder ein Bett im gotischen Stil oder im Stil der Renaissance zu fabrizieren. Ganz geschickliches Holz verwandelt sich unter der Hand der Fälscher in Kirschbaumholz, wenn man es mit dem Kupferstift färbt, und die Schmuckstreifen des 16. Jahrhunderts sehen nicht anders aus als die des 14. oder des 20. Jahrhunderts. Die langsame Tätigkeit des Holzwurms wird auch nachgemacht: Man schießt gegen das frische Holz mit einer Pistole, die mit kleinen Kugeln geladen ist. Die kleinen Kugeln bleiben natürlich in den vermeintlichen Wurmschlaglöchern stecken, aber wer wird wohl ein antikes Möbel in Stücke zerlegen, um nach Kugeln zu suchen? Im übrigen findet man ja auch altes Holz, das wirklich vom Wurm zerfressen ist. Was soll man nun erst von den antiken Vasen und Denkmälern sagen? Von hundert, die verkauft werden, sind mindestens neunzig gefälscht. Die

„National Review“ erwähnt in einem interessanten Artikel, daß in Toskana oft echte etruskische Vasen zu fabelhaften Preisen verkauft werden, weil sie mit wunderbar erhaltenen emailierten Malereien bedeckt sind. Die Vasen sind zwar echt, aber die Malereien sind das Werk irgend eines geschickten Kunsthandwerkers. Höchst amüßig ist die Geschichte von dem Pösel, der vor einiger Zeit im südlichen Frankreich während der Ausgrabungen eines römischen Lagers „entdeckt“ worden ist. Auf dem Pösel befand sich eine geheimnisvolle Inschrift, die unter den Archäologen lange und lebhaft Diskussionen hervorrief. Die Inschrift lautete: „M. J. D. D.“, und die Archäologen erklärten diese vier Buchstaben für eine Kuruzung Jupiters, der höchsten Gottheit: „Magno Jovi Dorum Doo“, waren nach ihrer Uebersetzung die vier Buchstaben zu deuten. Nach langer Zeit erst wurde die Inschrift richtig entziffert; sie bedeutete nämlich: „Moutards Jauns De Dijon“, d. h.: „Selber Pöselich von Dijon!“

Theater.

Berliner Theater: „Rux ein Traum“, Lustspiel von Lothar Schmidt. Das Stückchen war in der ersten Darstellung, die es fand, ganz unterhaltsam dröblig. Freilich am Ende zeigte sich, daß dem Rinde doch eine Hauptrolle, der Kopf fehlt. Der Schlusstrumpf wurde nicht ausgespielt, der Faden von dem Autor plötzlich abgeknitten. Gärt der Theaterwelt nicht drei alte angehängt, alles wäre nach dem letzten Hüllen des Vorhanges ruhig sitzen geblieben, in der Erwartung, nach dem Kommen.

Wie die Zensur darauf hatte verfallen können, der Aufführung Schwierigkeiten zu bereiten, blieb ein Rätsel. Bei allem Spielertischen in der Behandlung ehelicher Entstellungen was ja übrigens zum vergeblichen Gedächte der Komödie gehört, hält sich das Lustspiel doch von der ausgeklügeltsten fatalen Frivolität so vieler unbedauerten passierender Pariser Residenztheater-Schwänke fern. Statt in dem traditionellen Potpourri allerdings gewollt herbelegener Verirrungen, bewegt sich die Handlung in einer Reihenfolge einfacher, dem Menschenwürdigen verhältnismäßig nahe liegender Situationen, die von Selbglättern einer ironisch gesärbten Raune und mancher trefflichen Beobachtung belebt sind. Kamentlich der Mittelteil war reich an kleinen amüsanten Jügen. Höchst komisch wirkte das unbedingte Vertrauen, das der schuldlose Warte den Verleumdungen seiner gleichfalls ein wenig vom rechten Wege abgewichenen jungen Frau entgegenzieht, als sie ihm ihr Abenteuer im Bilde eines Traumes schildert. Er fühlt den Hintergrund der Wahrheit so wenig heraus, daß er den Freund, vor dessen Nebenbuhlerischeit sie ihn hatte warnen wollen, nur noch intimer an sich zieht. Den Höhepunkt erreichte die Stimmung des Publikums beim Erscheinen eines philosphischen Gymnasialprofessors, der beiteren, so dankbaren Gemüts sich dem Schuldigen als der von ihm betrogene Chemiker vorstellt. Er hält einen längeren Vortrag über die Notwendigkeit aller menschlichen Handlungen und bittet nur immer wieder, doch pünktlich als Zeuge bei dem Schreibprozeß

anzutreten. In der Angst, daß seine Frau nun alles erfahren wird, sucht der Uebelthäter bei dem bewussten Fremde Trost. Jemand eine Nebende, die dem Sünder eine wohlverdiente Lehre geben soll, scheint sich mit dieser Wendung anzupinnen. Doch es kommt nichts zum Austrag. Die mageren Schlusspunkte läuft darauf hinaus, daß die Gattin auf das Geständnis des Mannes mit der Erklärung reagiert, der Traum sei Wahrheit, sie habe ihm mit gleicher Mänge hingegeben, und daß der vertrauensselige Gemahl an den Plot des Fremdes sich vornimmt, ihr zu Gefallen so zu tun, als „glaube er den Usinn“. Brillant war M e i n h a r d in der komischen Episodenrolle des Professors, sehr hübsch auch Albert Heine und Julie Serda in den beiden Hauptfiguren.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Marées-Ausstellung in der Sezession hat einen Zuwachs durch eine große Anzahl von Zeichnungen aus allen Perioden des Künstlers erhalten. Auch ist vor kurzen noch ein großes Bild entdeckt worden, das ebenfalls der Ausstellung einverleibt wird.

— Die Schwestern Wiesenthal, für die die Schöneberger Straße eine so nette Nische gemacht hatte, zeigten am Donnerstag im Mozartsaale ihre angeblich bedenklichen, in Wirklichkeit aber höchst dezenten Langhals. Drei schlanke, junge Mädchen tanzten so selten, wird jederzeit ein hübscher Jubel sein. Und so konnte man sich an Kommer-Schauberschen und Straußischen Walzern erfreuen, die in anmutige Tanzbilder und frohdewigte Körperlichkeit überzogen wurden. Aber „Langhalsungen“ ist doch ein etwas übertriebener Ausdruck dafür. Als die Schwestern über diese Anklage zur Tat zu machen verstanden und Kompositionen von Strofer, z. B. den Wind und die Blume, durch charakterisierende Bewegungen ausdrücken wollten, da zeigte sich die Begrenztheit der Langhals und ihre eigene nur zu deutlich. Zudem war auch das Arrangement nicht so geschmackvoll, wie im vorigen Jahre auf der intimeren Bühne der Kammerspiele. Da auch ein paar Singspiele ausfallen mußten, war der Abend im ganzen etwas mager.

— Deutsche Kunst in Paris. Für den nächsten Pariser Herbstsalon wird eine Kollektivausstellung von Werken Hans von Marées vorbereitet, der dem französischen Publikum noch ganz unbekannt ist. Auch ist eine Ausstellung der bayerischen dekorativen Kunst geplant.

— Die Dichterspende, die zu spät kam. Aus Glasgow wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Im Krant und Glend starb dieser Tage der belanute schottische Dichter Richard Owen, dessen Gedichte und Lieder sich großer Beliebtheit erfreuen. Der englische Premierminister, der von der Not des Dichters gehört hatte, überreichte ihm ein Geschenk von 100 Pfund. Es war aber schon zu spät: Im Armenhaus zu Festinog war Richard Owen am Morgen des Tages, an dem ihm das Geschenk überreicht werden sollte, gestorben.

Den meisten Fällen ihren wirtschaftlichen Ruin zu danken haben, so schiebt er eine Inzang auf die andere, bis schließlich herauskommt, daß die Polizeibehörde den ersten Anstoß gegeben hat. Für die Kleinlichkeit, mit der man den Reservisten nachspricht, ist bezeichnend, daß ein Buchdruckerbesitzer, Verleger eines völlig parteilosen Blattes, einmal vorgeladen wurde, weil gänzlich ohne sein Zutun in seinem Blatte ein sozialdemokratisches Wahlreferat erschien. (Hört! hört!)

Eine Quelle unfreiwilligen Humors ist der im „Vorwärts“ veröffentlichte Schriftwechsel zwischen dem Berliner Sportklub „Arminia“ und dem Generalkommando des Gardekorps. Dem ganz harmlosen Klub wurde das Spielen auf dem Tempelhofer Felde untersagt, weil sich ausgerechnet ein Sozialdemokrat in dem Klub befand. Das ist gleichzeitig ein hübsches Beispiel für das Spitzelsystem der Militärbehörden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nachhins wird wohl auch das Betreten des Tempelhofer Feldes allen Sozialdemokraten untersagt werden. (Schallende Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die militärische Propaganda für die notorisch politischen Kriegervereine

hat der Kriegsminister vorgezogen, sich nicht auszusprechen. Daß die Kriegervereine völlig politische Organisationen sind, die außer der Sozialdemokratie auch mal das Zentrum belästigen, hat Kollege Erzberger zutreffend ausgeführt. Bei der Kontrollversammlung wird offene Agitation für die Kriegervereine getrieben. Das geradezu schamvolle Schmiffelwesen, das im Heere betrieben wird, hat ebenfalls Kollege Erzberger schon gebührend gezeigelt. Nachforschungen werden in sozialdemokratische Vereine geschickt, damit man sich über die politische Gesinnung der nachmaligen Rekruten unterrichten kann. Wöher wurden zu diesem Zwecke die bei der Polizei eingereichten Mitgliedslisten mißbraucht. Jetzt gibt es solche nicht mehr, und da wird das schamvolle Spitzelsystem zum Ersatz wohl noch weiter ausgebaut werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Rekrutenschleifen, die Mißhandlungen und Brutalisierung der Neueingetretenen durch die Leute älterer Jahrgänge floriert unter strahlender Duldung der Vorgesetzten weiter, und es finden sich hier Abgeordnete, wie der Herr von Biesewitz — (Zuruf: Heißt ja Carmel!) nun, meinestwegen Carmel, ah Pardon; Graf Carmel (Große Heiterkeit.) — die Entschuldigungen dafür haben. Geradezu albern ist es, wenn die Herren Graf Carmel und Liebermann von Sonnenberg die Behauptung aussprechen, wir Sozialdemokraten freuten uns über die Mißhandlung. Nichts kann falscher sein. Wenn Bebel durch unablässigen Kampf gegen die Soldatenmißhandlungen, einen Kampf, in welchem er lange Zeit allein stand, eine gewisse Einschränkung der Mißhandlungen herbeigeführt hat, so hat er damit das Soldatenleben weniger unangenehm gemacht und also nicht die Unzufriedenheit, sondern die Zufriedenheit vermehrt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Graf Carmel stellte wieder einmal die derben Ausdrücke auf unserem Parteitag mit den Schimpfereien auf dem Kasernenhofe in Parallele. Das ist mehr als lächerlich. Bei uns fallen derbe Ausdrücke, gewiß, sehr derbe sogar, aber es steht jedem frei, im gleichen Tone zu antworten und auf einen Schein anderthalbe zu legen. Auf dem Kasernenhof dagegen muß der Soldat nicht bloß die größten Schimpfworte, sondern auch körperliche Mißhandlungen über sich ergehen lassen, ohne sich mühen zu dürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es fehlt immer noch an dem nötigen Ernst beim Vorgehen gegen die Mißhandlungen. Wenn ein Unteroffizier seine schäuflichen Mißhandlungen soweit treibt, daß das in solchen Fällen nicht überdrakonische Kriegsgericht ihn zu einem Jahr vier Monaten Zuchthaus verurteilt und wenn dann der Hauptmann der betreffenden Kompanie wegen mangelnder Aufsicht ganze drei Tage Stubenarrest erhält (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), so ist das gewiß nicht geeignet, die Offiziere zu schärferer Beachtung anzuhalten. (Laute Zustimmung links.) Aber wie erleben es ja oft genug, daß brutale Vorgehen von ihren Kompaniechefs in den Gerichtsverhandlungen die beste Not als „famose Vorgeschichte“ gegeben wird und daß man in geradezu lächerlicher Weise die argsten Schindereien der Untergebenen mit dem noch dazu falschen Sprichwort rechtfertigt: „Wer sein Kind lieb hat, der züchtigt es!“ — als ob die Freigepädagogik sich nicht längst überlebt hätte und als ob Soldaten Kinder wären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber einmal solche Ruben, die wechelse Untergebene mißhandeln, als

„Schinderknechte“

bezeichnet werden, dann springt derselbe Kriegsminister, der starke Ausdrücke auch im Reichstage durchaus nicht scheut, mit Strafanträgen gegen die betreffenden Journalisten zugunsten jener Ruben

ein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein hoher Offizier, der Generalkommandant v. Rihmann, hat in der „Täglichen Rundschau“ ausdrücklich hervorgehoben, daß wirkliche Deutscheschindereien den Offizieren nicht verborgen bleiben dürfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Sachsen sind die Tage längst vorbei, da Prinz Georg, der nachmalige König, den bekannten Erlaß gegen die Mißhandlungen erließ. Des jetzigen Königs Gnadenzone leuchtet den Soldatenkindern. Derselbe König, der Grete Beier nicht begnadigt hat, hat den Unteroffizier Werthold begnadigt, durch dessen Schuld der Schütze Bauer sein Leben einbüßte! Das Gericht hatte Werthold zu einem Jahre Gefängnis und Degradation verurteilt, der König schränkte die Gefängnisstrafe auf sechs Monate ein und beseitigte die Degradation. Der Schinder also kann weiter schinden. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß noch einmal auf den Fall in der Senne zurückkommen, den im vorigen Jahre mein Freund Scheidemann behandelt hat. Dort in der Senne wurden Reservisten, meistens Familienväter, von dem Regimentskommandeur Freiherrn v. Wodungen als

„Schweineblase“, „Hammelherbe“

z. B. betitelt. (Abg. Kretsch schreibt: Parteitag Parteitag!) Lassen Sie doch die dummen Vergleiche! Bei uns kann jeder antworten, wie er will! (Bravol und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Natürlich wurde wieder nicht gegen die schimpfenden Offiziere, sondern gegen die Redakteure, die dies zur Sprache brachten, vorgegangen. Erst nachher fand — natürlich bei verschlossenen Türen — Verhandlung gegen die Offiziere statt. Die Redakteure wanderten auf Monate ins Gefängnis (Hört! hört!), die Offiziere aber erhielten fünf bis sechs Tage Stubenarrest! (Stürmisches Entrüstung auf der Linken.) Man bereitet zurzeit eine Novelle zum Strafgesetzbuch zum höheren Schutz der persönlichen Ehre vor. Wie denkt der Kriegsminister über die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, die persönliche Ehre der Soldaten besser zu schützen? (Stürmisches Zustimmung links.) Uebrigens hat unsere Kritik doch geholfen. Einer der Redakteure, der wegen Ausbedung der Vorgänge in der Senne brummen muß, teilt mir mit, daß in Düsseldorf die Reservisten höchst anständig und tadellos behandelt werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sieht, es geht auch ohne Schimpfen. Die japanische Armee ist doch wahrhaftig Kriegstüchtig. In Japan aber erheben sich Offiziere dankend, wenn Soldaten ihnen Essen bringen. Ich entnehme das einem Vortrage des Herrn Bronsart v. Schellendorf im Kolonialamt, dem ich beizuhörte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kollege Hänsler sprach in dankenswerter Weise über den Anfang der

Schmiergelber.

Herr v. Einem mußte natürlich wieder von nichts und bespricht einfach die Tatsache. Aber neulich erst sind von dem Oberkriegsgericht Hannover in der Verhandlung gegen den Bezirkfeldwebel Rint, der zu sechs Monaten und Degradation verurteilt wurde, umfangreiche Mißstände in schwerer Menge aufgedeckt worden.

Es ist offenes Geheimnis, daß zahlungsfähige Leute sich von Nebenungen drücken können, und Kriegsgerichtsverhandlungen beweisen auch, was es mit der Behauptung des Kriegsministers auf sich hat, daß Offiziere, die schwarze Fonds bilden, und Regimentsgelder zu Unrecht verwenden, nicht in der Armee gebuldet werden. Es wird wirklich nicht so genau genommen.

Wie steht es mit der Resolution des Reichstags um die Durchführung der gesetzlich garantierten Öffentlichkeit der Kriegsgerichtsverhandlungen? Im Gesetz steht nichts von der Ausnahmebestimmung der Offiziere. Tatsächlich aber gehen sie eine solche, und alle Kriegsgerichtsverhandlungen gegen Offiziere finden hinter verschlossenen Türen statt. (Lautes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Volk glaubt nicht und kann nicht glauben, daß schuldige Offiziere gebührend bestraft werden, solange der Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen gegen Offiziere besteht.

In erschreckender Weise ist die Zahl der Bestrafung von Soldaten gestiegen. Gewisse Leute führen das darauf zurück, daß durch den Einfluss der Sozialdemokratie die Unbotmäßigkeit steigt. (Sehr wahr! rechts.) Ach, meine Herren, es ist gerade umgekehrt. In Gegenden, wo die Sozialdemokratie am stärksten ist, kommen am wenigsten Fälle von Unbotmäßigkeit vor. Der bayerische Kriegsminister hat das ausdrücklich anerkannt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn

in 5 Jahren von den Kriegsgerichten über 100 000 Soldaten

und 2300 Jahre Zuchthaus und über 16 000 Jahre Gefängnis

verhängt werden, so ist das ein schauerlicher Zustand, der gebieterisch nach einer

Reform des veralteten Militärstrafgesetzbuches

ruft. (Stürmisches Zustimmung links.) Auffällig niedrig ist die Zahl der Freisprechungen in Bayern, verglichen namentlich mit Württemberg. In der Zahl der Soldatenfeldmorde markiert Deutschland gleich hinter Oesterreich. (Lebhafte Heiterkeit!) Die Bevorzugung des Adels in gewissen Regimentsarten hat der Kriegsminister inwiefern doch zugehen müssen, wenn er auch Abhilfe versprach. Man spricht davon, daß der Adel Gut und Blut fürs Vaterland geopfert habe. Ihr Blut fürs Vaterland zu lassen, ist schließlich doch die Aufgabe der Offiziere, und dafür werden sie bezahlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber Gut und Blut opfern auch die armen Teufel, und sie werden dafür nicht belohnt. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Resolution über

Einschränkung der Militärmusik

stimmen wir durchaus zu. Man merkt nicht allzuviel davon, daß die Militärmusiker noch Soldaten sind. Dagegen bereiten sie den Zivilmusikern unläuteren Wettbewerb. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Oesterreich ist den Militärmusikern das Spielen gegen Entree oder Honorar unter allen Umständen verboten! Wir haben in der Kommission der Resolution auf vermehrte Verwendung der Feldweibelkommissionen zugestimmt, wollen aber nicht verhehlen, daß wir diese neue Zwitterstellung nicht lieben. Wir belämpfen auf das schärfste die lastenmäßige Abschließung des Offizierkorps. Die Offizierslaufbahn muß auch dem tüchtigen Mann aus dem Volke offenstehen. (Zuruf rechts: Steht es ja auch! Lachen links.) O ja, ich weiß, jeder Soldat hat den Marschallstab im Tornister. Er bekommt ihn leider nur nicht in die Hand. (Stürmisches Heiterkeit und Zustimmung links.) Wir verlangen eine Demotrisierung des Heeres. In Japan, dessen Heer doch wahrhaftig Proben von seiner Tüchtigkeit abgelegt hat, ist wenigstens die Infanterie und Kavallerie das Verhältnis zwischen den Offizieren, die aus höheren Kreisen stammen, und denen, die von der Pike auf gebildet haben, vorzüglich. (Hört! hört!)

Herr Dr. Müller-Reinigen erklärte, seine bürgerliche Partei wolle die Schlagfertigkeit des Heeres vermindern. Ich protestiere dagegen, wenn er damit sagen wollte, daß die Sozialdemokratie die Herabminderung der Schlagfertigkeit wünsch. In unserem Programm steht:

Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit.

Das sollten wirklich auch unsere Gegner wissen. Herr v. Liebermann meinte, wir wollten wohl 20 Volkoversammlungen in Berlin einrufen, um über Krieg und Frieden abstimmen zu lassen. Wenn er einen Blick in unser Programm werfen wollte, würde er sehen, daß wir der Volkvertretung die Entscheidung über Krieg oder Frieden geben wollen. Da der Reichstag die Hand auf dem Geldbeutel hat, so kann er, wenn er Sinn und Achtung für seine Würde und für sein Ansehen hat, schon heute die Entscheidung über Krieg oder Frieden in seine Hand bringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir freuen uns, daß vieles, was früher nur von uns vertreten wurde, jetzt auch von anderer Seite verlangt wird. So haben die Herren Hänsler und Müller-Reinigen sich für bessere körperliche Ausbildung in den Schulen ausgesprochen. Wir sind auf dem Wege zum Volkshygiene. (Zuruf: Es geht aber langsam!) Geht es sehr langsam, aber es geht doch vorwärts. Wie im Kolonialwesen brechen sich auch im Militärwesen unsere Ideen allmählich Bahn. Auch über unsere Kreise hinaus steht man ein, daß das Heer unter dem Schulhammer zu leiden hat (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und daß schlechte Schulen keine guten Unteroffiziere liefern können. Zur Herabsetzung der Präsenzliste wird die wirtschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit drängen, und Betrachtungen über die Möglichkeit, Soldaten in kürzerer Zeit auszubilden, finden sich jetzt auch schon in der „Neuzzeitung“. (Lebhafte Heiterkeit!) Das Wunschunwesen zeigt ja, wieviel überflüssige Zeit beim Militär vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun noch ein paar Worte

zu der gestrigen Rede des Kriegsministers

Der Kriegsminister scheint noch in den Anschauungen der sozialistischen Gesellschaften Zeit besangen zu sein. Im flagranten Widerspruch zur Reichsregierung und zur preussischen Verfassung proklamiert der Kriegsminister ein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokratie. Er nimmt sich heraus, Sozialdemokraten mit Verbrechern zusammen zu nennen und sie als Weinedige zu schmähen. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Dabei wird der Kriegsminister, ob er will oder nicht, sich mit der Tatsache abfinden müssen, bei einem kommenden Kriege tausende sozialdemokratische Unteroffiziere verwenden zu müssen. (Widerspruch rechts, stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht genug damit, daß er die Sozialdemokraten ächtet, streitet der Kriegsminister allen den Namen des Gentelmanns ab, die auch nur zur Wahl von Sozialdemokraten auffordern, wie wir das beim Falle Strabant sehen. Zur Wahl von Sozialdemokraten ist schon von Leuten der bürgerlichen Linken, des Zentrums und der Rechten aufgefordert worden. (Zurufe: Bismard!) Ja, Bismard hat zur Wahl des Sozialdemokraten Sabor aufgefordert. (Lebhafte Zustimmung links.) Also war Bismard noch Herr v. Einem kein Gentelmann. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.) Wir protestieren dagegen, daß der Kriegsminister die Ehrenhaftigkeit 3/4 Millionen deutscher Staatsbürger anfaßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister sprach von dem Eide unserer Parteigenossen im Abgeordnetenhaus. Eide sind Formeln, die ihre Bedeutung ändern. (Abal rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister selbst hat gesagt, daß das Heer dem Interesse der Nation, also des Volkes, zu dienen hat. Früher aber, im absoluten Staate, diente das Heer allein dem Könige. Wie will man es unseren Parteigenossen vertragen, wenn sie, um die Wähler zu vertreiben, die sie ins Abgeordnetenhaus gefandt haben, den Formeln genügen, die nicht sie eingeführt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie kennen das Empfinden des sozialdemokratischen Teils des Volkes besser als der Kriegsminister. Er sagt, wir wollen Zwiespalt zwischen Heer und Volk sein. Was versteht er denn unter Volk? Volk sind ihm er selbst, die Offiziere, die besitzenden Klassen! Volk und Heer

werden sich durch Zunahme der Sozialdemokratie nicht entfremden, vielmehr kommen sie sich immer näher, je mehr die sozialdemokratische Agitation zunimmt und je mehr Sozialdemokraten ins Heer eintreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Offizierskorps hält vielfach an veralteten politischen Anschauungen fest, während im Volke ein neuer Geist herrscht, ein Streben nach politischer und wirtschaftlicher Freiheit. Der Kriegsminister sagt, wir wollen Absehen vor dem Dienst im Heere erweisen. Das ist nicht wahr. Wir fordern allgemeine Wehrpflicht, und Absehen erweisen wollen wir vor Verhandlungen, vor Deschimpfungen der Soldaten, vor den Schredensurteilen, vor dem überflüssigen Drill, vor der Klassencheidung im Heere. Für all diese Dinge, die wir beseitigen wollen, sind auch wir nicht verantwortlich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen eine vernünftige Wehrpflicht und etwas anderes ist auch nie auf unseren Parteitag gesprochen. Der Abgeordnete Weibel hat mich ausdrücklich beauftragt, zu erklären, daß er nichts Derartiges gesagt hat, was der Kriegsminister ihm in den Mund gelegt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich finde keinen parlamentarischen Ausdruck, um ein so unerhörtes Verfahren des Kriegsministers gebührend zu charakterisieren. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bebel's Erklärung lautete:

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein entschiedener Gegner des bestehenden Heeresystems, aber sie erachtet eine militärische Organisation in den heute bestehenden Staaten — noch so lange für nötig, wie nicht in den verschiedenen Kulturstaaten Vereinbarungen und Einrichtungen getroffen sind, die Kriege ein für allemal unmöglich zu machen. So lange also noch die Gefahr besteht, daß Kriege möglich sind, muß jeder Staat wenigstens soweit militärisch organisiert sein, daß er einem Angriffskrieg begegnen kann und das eigene Land vor Eroberungen durch den Feind zu schützen vermag. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also die deutsche Sozialdemokratie alle irdischen Verfechtungen unterstützt, die darauf gerichtet sind, Kriege zu vermeiden und den Frieden zu sichern, wie z. B. die Errichtung von internationalen Schiedsgerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Staaten, so hält sie doch eine militärische Organisation so lange für nötig, wie die Gefahr eines Krieges vorhanden ist.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jehtmal hat die Sozialdemokratie dasselbe gesagt. Gegner des bestehenden Heeresystems sind wir, Reformen auf geistlichem Wege streben wir an. Man braucht unsere Absichten nicht zu billigen, aber niemand hat das Recht, uns deshalb zu schmähen, wie es gestern der Kriegsminister getan. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister sagt, das Heer ist für das Volk da. Das ist nicht wahr. Der Kriegsminister nannte das Heer einen starken Baum, unter dessen Schatten das Volk in Frieden leben kann. So kann man von einem Volksheer sprechen. Das stehende Heer hat von jeher den Zweck gehabt, das Volk von der Sonnenseite des Lebens fern zu halten, es im Schatten niederzuhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Fürsten und Reichstäter stützen sich noch immer auf das Heer, das auch gegen die eigenen Volksgenossen marschiert, nur in der Türkei ist es neuerdings anders geworden. Gestern vor 61 Jahren haben preussische Offiziere, Söhne des Volkes auf die Straßen von Berlin geführt, um die Väter des Bürgerturns, das heute Regierungspartei ist, zusammenzuschließen, weil sie für Dinge stritten, die heute selbstverständlich sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Insofern ist eine Veränderung eingetreten, als heute das Heer ein Volkswert zum Schutze nicht mehr des Absolutismus, sondern zum Schutze der bürgerlichen kapitalistischen Ordnung ist. Als die Arbeiter gegen die gegenwärtige politische Ordnung demonstrierten, wurde das Militär in den Kasernen bereitgehalten. Wie kann angefaßt dieser Dinge erwartet werden, daß wir irgendwelche Sympathie für diese Art des Heereswesens übrig haben? Wenn wir dem Minister sein Gehalt und den Heeresetat bewilligen wollen, so müßten wir keine Spur von Selbstgefühl und Würde im Leibe haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So lange solche Anschauungen vertreten werden, wie sie gestern der Kriegsminister vertreten hat, so lange die Heeresorganisation ist, wie sie jetzt ist, werden wir Sozialdemokraten ihr entgegen-treten. Es ist ein Kampf um Kultur und Menschlichkeit, wenn wir, wie bisher, so auch in Zukunft rufen: Nieder mit dem Militarismus! (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bayerischer General v. Gelsbattel sucht die geringe Zahl der Freisprechungen vor den bayerischen Kriegsgerichten zu erklären, gibt aber zu, selbst keine ausreichende Erklärung liefern zu können. Erstens seien in der Statistik Unbertretungen nicht mitgezählt; zweitens stehen bei Trunkenheit usw. den Regimentskommandanten die Wahl zwischen disziplinarischer Bestrafung und Gerichtsverhandlung frei und drittens sei das bayerische Temperament etwas sehr stürmisch. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Sächsischer General v. Salza verbreitet sich über den Fall Werthold-Bauer. Unteroffizier Werthold habe nicht gewußt, daß der Schütze Bauer ein schweres Verbrechen begangen habe. Daher sei das Begnadigungsgesuch von allen Instanzen unterstützt worden. Gegen die Ärzte, die die Einstellung des herzranken Mannes bewirkte bzw. nicht verhindert haben, ist ein Ermittlungsverfahren im Gange.

Abg. Dagemann (natl.): Herr Noske wird doch nicht erwarten, daß der Kriegsminister die Angriffe der Sozialdemokraten anhört und nichts dagegen sagt. Zum Volk gehören nicht nur die Arbeiter, sondern auch unsere Wähler. (Sehr richtig beim Bloß.) Die Soldaten haben mit Todesmut Rettungsversuche in eiskaltem Wasser verübt. Tunge Wurschen standen lachend dabei. Das ist Ihr Volk (zu den Soz.), das Volk, daß Ihre Versammlungen füllt. (Lebhafte Zustimmung beim Bloß, Unruhe bei den Soz.) Herr Stücken sagte ja selbst, Sie haben kein Vaterland, sondern ein Stiefvaterland, und das ist richtig, denn die Sozialdemokraten sind ja international. (Lachen bei den Soz.) Politik in den Kriegervereinen wünschen auch wir nicht, aber die Sozialdemokratie müssen sie selbstverständlich bekämpfen. (Zustimmung beim Bloß.)

Die Resolution des Zentrums wünscht, daß Kontrollversammlungen jährlich nur einmal stattfinden sollen. Hierzu werden meine Freunde erst Stellung nehmen, wenn die Heeresverwaltung sich geäußert hat. (Lachen bei den Soz.) Eine Resolution der Freisinnigen wünscht eine Reform des Militärstrafrechts, die auch wir für erforderlich erachten. (Bravol bei den Natl.)

Abg. Kopsch (freis. Sp.): Die freisinnige Partei hat immer auf Sparsamkeit gedrängt, aber die Hilfe des Zentrums, als es herrschende Partei war, nicht gefunden. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Die Wortwürde des Herrn Erzberger gegen uns waren deshalb ungerecht. Die von der Kommission gemachten Abstriche schlägt Herr Erzberger nicht hoch an. Dann frage ich ihn, woran wir denn sparen sollen? Bei der Präsenzliste und den Gehältern können wir doch nicht sparen, denn sie beruhen auf Gesetz. Auch die Sozialdemokraten, in deren Namen Herr Noske hier unsere Tätigkeit so scharf kritisiert hat, haben in der Kommission keinen einzigen Antrag auf Herabsetzung irgend einer Position gestellt. (Hört! hört! bei den Freis.) Die Resolution auf Verringerung der Militärkapellen hat hier mehrfache Angriffe erfahren, aber zu Unrecht; denn die Verringerung kann sehr wohl erfolgen; manche Kapellen haben z. B. 43 Mann, andere, nicht minder schlechte, nur 25 Mann. Viele Millionen könnte die Militärverwaltung erzielen, wenn sie in großen Städten Gebäude und Grundstückskomplexe in verkehrsreichen Gegenden veräußerte und ihre Gebäude nach anderen Stadtteilen verlegte.

Gestagt ist über den Mangel an Ärzten und Offizieren. Bei den Ärzten liegt die Ursache sicherlich daran, daß Juden nicht zu aktiven Militärärzten ernannt werden. Der Mangel an Offizieren beruht sicherlich in erster Linie in der Unfähigkeit des Verusks. Aber Schuld haben auch die erheblichen finanziellen Anforderungen, die an den Offizier gestellt werden und die mit dem Dienst gar nicht zu tun haben.

Das Institut der Einjährig-Freiwilligen sollte ausgedehnt werden, aber es muß dafür gesorgt werden, daß die Einjährigen nicht genötigt sind, ihren unmittelbaren Vorgesetzten Geschenke zu

machen, wodurch das Dienstjahr erheblich verkürzt wird. Es gibt gewisse Kavallerieregimenter, in denen nach allgemeinem Urteil das Dienstjahr nicht unter 12—15 000 M. durchzuführen ist!

In Hagen hat das Bezirkskommando bei der Polizei angefragt, ob ein Unteroffiziersaspirant Sozialdemokrat sei. Er war aber ein Anhänger der Zentrumspartei. Jedenfalls ist die Polizei nicht dazu da, solche Schmutzpartei zu leisten. (Bravo links!) Das Verhalten des Kriegsministers im Falle des Dr. Brabant in Hamburg ist außerordentlich bedenklich. Dr. Brabant hatte nur empfohlen, bei einer Stichwahl für einen Sozialdemokraten als für das kleinere Übel zu stimmen. Deshalb wurde er von den „Hamburger Nachrichten“ der Fehlonie an der bürgerlichen Gesellschaft bezichtigt und als „Zuhälter der Sozialdemokratie“ bezeichnet. (Hört! hört! links.) Das Ehrengericht — Herr Dr. Brabant ist Korpsstudent — verurteilte den Herausgeber der „Hamburger Nachrichten“ zur öffentlichen Abbitte. Herr Dr. Brabant ist ein durchaus feige, treuer und nationaler Herr, der die Sozialdemokraten im Wahlkampf bekämpft hat. Seine militärische Vorgehensweise ist durch nichts zu rechtfertigen, zumal wenn man bedenkt, daß früher, z. B. im Falle Sabor, sogar Fürst Bismarck die Wahl eines Sozialdemokraten empfunden hat.

Kriegsminister von Einem:

Der Abgeordnete Noske hat mir vorgeschrieben, ich hätte in unerhöhrter Weise die Sozialdemokratie verunglimpft und gereizt, und hätte es getan, weil ich in der Kammer das Reduzieren gespürt hätte, mir Lust zu machen. Das war recht schwach von Herrn Noske. (Sehr richtig! rechts.) Denn wie ich mich bei der sehr freundlichen Rede des Abgeordneten Schröder, der nicht einmal Angriffe auf das Heer gemacht hatte, in der Kammer befunden haben soll, das weiß ich nicht und wohl niemand hier im Hause, abgesehen von Herrn Noske. Ich habe nicht unternommen, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen und zu reizen. Ich habe auch gar nicht geglaubt, daß ich es durch diese Worte könnte, denn ich habe doch tatsächlich nur das gesagt, was die Sozialdemokratie in Presse und Wort stets allgemein zum Ausdruck gebracht hat. Es soll nicht wahr sein, was ich über den Eid gesagt habe. Dann müssen also die Aussprüche, die ich hier zur Hand habe, nicht gefallen sein, nicht der Auer von dem moralischen Zwangsband, der die Sozialdemokratie vom Parlament fernhalten sollte, nicht die Erklärung Goldsteins im „Sächsischen Volksblatt“, daß die politischen Eide Formeln seien, denen ohne Rücksicht genügt werden könne; über die Formalitäten des konstitutionellen Staatswesens werde die Sozialdemokratie nicht stolpern (Hört! hört! rechts); nicht die Äußerung der „Leipziger Volkszeitung“: „Daß die Sozialdemokraten dem Eide keine Bedeutung beilegen, versteht sich von selbst“ (Hört! hört! rechts). Rufe bei den Sozialdemokraten: Ganz vorlesen!; nicht die Erklärung Webers auf dem Lübecker Parteitag 1901: Wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Formel (Hört! hört! rechts); nicht die ausdrückliche Erklärung des „Sozialdemokrat“ 1887, daß der Bruch des Eides nicht dem Verweigerer sei. (Hört! hört! rechts.) „Wicht der Soldat, der zum Fahnenweid gezwungen ist, denselben.“ — „So heißt es da — „so ist er nach natürlicher Auffassung kein Weidweidiger.“ — Wir zwingen keinen Soldaten zum Dienst, die ihm auferlegt ist, und auch in der Verfassung ist der Eid vorgeschrieben. Wenn er also den Eid nicht zu halten braucht nach Ihrer Ansicht, rufe habe ich da etwas Falsches gesagt? Durchaus nicht! Ich muß also dabei bleiben, daß Sie den Eid unter bestimmten Verhältnissen in politischer oder militärischer Hinsicht nicht glauben halten zu müssen. (Lebhafter Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Denken Sie an General Par!.) Auf dem Parteitag in Jena haben Sie eine Resolution angenommen, die die Sozialdemokratie ausdrücklich verpflichtet, dahin zu wirken, daß der jungen Mannschaft Abscheu vor dem Heeresdienst (Lebhafter Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: Abg. Leidesdorfer: Lesen Sie den Wortlaut vor!) nun gut: vor dem Militarismus beigebracht werden soll. (Erregte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Militarismus!) Kommen Sie mir doch nicht mit solchen Dingen, mit dem schönen Worte Militarismus. Was ist denn für einen jungen Menschen der Militarismus? Er ist nichts weiter in seinen Augen als die Pflicht, seine Dienstpflicht zu erfüllen. (Heftiger Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Weiter gar nichts. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Ganz etwas anderes!) Ja, Sie sind die großen Führer. (Weisungsgelächter rechts.) Für Sie mag Militarismus etwas ganz anderes sein, aber für einen jungen Mann, den Sie noch nicht tüchtig durchgeknetet haben, ist Militarismus nichts anderes als die Ausbildung in den Waffen zur Verteidigung des Vaterlandes. Vor dieser Pflicht will Sie ihm Abscheu einflößen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nun sind Sie ja damit auf einem sehr falschen Wege. Herr Noske sagt, Sie wollten das Volk wehrhaft machen. Wie wollen Sie denn das anfangen? Sie hängen ihm ja Abscheu vor jeder Autorität, vor jeder Unterordnung ein. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn der große Zukunftstäter käme, Weisungsgelächter im Hause.) dann würden Sie nicht weiter tun können, um den Mann wehrhaft zu machen, als ihn einzulassen und ihn erzuziehen und manövrieren lassen. Ich hoffe freilich, daß er dann gegen Sie remonstriert und Sie zum Teufel jagt. (Weisungsgelächter rechts.) Weibel hat 1893 gesagt, die Sozialdemokratie besitz heute noch nicht die Möglichkeit, die Bajonette in die Hand zu bekommen; deshalb muß sie danach trachten, diejenigen zu gewinnen, die die Bajonette tragen. — Da müssen wir vorsichtig sein. Wir dürfen der Sozialdemokratie nicht die Führer zuführen, Offiziere oder Unteroffiziere, damit diese nicht als Vorgesetzte demütigen, daß die Bajonette wirklich in die Hand der Sozialdemokratie kommen. (Bravo! rechts.) Rufen bei den Sozialdemokraten.) Herr Weibel hat sein Leben lang doch tüchtig gearbeitet mit dem ausgesprochenen Zweck, den Staat umzubringen. Würde man daran zweifeln, so würde man Herrn W. bei geradezu beleidigen. Er hat ja auch den großen Kladderadatsch prophezeit. Aber es ist nicht so schnell gegangen wie bei Wilhelm Dusch:

Selbst die Venus ist perdu
Militarismus von Rediel. (Laute Heiterkeit rechts.)

Der Staat hat bis jetzt gehalten und wird noch länger halten, selbst wenn es Herrn Weibel in seinen alten Tagen eine tiefe Enttäuschung bereiten sollte.

Ich könnte Ihnen noch verschiedene andere hübsche Aussprüche vorlesen. Da habe ich hier die „Junge Garde“, eine Schrift, in der in geradezu empörender und aufreizender Weise unter den Rekruten

agitiert wird. Das ist wirklich sehr ernst. Sie haben oft ausgesprochen, daß im Falle eines Krieges, der Ihnen nicht paßt, die Reservisten nicht kommen, daß der Soldat sich weigern soll, zu kommen. (Lebhafter Zwischenruf bei den Sozialdemokraten. Rufe: Wo steht das?) Das steht bei Skutsky. Nennen Sie den? (Weisungsgelächter im Hause.) In einem Aufsatz „Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie“ heißt es: „Es gibt einen Weg, den Krieg zu vermeiden. Dieser Weg ist einfach die Dienstverweigerung der Soldaten oder wenigstens der Reservisten. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) Lebhafter Rufe bei den Sozialdemokraten: Weiterlesen! Das will ich schon tun. In der Tat, das Mittel ist einfach und wenn durchgeführt, unfehlbar.“ (Erneute Unterbrechung bei den Sozialdemokraten. Rufe: Weiterlesen, weiterlesen! Rufe rechts: Ruhe! Ruhe!) Würde seine Anwendung tatsächlich bewirken, daß ein Krieg unmöglich wird, so könnte man kaum etwas in jenem Falle — und es sind 99 von 100 — einwenden. Ich sehe keine ethischen Gründe, die von Standpunkt des Proletariats dagegen sprechen.“ (Lebhafter Zwischenruf bei den Sozialdemokraten. Abgeordneter Dr. Frank ruft: Verdrehung! Eine brüllende Stimme ruft: Juden raus! Von allen Seiten wird gerufen: Ruhe! Ruhe! Abgeordneter Frank ruft: Militärisch! Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts, Rufe: Zur Ordnung! und Freiheit!)

Präsident Graf Stolberg ruft den Abg. Frank zur Ordnung.

Kriegsminister v. Einem (fortfahrend): Ich kann nur wiederholen: Ich habe gestern nur gesagt, was die Sozialdemokratie stets zum Ausdruck gebracht hat. Ich habe die Sozialdemokratie nicht verunglimpft, aber wenn die Worte, die ich vorlesen habe, eine Verunglimpfung sind, so haben Sie sich das selbst besorgt. (Bravo! rechts.)

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Abgeordneten Noske. Er hat einen Fall vorgebracht, der großes Aufsehen in der sozialdemokratischen Presse gemacht und zu geradezu wüsten Angriffen auf das Heer geführt hat. Es ist der Fall, wo ein Soldat bestraft ist, weil er den Gehorsam verweigert hat: den Befehl nicht befolgt, mit der Hand Mist anzufassen. Jeder, der die Landwirtschaft kennt, wird wissen, daß es durchaus keine Schande ist, mit dem Mist in Verbindung zu kommen, daß es auch keine Schande ist für einen Kavalleristen. (Beiwegung.) Wer mit Pferden Bescheid weiß, der weiß, daß das mit trockenen Substanzen genährte Pferd, ich möchte beinahe sagen, sehr anständig mischt. (Große Heiterkeit.) Bei keiner Kavallerie in der Welt ist es anders, als das der Mann, um die Streu reinzuhalten, mit der Hand in das Stroh greift und den Mist herausschüttelt. (Sehr richtig! rechts.) Es ist es stets gemacht, und niemand hat darin etwas Beleidigendes gesehen. (Sehr richtig! rechts.) Was hat aus dieser Geschichte der „Vorwärts“ gemacht? Der „Vorwärts“ hat geschrieben, daß bei dem gleiche unerhörte Verbrechen, wie das eines brutalen Unteroffiziers, — wie es leider einmal vorgekommen ist — der einen unglücklichen, hilflosen Rekruten gezwungen hat, seinen eigenen Dreck in den Mund zu nehmen. Dies hier ist keine Schande, aber ein dezentlicher Vergleich, das ist eine Schande. (Sehr richtig! rechts. Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat Herr Noske behauptet, irgend welche Fortschritte in der Armee wurden nicht erzielt. Im Jahre 1903 wurden im ganzen 612 Offiziere und Unteroffiziere bestraft wegen Mißhandlungen. Diese Zahl ist im Jahre 1908 auf 296 zurückgegangen. (Hört! Hört!) Wir gehen an keinem Falle vorbei. Der Fall, den der Abgeordnete Noske angeführt hat mit dem Hauptmann Hagemeister ist mir nicht bekannt. Wenn ein Offizier den ihm gemeldeten Mißhandlungen nicht verfolgt, so erhält er die Abfertigung. Wenn in dem erwähnten Fall eine milde Strafe Platz gegriffen hat, muß die Sache anders liegen, als Herr Noske vorgetragen hat. Es ist nicht wahr, daß über gewisse Dinge von den Vorgesetzten absichtlich hinweggegangen wird, jeder Vorgesetzte ist auf das eingehendste bestraft, diese Mißhandlungen zu befechtigen. Die Armee ist ein Organismus, der mit dem Volke arbeitet und dem Volke angehört, da kann es auf Augenblickserfolge, wie hier behauptet ist, in keinem Falle ankommen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ein Rekrut durch ältere Mannschaften mißhandelt wird, so ist das in jeder Hinsicht zu bedauern, aber alle solche Dinge werden hart bestraft. Sie müßten doch damit zufrieden sein, wenn eine Weisung eintritt, es hat doch keinen Zweck, jede Mißhandlung hier noch breit zu treten. Wenn wir nicht bestrafen, nicht anfangen, dann hätten Sie ein Recht dazu, aber da das tatsächlich geschieht und nicht nur ein Bruchteil verfolgt wird, so dürfte man doch nicht gegen die Armee gehen.

Herr Noske hat sich gegen die Schimpfworte ausgesprochen, vielleicht kann er auch gegen die Schimpfereien in der sozialdemokratischen Presse auftreten. (Sehr richtig! rechts.) Vielleicht den Terrorismus (Lachen bei den Sozialdemokraten.), von welchem der Abg. Fischel in Abgeordnetensache ein erbauendes Bild gemacht hat. Der Terrorismus, durch welchen ganze Familien um ihre Existenz gebracht werden, ist schlimmer, als wenn einmal ein Soldat einen Schlag erhält. (Sehr richtig! rechts.)

Sie fordern eine Reform des gesamten Militärstrafrechts. Das Militärstrafrecht ist aber vollkommen abhängig von dem allgemeinen Strafrecht, und jetzt, wo das neue Strafrecht für das Deutsche Reich in Bearbeitung ist, trage ich Bedenken, an eine so bedeutsame und umfassende Reform des Militärstrafrechts heranzutreten. Wir haben mit unserem Strafrecht eine Disziplin aufrecht erhalten, die ein jederzeit kriegsbereites Heer haben muß. Wenn der Entwurf für ein neues deutsches Strafrecht vorliegt, müssen wir an eine gewisse Umarbeitung des Militärstrafrechtes heranzugehen, die Vorarbeiten dazu sind bereits im Gange.

Sie verlangen auch eine Änderung des Beschwerderechts. Jeder Soldat kann sich jezt jederzeit mündlich oder schriftlich bei seinem Leutnant oder Hauptmann beschweren; die Beschwerde braucht nicht durch den Unteroffizier zu gehen. Im übrigen ist eine Änderung dieses Rechts Sache des Königs.

Herr Kopsch fragte über Zurückführung des jüdischen Elements. Niemand soll wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft, wegen des Standes seines Vaters und dergleichen von der besonderen Ausbildung zu der Offiziersprüfung und Beförderung ausgeschlossen werden. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Bei der Unternehmung der Fälle ist mir eins aufgefallen: Die jungen Leute haben Bemerkungen mitgeteilt, die ihnen von den Offizieren gemacht sind, und das hat sich dann einigermassen anders herausgestellt. Ein junger Mann zum Beispiel sagt, der Leutnant habe zu ihm gesagt: Es ist wirklich gar zu

großartig, wie Sie Ihren Zug führen; ich wollte, ich könnte das! (Große Heiterkeit.) — so wird das als bare Münze hingenommen. Auf den Eisen allein kommt es eben nicht an, sondern doch auf die Fähigkeit. (Abg. Duce: So werden Sie (zu den Freisinnigen) verhöhnt! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich muß auch verlangen, daß die jüdischen Herren sich unbedingt dem Urteil fügen, das die Vorgesetzten über sie sprechen. Remonstriert wird gegen die Qualifikation eigentlich nur von jungen jüdischen Herren. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Armee hat — ich glaube bis zum Jahre 1880 — tatsächlich jüdische Reserveoffiziere gehabt, und ich muß offen sagen — vielleicht werde ich deshalb kolossal angegriffen —, ich halte es einfach für einen Akt der Gerechtigkeit, daß ein junger Mann, auch wenn er Jude ist, wenn er sonst tüchtig ist und im übrigen geeignet, auch zum Reserveoffizier gemacht wird. (Abg. Kopsch: Bravo! Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Kopsch hat dann noch hingewiesen auf ein Militärverbot, das den Reserveoffizieren in Hagen den Verkehr in einem gewissen Verein als unerwünscht bezeichnet hat. Ein sehr eigenartiger Fall, den ich lieber hier nicht zur Sprache gebracht hätte, weil mir scheint, daß in diesem Verein es im höchsten Maße merkwürdig zugegangen ist. Dieser Klub nannte sich

„Der Sechund“

(Heiterkeit) und die Manier in diesem Klub war wirklich — sechundsmäßig. (Große Heiterkeit.) Ich weiß sehr wohl, daß es Stunden gibt, wo — Genialität herrscht (Heiterkeit), aber wenn es in dem Klub Rede ist, daß von Anfang an der — Uebermenschen alle Regeln der Etikette oder der Zivilisation abstreift (Heiterkeit), wenn der Empfang, sowie der Betreffende hereinkommt, gleich mit einem Wort beginnt, das ich hier nicht aussprechen kann — es fängt an mit „Altes“ und schließt mit „... loch“ — (minutenlange stürmische Heiterkeit) — wenn in diesem Ton geredet Genialität gearbeitet wird, dann läuft man eigentlich Gefahr, daß aus diesen Umgangformen sich sehr schwierige und unangenehme Verhältnisse entwickeln können. (Heiterkeit und sehr wahr!) Dieses Sechundtreiben hat auch in Hagen selbst auf einem Balle zu recht unangenehmen und auffälligen Vorfällen geführt, und da habe — ich glaube mit Recht — dem Generalkommando daran gelegen, zu verhindern, daß nun mal einer kommt, der sich durch eine solche Redensart und vielleicht durch eine noch stärker beleidigt fühlt. Deshalb hat der kommandierende General den Wunsch geäußert, daß in diesem Klub nicht mehr der „Sechund“ sich durch diese Regeln berichtigt (Heiterkeit) und etwas bessere Manieren annimmt. Und nun noch zu Herrn Erzberger. Es ist mir selbstverständlich nicht eingefallen, Herrn Häusler für einen Ignoranten zu halten. Ich habe nichts weiter tun wollen, als meinem Entsaunen Ausdruck zu geben, daß der Herr Abgeordnete insofern genommen hat an dem Sach in der Denkschrift über die Kavallerie, daß das Pferd die beste Waffe des Reiters ist. — Redner befreit ferner die Richtigkeit der Angaben Erzbergers über die militärische Begünstigung der Firma Krupp. Nicht zum Selben, sondern zum Vergleichen seien Waffenmeister nach Essen geschickt worden. (Hört! hört! rechts.) Wenn zu hohe Preise für Gewehre gezahlt worden sind, so lag das daran, daß die betreffende Firma das Patent besaß.

Es ist nicht wahr, daß eheberrische Offiziere im Heere geduldet werden. Herr Erzberger würde sich selbst den besten Dienst erweisen, wenn er größere Vorsicht gegenüber Zuträgern walten lassen wollte. (Lebhafter Zustimmung rechts.)

Abg. Wollens (wirkt. Bg.) schilt auf Noske, der sich wohl das Wohlwollen seiner radikalen Parteigenossen zurückerobert wolle, und erregt durch seine Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Schuld an den Soldatenmißhandlungen trage, förmliche Heiterkeit auf der Linken. An der deutschen Jugend mag nicht die Unterernährung, sondern das Zigarettenrauchen. Ich bin

als Rekrut nur ein einziges Mal geprügel

worden. Das Schicksal in Kriegervereinen ist eine schöne Sonntagsbeschäftigung für kleine Leute, aber die Sozialdemokraten hören nicht gerne Büchsen knallen. Möge der Kriegsminister die Büchsen des Mittelstandes berückichtigen und noch lange zum Verrger der Sozialdemokratie auf seinem Platze bleiben. (Fröhliche Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Persönlich erklärt Abg. Erzberger (Z.), daß er sich die Erwiderung auf die Ausführungen des Kriegsministers für die dritte Sitzung vorbehalte. Hier konstatierte er weiter, daß der Hauptmann, der den berückichtigten Soldatenführer Breitenbach in seiner Kompagnie gehabt hat, unter Ueberbrückung zahlreicher Vordemänner befordert worden sei (stürmisches Hört! hört!) und daß seine Mittelungen über Begünstigung der Firma Krupp, zu deren Zahlung des Maschinengewehrs, Duldung eheberrischer Offiziere und so weiter auf der Mitteilung zuverlässiger Gewährsmänner beruhen. Die Aufforderung zur Vorsicht gibt ich dem Kriegsminister zu. Nach seiner Abreise der vom Abgeordneten Baasche angeführten Tatsachen hat er das Recht verloren, anderen Leuten Unvorsichtigkeit vorzuwerfen. (Lauter Weisung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 8 Uhr.

Wetterungsüberblick vom 19. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius
Frankfurt	760	SW	4 halb bb.	-2	Wuppertal	759	SW	2 bedeckt	-4
Darmstadt	764	SW	4 halb bb.	0	Petersburg	765	SW	1 bedeckt	-5
Berlin	758	SW	2 bedeckt	-0	Stettin	760	SW	5 wollig	8
Frankfurt a. M.	753	SW	2 bedeckt	4	Aberdeen	744	SW	3 bedeckt	5
München	767	SW	2 wollig	1	Paris	748	SW	3 wollig	6
Wien	760	SW	1 bedeckt	1					

Wetterprognose für Sonnabend, den 20. März 1909.
Etwas wärmer, veränderlich, vielfach wollig mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau



Sunlicht Seife

lernt man bei der grossen Wäsche schätzen. Sie ermöglicht Zeit sparende Arbeit! Ohne scharfe Zusätze reinigt sie schnell und gründlich, schon die Gewebe und Hände der Wäscherinnen. Da sie sehr ausgiebig ist, Sunlicht Seife ein ökonomisches Waschmittel, das sich bei kleiner und grosser Wäsche bewährt!



Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestraße 70-71.

Von Sonnabend, den 20. März bis Dienstag, den 23. März cr. inkl.

Vorzugs-Preise in Lebensmitteln

Fleischwaren

Hildesheimer Rotwurst . . . Pfund 65 Pf.
Hildesheimer Leberwurst . . . Pfund 65 Pf.
Mettwurst (Braunschweiger Art) . . . Pfund 90 Pf.
Landleberwurst Pfund 90 Pf.

Pa. Kasseler Rippespeer 80 Pf.
Rehblätter Stück 2.25 bis 2.50
la Suppenhühner Stück 2.00 bis 2.50
la Hammelfleisch billigst

Feine Leberwurst Pfund 1.00
Fleischwurst Pfund 95 Pf.
Thüringer Schlackwurst . . . Pfund 1.30
Thüringer Salamiwurst . . . Pfund 1.30

Kolonialwaren – Früchte

Kochzucker 5 Pfund 1.05 | Gemischte Marmelade 5 Pfund-Eimer 1.10 | Kunsthonig 5 Pfund-Eimer oder -Topf 1.60
Deutscher Kakao garantiert rein Pfund 85 Pf. 1.10 1.40 | Apfelsinen Dutzend 25, 35, 45, 60 Pf.

**Paul Drenke Nachfolger
Otto Berlett**
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfehl. sein großes Lager in (356L)
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Ich gebe

Kredit an jedermann bei
wöchentlicher Abzahlung von **1 Mark.**
Möbel-Kreditthaus
S. Gottlieb
Rosenthaler Straße 54, I.
Vertragslieferant des Deutschen Beamten-Bundes u. des Berl. Bankbeamten-Vereins.

Greifen Sie zu!

Möbel

wegen Umzug bedeutend billiger! 518L

Stube und Küche

von **Mk. 15**
Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke

von **Mk. 5**
Anzahlung an.

Herren- und Damen-Garderobe.

Liefere auch nach auswärts.

Riesenauswahl.

D. Lechner

Brunnenstraße 192 I.

vom 1. April ab:
Brunnenstraße 7,
Laden und I. Etage.

Zur Einsegnung!



Anzüge aus fein geripptem schwarzen Kammgarn sowie aus haltbaren Cheviotstoffen, sauberste Ausführung von M. **12⁵⁰**

Anzüge aus prima tiefschwarz. Kammgarn- und Tuch-Kammgarnstoffen mit besten Zutaten eleganter Sitz, von . . . M. **17⁵⁰**

Anzüge nach Maß Garantie für gut. Passen von M. **24⁰⁰**

M. Schulmeister
Schnelldarsteller

am Kottbuser Tor **Dresdener Str. 4** am Kottbuser Tor

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Welche Herrenhüte v. 1,50-8,00 Stoffe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware.
Größte Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Großer Getreidemangel in Sicht!

Wer sich für die, von den Handels- u. Börsenzeitungen vollständig falsch beurteilte und daher zu Katastrophen führende, Lage der internationalen

Getreide-, Kaffee- und Zuckermärkte

zuverlässig unterrichten, daraus Vorteile ziehen, sich vor Überraschungen schützen, vor Schaden bewahren will, verlange — umsonst und portofrei — die von Kaufmann Michael Proestler in Würzburg verfassten Flugblätter.

MANOLI
Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Bestandwärtiger Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Eigene große Betriebs-Werkstätten.

Frühjahrs-Neuheiten!

Frühjahrs-Anzüge, enorme Auswahl, vornehme Moden und aparte Ausmusterungen. Elegante, tadellose Paßformen, gute Maßarbeit ersetzend.

Nur eigene Erzeugnisse!

50,—	48,—	45,—	42,—	16⁰⁰ M.
40,—	38,—	36,—	33,—	
30,—	28,—	24,—	22,—	

Paletots und Ulster!

Nur eigene Erzeugnisse!

Ueberraschende Auswahl in entzückenden Stoffneuheiten. Abarbeitung und Fassons, Paßformen unübertroffen.

50,—	48,—	45,—	42,—	15⁰⁰ M.
40,—	38,—	36,—	33,—	
30,—	28,—	24,—	22,—	

Einsegnungs- und Prüfungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten.

:: Vorzüglichste Maßarbeit, sehr preiswert! ::

Unerreichte große Auswahl in Stoffneuheiten zur Anfertigung feiner Herren-Bekleidung nach Maß. Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Zuschneider in eigenen großen Betriebswerkstätten hergestellt. Wir richten die ergebene Bitte an unsere geschätzten Freunde und Gönner, uns Bestellungen zum Feste recht bald zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Kleidungsstücke aufs sorgfältigste ausführen zu können. Für tadellosen Sitz, beste Verarbeitung und nur gute Stoffe und Zutaten übernehmen wir die weitgehendste Garantie.

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

::: Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung :::

fertig und nach Maß

Spezial-Abteilung:

Bekleidungen für jeden Beruf.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer!

Wir verarbeiten nur gute reelle, ausgeprobte Fabrikate
ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl
ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz
ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen
ir verkaufen nur zu billigen, aber streng festen Preisen
ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlenvermerk.

Unsere Grundsätze:

Anfüttern und Reparaturen der bei uns gekauften Gegenstände gratis.

Wir empfehlen:
Klirschner's Jahrbuch
Welt- und Zeitspiegel,
Kalender, Geograph.-
Statistisches Handbuch
und Verkehrslexikon
1909
Preis 1,— M.

Königs
Illustriertes Jahrbuch
der Erfindungen und
Entdeckungen, 1909.
Mit 135 Abbildungen.
Bearbeitet mit Mitwirkung
hervorragend. Fachmänner
von P. Haack.
Preis 1,20 M.
Expedition d. „Vorwärts“
BERLIN SW.,
Lindenstr. 69 (Laden).

Abendkurse
zur Ausbildung von Technikern
und Werkmeistern in Elektro-
technik u. Maschinenbau
Technische Akademie, Berlin 45
Markgrafenstraße 100.
Prospekte frei!

Arbeitslosendemonstration als Landfriedensbruch.

Gestern wurde vor dem Schwurgericht des Landgerichts I der Prozeß gegen vier Teilnehmer an den Arbeitslosendemonstrationen am 9. Februar d. J. verhandelt.

Angellagt sind der Möbelpolierer Alexander Schirop, 29 Jahre alt, der Arbeiter Otto Tiedemann, 22 Jahre alt, der Arbeiter Paul Böder, 17 1/2 Jahre alt, der Mechanikerlehrling Ernst Schelle, 17 Jahre alt.

Anklage.

Die Angeklagten sind beschuldigt, öffentlich an einer Zusammenrottung teilgenommen und dabei Sachen zerstört zu haben.

Die Angeklagten befinden sich seit dem 10. Februar in Untersuchungshaft.

Gesamtlich wurden am 9. Februar eine Anzahl von Arbeitslosenversammlungen abgehalten, welche der Aktionsausschuß und die Gewerkschaftskommission gemeinsam einberufen hatten.

Den Vorsitz im Gericht führt Landgerichtsdirektor Spletthofer. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Probst.

Vernehmung der Angeklagten.

Der Angeklagte Schirop gibt an, er habe an der Versammlung bei Keller teilgenommen, da er seit dem 24. Dezember arbeitslos war.

„Warte, Jungelen, dich werden wir schon kriegen.“ Dieser Schuymann habe ihn, den Angeklagten, einem andern Schuymann übergeben mit den Worten:

„Das scheint mir auch so einer zu sein.“ Der andere Schuymann habe darauf gesagt: „Den Säbel nehmen und den Kopf spalten.“

Als der Angeklagte diese Worte hörte, sei er fortgerannt aber gleich wieder festgenommen worden.

Angellagter Tiedemann:

Er sei auch in der Versammlung bei Keller gewesen. Beim Verlassen der Versammlung habe auf dem Hofe jemand gerufen: „Wir bleiben beimann.“

Der Vorsitzende de hält dem Angeklagten vor, warum er denn bei seiner polizeilichen Vernehmung das alles bestritten hätte.

Der Vorsitzende und der Staatsanwalt fragen, woran denn der Angeklagte einen Kriminalbeamten erkenne.

Angellagter Böder:

Er habe keine Versammlung besucht, sondern er habe unter den Linden den Einzugsfestlichkeiten beigewohnt.

Angellagter Schelle

gibt ebenfalls an, daß er sich nicht an den Versammlungen, aber an den Einzugsfestlichkeiten unter den Linden beteiligt habe.

Beweisaufnahme

begann mit der Vernehmung des Kriminalkommissars Rubin. Er gibt von den Vorgängen auf der Straße eine allgemeine Darstellung, die sich vollkommen mit den Angaben der Anklage deckt.

Kaufmann Vaders machte Einzelangaben über Straßenvorgänge, an denen aber die Angeklagten nicht beteiligt waren.

Kriminalschuymann Göbel sagt aus, er habe den Angeklagten Schirop in dem Augenblick verhaftet, wo er neben einem Omnibus stand und über dem Arnie eine Fahne zerbrach.

Der Angeklagte Schirop in dem Augenblick verhaftet, wo er neben einem Omnibus stand und über dem Arnie eine Fahne zerbrach und die Straße fortwarf.

Der Angeklagte Schirop gibt an, er habe an der Versammlung bei Keller teilgenommen, da er seit dem 24. Dezember arbeitslos war.

Ein der Beamten habe die Menge aufgefordert, einen vorbeilommenden Postwagen ins Wasser zu werfen.

Das Gericht setzte die Beschlusfassung über diese Anträge aus.

Kammerrichter Rechtsanwalt Rosenfeld an den Zeugen, Kriminalschuymann Göbel, die Frage: Was haben Sie auf dem Michaelkirchplatz gesehen, gehört und getan, ehe Sie dem Zuge der Arbeitslosen begegneten?

Die folgenden Zeugen sind fünf Omnibusschaffner beziehungsweise Kutscher. Sie beklunden, daß die von ihnen geführten Wagen in der Menschenmenge nicht weiter konnten und dann von Leuten aus der Menge die Fahnen von den Wagen heruntergeholt wurden.

Die beiden nächsten Zeugen, ein Hotelportier und ein Kaufmann haben gesehen, daß die Menge Fahnen herunterriß, können aber nichts zur Befastung der Angeklagten sagen.

Polizeiwachtmeister Jenschura hat den Angeklagten Tiedemann verhaftet, als er mit einer Fahne in der Hand den Omnibus verließ.

Kriminalschuymann Giau gibt an, er habe gesehen, daß der Angeklagte Tiedemann schon am Michaelkirchplatz Fahnen von einem Omnibus herunterholte.

Der Angeklagte Tiedemann bestreitet die Richtigkeit dieser Angaben und meint, dem Zeugen müsse eine Personenverwechslung passiert sein.

Zeuge Wittmann ist mit dem Militär die Friedrichstraße entlang gegangen. Er gibt an, drei junge Leute, die hinter ihm gingen, hätten ihm auf die Fäden getreten und gestochen.

Zeuge Guttman gibt an, daß der Angeklagte Schelle eine Fahne von einem Omnibus holte, nachdem ihn jemand aus der Menge dazu aufgefordert hatte.

Eugen Ernst wird als Zeuge über die Veranastaltung und Zweck der Arbeitslosenversammlungen befragt.

Er sagt: Der Aktionsausschuß habe beschlossen, daß anlässlich dieser Versammlungen keine Demonstrationen stattfinden sollen.

Der Vorsitzende bemerkt, warum denn gerade die Stunde des Einzuges für die Versammlungen gewählt worden sei.

Der Staatsanwalt sagte hierauf: Wir fanden anfangs auf dem Standpunkt, es liege hier nur eine spontane Kundgebung von Arbeitslosen vor.

Rechtsanwalt Heinemann: Nach diesen Ausführungen können wir auf unsere Beweisanträge nicht verzichten.

Der Staatsanwalt rät eine Reihe von Fragen an den Zeugen Ernst um herauszubekommen, ob die Arbeitslosenversammlungen absichtlich am Tage der Einzugsfest angelegt seien.

Schließlich fragt der Staatsanwalt: Wenn keine Demonstration geplant und nichts beschlossen wurde, wie kam es denn, daß die Sache so gut klappte, daß die Züge organisiert waren?

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Rosenfeld teilt Ernst einiges mit aus seinen früheren Erfahrungen über die Beteiligung von Kriminalbeamten an Parteilarbeiten und Straßendemonstrationen.

Bei früheren Demonstrationen haben sich Kriminalbeamte unter die Demonstranten gemischt, sich durch Rufe hervorgeraten und die Demonstranten aufzureizen versucht.

Ernst relognotiziert die vom Rechtsanwalt Rosenfeld vorgelegten Photographien derjenigen Kriminalbeamten, die sich in die sozialdemokratischen Organisationen aufnehmen ließen und entlarvt wurden.

Die Zeugen Körsten und Tiedemann unterstützen die Aussagen des Zeugen Ernst über Einberufung und Zweck der Versammlungen.

Glocke und Gottfried Schulz, die in zwei Versammlungen referierten, machen Angaben über den Inhalt ihrer Reden und beklunden, daß in den Versammlungen vor etwaigen Demonstrationen ausdrücklich gewarnt wurde.

Rechtsanwalt Rosenfeld wiederholt nunmehr seinen Antrag auf Vernehmung weiterer Zeugen, die beklunden sollen, daß keine Demonstration beabsichtigt war.

Der Staatsanwalt überträgt durch folgende eigenartige Deduktion: Wir waren nach unseren Ermittlungen gezwungen, festzustellen, daß die Angeklagten nicht aus sich heraus, sondern auf Veranlassung anderer gehandelt haben. Diesen Beweis wollten wir zur Entlastung der Angeklagten führen. Die Verteidigung erfüllt ihre Pflicht gegenüber den Angeklagten durchaus nicht, wenn sie jetzt den Nachweis führen will, daß die Angeklagten nicht verführt und verhetzt worden sind. Die von der Verteidigung als Zeugen benannten Versammlungstredner brauchen also nicht mehr vernommen werden!

Rechtsanwalt Heinemann: Was meine Rechte und Pflichten gegenüber den Angeklagten sind, das weiß ich selbst. Ich lehne es ab, mich darüber vom Staatsanwalt belehren zu lassen. Wie er meine Rechte und Pflichten auffaßt, das ist mir ganz gleich. Ich weiß allein was ich zu tun habe. Die Staatsanwaltschaft hat versucht, die sozialdemokratische Partei in diesen Prozeß hineinzuziehen. Sie will die Drahtzieher fassen, die angeblich die Sache dirigiert haben sollen. Das gelingt der Staatsanwaltschaft aber nicht. Es soll nun der Ansicht erweckt werden, als ob die Sozialdemokratie durch dies Verfahren belastet, die Angeklagten aber entlastet werden. Die Begründung des Staatsanwalts trifft nicht zu. Jeder weiß, daß die Angeklagten härter bestraft werden, wenn hinter ihren Handlungen eine große Menge steht, die planmäßig vorgeht, daß sie aber milder bestraft werden müssen, wenn ihre Handlungen die Folge eines momentanen Gefühls sind. Wir wollen jetzt, nachdem es der Staatsanwaltschaft nicht gelungen ist, ein geplanntes und organisiertes Vorgehen festzustellen, nachweisen, daß keine Drahtzieher vorhanden sind.

Rechtsanwalt Rosenfeld vertahrt sich ebenfalls gegen eine Belehrung durch den Staatsanwalt über Rechte und Pflichten der Verteidigung.

Staatsanwalt: Wenn ich von Drahtziehern sprach, so habe ich damit nicht der sozialdemokratischen Partei einen Vorwurf machen, sondern nur sagen wollen, daß Drahtzieher überhaupt vorhanden sind.

Hierauf werden die von der Verteidigung geladenen Zeugen vernommen. Wels, Dr. Wehl, Fahrow, Dr. Alfred Bernstein, Böste, Raß, Schubert, Siering waren teils Referenten, teils Leiter der Versammlungen. Sie bekunden übereinstimmend, daß in den Versammlungen vor Demonstrationen gewarnt, und die Teilnehmer dringend ersucht wurden, sogleich nach Hause zu gehen.

Vernehmung von Kriminalbeamten.

Rechtsanwalt Rosenfeld teilt mit, er habe die Kriminalbeamten Draber und Kassebe zu dieser Verhandlung geladen und das Polizeipräsidium ersucht, den Beamten die Aussage darüber zu gestatten, daß sie Mitglieder sozialdemokratischer Wahlvereine waren und sich in hervorragender Weise an den Wahlrechtsdemonstrationen beteiligt haben, daß Kassebe sich als Mitglied im Wahlverein an den Parteiarbeiten im fünften Wahlkreise rege beteiligt und den Vertriebsmann bei Ausfertigung von Wahlarbeiten unterstützt habe, und daß Kassebe an den vorjährigen Wahlrechtsdemonstrationen teilgenommen, sich an die Spitze eines Zuges gesetzt und bei dem Zusammenstoß mit der Polizei an der Friedrichsgracht verletzt worden sei. Das Polizeipräsidium hat den Beamten die Genehmigung zur Aussage nicht erteilt.

Weiter beantragt der Verteidiger die Vernehmung einiger von ihm geladenen Zeugen, die bekunden sollen, daß der Kriminalbeamte Springer unter dem Namen Schlaf dem Wahlverein angehört, an den Wahlrechtsdemonstrationen teilnahm und die Demonstranten, die ihn für ihren Gemossen hielten, aufforderte, einen Postwagen ins Wasser zu werfen. — Der Staatsanwalt widerspricht der Vernehmung dieser Zeugen, weil ihre Bekundungen sich nicht auf die vorliegende Angelegenheit beziehen sollten.

Nach einer Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende:

Die Zeugen, welche ordnungsmäßig von der Verteidigung geladen sind, müssen vernommen werden. Es wird aber bei jeder Frage geprüft werden, ob sie zur Sache gehört, und wenn das nicht der Fall ist, wird ihre Zulassung abgelehnt.

So geschah es denn auch. Der Zeuge Linke wurde vorgerufen und vom Rechtsanwalt Rosenfeld gefragt, ob ihm bekannt sei, daß ein später als Kriminalbeamter entlassener Mann an einem Demonstrationstuge im Januar 1908 teilgenommen und die Menge aufgefordert habe, einen Postwagen ins Wasser zu werfen.

Das Gericht lehnt die Zulassung dieser Frage ab. Dadurch war also der Verteidigung der Beweis dafür abgeschnitten, daß Polizeibeamte versucht haben, demonstrierende Arbeiter zu Gewalttätigkeiten anzureizen. — Auf die Vernehmung der sonst noch geladenen Zeugen wird hierauf verzichtet. Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen.

Schuldfragen.

Den Geschworenen werden die Fragen vorgelegt, ob sich die Angeklagten an einer öffentlichen Zusammenrottung beteiligten und dabei Sachen zerstört haben. In bezug auf den Angeklagten Tiedemann wird auch gefragt, ob er sich als Häufelshörer beteiligt und Gewalt gegen Personen verübt habe. Bezüglich der Angeklagten Wöcker und Schelle werden die Fragen gestellt, ob sie die zur Beurteilung ihrer Tat erforderliche Einsicht besaßen, und weiter werden bezüglich aller Angeklagten die Fragen gestellt, ob ihnen mildernde Umstände zuzubilligen sind. Auf Antrag der Verteidigung werden noch die Unterfragen gestellt, ob Sachbeschädigung oder eventuell grober Unfug vorliegt.

Wöckers.

Zum Wöcker erhält Staatsanwalt Vorhelt das Wort. Er verweist auf den Einzug des Königs von England und führt aus, daß sich die Erregte gegen die Sachen richteten, die als Ausschmückung für die Einzugsfeierlichkeiten dienten. Der „Vorwärts“ habe diese Erregte erst mit saurer Miene beurteilt, dann aber am 18. März die Sache als harmlos, als groben Unfug bezeichnet. Hier könne jedoch von einfachem groben Unfug keine Rede sein. Wenn die Angeklagten nichts anderes getan hätten, als Studenten, welche Laternen ausdrehen, dann würden sie auch nur wegen groben Unfugs verurteilt werden. Anders aber sei es, wenn hinter den Erregten eine große Masse stehe, welche ein gemeinsames Handeln beabsichtige. Es stehe fest, daß in den Versammlungen nicht zum Zusammenbleiben aufgefordert wurde. Aber unmittelbar nach dem Verlassen des Lokals sei eine solche Aufforderung erfolgt. Jüge hätten sich gebildet, die Demonstranten hätten Gewalttätigkeiten verübt. Die Jüge hätten eine gute Organisation gezeigt. Radfahrer seien vorausgegangen, die mühten doch bestellt worden sein. Also müsse die Sache vorbereitet gewesen sein. Der Staatsanwalt bespricht die Zeugenaussagen, soweit sie sich auf die den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen beziehen und führt aus, daß sie dieser Handlungen durch die Zeugen überführt worden seien. Sie seien sämtlich schuldig im Sinne der Anklage, nur Wöcker sei der einfachen Teilnahme an einer Zusammenrottung schuldig, nicht der Zerstörung von Sachen. Die Einsicht der Strafbarkeit ihrer Handlungen hätten auch Wöcker und Schelle besessen. Was die Frage nach mildernden Umständen betreffe, so sei zugegeben, daß die Handlungen der Angeklagten nicht besonders grob waren, sie mügen auch angesichts ihrer Lage durch die Ausschmückung der Straßen gereizt worden sein, vor allem aber seien ihnen deshalb mildernde Umstände zuzubilligen, weil sie nicht aus sich heraus gehandelt hätten, sondern durch andere verhetzt worden seien. Wer diese anderen waren, das habe allerdings nicht erwiesen werden können. Alles spreche dafür, daß Demonstrationen, wenn auch nicht Erregte beabsichtigt waren. Die ganze Situation sei jedenfalls für eine Demonstration äußerst günstig gewesen. Auffallend sei, daß die Stunde des Beginns der Versammlung erst festgestellt

worden sei, als bereits die Stunde des Einzuges bekannt gewesen sei und daß die Versammlungen gerade für diese Stunde angelegt worden seien. Die Veranstalter der Versammlungen hätten noch den Erfordernissen, die sie im vorigen Jahre mit den Arbeitslosenversammlungen machen, wissen müssen, welche Gefahr damit verknüpft sei, daß solche Versammlungen nicht nur von Arbeitslosen, sondern auch von Arbeitsscheuen besucht werden. Deshalb sei ihnen der Zeitpunkt günstig gewesen, wo die Polizei anderweitig festgelegt war. Die Demonstrationen seien zweifellos geplant gewesen, wenn man auch nicht nachweisen könne, daß die Drahtzieher, die ohne Zweifel vorhanden gewesen seien, der Sozialdemokratie angehören. Die Leute seien in den Versammlungen verhetzt und dann zur Einzugsstunde auf die Straße gesetzt worden. Die Veranstalter der Versammlungen treffe die moralische Schuld für die Handlungen der Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragt die Verjahung aller auf Landfriedensbruch bezüglichen Misdeltatshandlungen bezüglichen Tiedemanns gestellten Schuldfragen.

Der

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann

legt in eingehenden juristischen Ausführungen dar, daß eine Zusammenrottung im Sinne des Gesetzes nicht vorliege. Ueber die Veranstaltung der Versammlungen habe der Staatsanwalt ein Bild gegeben, welches den Tatsachen und den Ergebnissen der Beweisaufnahme nicht entspreche. Es ist als Verteidiger der Angeklagten nicht meine Aufgabe, die Einberufer der Versammlungen zu verteidigen gegen die Angriffe, die der Staatsanwalt auf sie unternimmt. Ich weiß es nicht, glaube es aber, daß die Angegriffenen außerhalb dieses Saales sich selbst dagegen wehren werden. Der Verteidiger geht auf die einzelnen Zeugenaussagen ein. Durch dieselben sei erwiesen, daß die Versammlungen in keinem Zusammenhange mit dem Einzuge des Königs von England standen und daß Demonstrationen nicht beabsichtigt waren, ja sogar ausdrücklich davor gewarnt wurde. Wenn der Staatsanwalt trotz der beschworenen Zeugenaussagen eine andere Auffassung habe, so könne man nicht mit ihm rechten. Die Geschworenen aber hätten nur nach den eidlischen Aussagen der Zeugen zu urteilen. Wenn der Staatsanwalt schon den Hinweis auf die Ausschmückung der Straßen und die dafür aufgewandten Kosten für aufreizend hält, dann müßte man doch sagen, daß diejenigen, welche die Ausschmückung der Straßen beschlossen und das Geld dafür bewilligt haben, die Arbeitslosen aufgereizt haben. Jedoch weder das eine noch das andere sei zutreffend. Daß die Versammlungen mit dem Einzuge zusammenfielen, sei, wie erwiesen wurde, nicht geplant, sondern nur zufällig zuzufallen gekommen. — Der Hinweis des Staatsanwalts auf die vorjährigen Vorgänge am Schiffbauerdamm sei verfehlt. Dort hätten nicht Arbeitslose, sondern ganz andere demonstriert. Wenn sich in dem hier vorliegenden Falle die Besucher der Versammlungen auf der Straße vereinigen, um zu demonstrieren, das heißt, sich zu zeigen, so sei das keine Zusammenrottung zum gemeinsamen Handeln, wie sie die Voraussetzungen des Landfriedensbruchs sei. — Der Staatsanwalt habe in fast allen Punkten stark übertrieben. Daß Radfahrer dem Zuge vorausführten, sei nicht erwiesen. Wenn sich einige Radfahrer beim Zuge eingefunden hätten, so beweise das doch nicht, daß sie hinterstellt seien. Radfahrer fanden sich wohl überall, wo viele Menschen zusammenkommen. Der Verteidiger geht in einzelnen auf die Ergebnisse der Beweisaufnahme ein und zerlegt die Stück für Stück die Argumente des Staatsanwalts. Er kommt zu dem Schluss, daß kein Landfriedensbruch vorliege, denn es sei keine planmäßige Zusammenrottung zum Zwecke der Verübung von Gewalttäten erwiesen. Es könne nur als erwiesen gelten, daß sich eine Menge zusammengefunden habe, um zu demonstrieren. Später hätten dann einzelne aus dieser Menge Gewalttätigkeiten begangen, die aber nicht auf einem gemeinsamen Plan, auch nicht auf dem Bewußtsein, ein Glied der Menge zu sein, beruhten, sondern individuelle Handlungen darstellten und nur als Sachbeschädigung angesehen werden könnten. Gegen Wöcker sei gar nichts erwiesen, er müsse deshalb ohne weiteres freigesprochen werden. Der Angeklagte Schelle, der erst vor der Militärmusik marschierte und sich dann einem daherkommenden Demonstrantenzuge anschloß, habe gehandelt, wie unreihe junge Leute handeln, er habe die Gelegenheit wahrgenommen, um Unfug zu treiben, aber sicher nicht gewußt, daß er sich an einer Handlung beteilige, die als Landfriedensbruch bestraft werden solle. Er habe nicht die Einsicht gehabt, um zu wissen, daß seine Handlung als Landfriedensbruch oder auch nur als Sachbeschädigung angesehen werden könne. Höchstens habe er das Bewußtsein gehabt, Unfug zu verüben.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld

führte unter anderem aus, der Staatsanwalt habe sich auf Vorgänge bezogen, die gar nicht Gegenstand der Beweisaufnahme waren und mit der Sache in keinem Zusammenhange stehen. Der Staatsanwalt habe durchblicken lassen, daß er Personen, die hier als Zeugen erschienen, als Drahtzieher betrachte, obgleich in dieser Hinsicht nicht das mindeste erwiesen wurde. Der Verteidiger legt den erwiesenen Zweck der Versammlungen dar. Wenn irgendwer ein Interesse an der Veranstellung von Demonstrationen gehabt hätte, dann wären die Arbeitslosenversammlungen die ungeeignetste Gelegenheit, einen solchen Zweck zu erreichen. Der ganze Verlauf der Versammlung sei dezent gewesen, daß alles gegen die Absicht einer Demonstration spreche. Allerdings habe der Staatsanwalt darin recht, daß irgendwer dagesessen sein müsse, der die Versammlungsbesucher zur Teilnahme an einem Zuge aufgefordert habe. Erwiesen sei aber, daß das nicht vom Aktionsausschuß geschehen sei. Dagegen liege die Möglichkeit vor, daß sich irgendwelche unlauteren Elemente eingefunden haben, um Demonstrationen zu veranlassen. Es sei zwar nicht erwiesen, daß Polizeibeamte dabei ihre Hand im Spiele hätten, aber die Möglichkeit könne nicht von der Hand gewiesen werden. Es gebe immer Leute, die ein Interesse an der Veranstaltung von Ausschreitungen haben, die zu Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt werden könnten. Die Beweisaufnahme habe ja ergeben, daß bei früheren Demonstrationen Polizeibeamte sich hervorragend beteiligt haben. Deshalb könne man es wohl für möglich halten, daß auch bei der vorliegenden Angelegenheit Polizeibeamte die Hand im Spiele hätten. Weiter führt der Verteidiger aus, daß die Voraussetzungen des Landfriedensbruchs bei keinem der Angeklagten vorliegen und sie deshalb freigesprochen werden müssen. Keiner der Geschworenen werde, als er von den hier in Rede stehenden Vorgängen las, angenommen haben, daß dieselben als Landfriedensbruch angesehen werden könnten. Sie würden die Handlungen als groben Unfug, als Sachbeschädigung betrachtet haben. In diesem Sinne gebüden die Geschworenen, die ja nicht an juristische Formalitäten gebunden seien, die Vorgänge beurteilen, soweit sie strafbare Handlungen für vorliegend halten.

Der Staatsanwalt wandte nochmals seine ganze Verbittertheit auf, um die Geschworenen zu überzeugen, daß die Angeklagten wegen Landfriedensbruch bestraft werden müssen.

Rechtsanwalt Heinemann trat diesen Ausführungen entgegen und bezeugte die Anklage als ein erkünsteltes Gebäude, welche durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht gestützt werde.

Rechtsanwalt Rosenfeld antwortete ebenfalls auf die Ausführungen des Staatsanwalts und legte den Geschworenen nahe, daß sie nicht zu einem Schuldspruch kommen können, wenn sie sich vergewissern, wie wenig gegen die Angeklagten erwiesen worden sei.

Schlusswort der Angeklagten.

Die Angeklagten wiederholten ihre bereits bei ihrer ersten Vernehmung gemachten Aussagen. Als Tiedemann darlegen will, daß der Diebstahl, den er begangen und auf den der Staatsanwalt bezug genommen hatte, von ihm als verführten Kind verübt sei, unterbricht ihn der Staatsanwalt mit dem Hinweis, das gehöre nicht zur Sache.

Am 10 Uhr abends zogen sich die Geschworenen nach einer Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden zur Beratung zurück. Das erst in später Nachtstunde zu erwartende Urteil finden unsere Leser im Hauptblatt.

Parlamentarisches.

Aus der Subkommission des Reichstags.
(40. Sitzung, 10. März.)

Diejenigen Mitglieder, welche geglaubt hatten, daß der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Schoen dem Wunsch der Kommission Rechnung tragen und erklären würden, erlebten eine Enttäuschung. Staatssekretär v. Schoen hatte mitgeteilt, daß weder er noch der Reichskanzler der Einladung Folge leisten könnten, weil sie

„dienstlich verhindert“

seien und die Zeit auch zu kurz sei, um sich über die Frage genügend zu informieren. Es handelt sich bekanntlich darum, ob die Angaben des englischen Premierministers Asquith richtig sind, wonach die englische Regierung sich wiederholt an die deutsche Regierung gewandt habe, um zu hören, ob ein Vorkriegsplan für eine gegenseitige Verringerung der Ausgaben für Flottenzwecke auf Entgegenkommen rechnen dürfe. Darauf soll Deutschland und zwar in der formellsten Weise geantwortet haben: daß die Flottenausgaben in Deutschland nur mit Rücksicht auf die eigenen Bedürfnisse erfolgen und daß das deutsche Flottenprogramm nicht von dem englischen abhängt.

Nach längerer Debatte wurde ein Antrag der Reichspartei: die Angelegenheit beim Etat des Reichskanzlers zu behandeln, mit geringer Mehrheit abgelehnt und befohlen, die Frage vor Erledigung der einmaligen Ausgaben zu erörtern. Als Grund wurde von der aus Zentrum, Sozialdemokraten, Polen und Freisinnigen bestehenden Mehrheit geltend gemacht, daß sich je nach der Stellung der Regierung budgetäre Folgen an diese Auseinandersetzungen knüpfen könnten.

Staatssekretär v. Tirpitz kam nochmals auf den vom Abgeordneten Erzberger in bezug auf die Unterschlagungen in Kiel gemachten Ausspruch, daß dort

russische Zustände

bestehen, zurück. Er vertrat die Schuld auf allerhand Zufälligkeiten zu schieben und behauptete, daß die Marineverwaltung auch hier ihre Schuldigkeit getan, sofort eingegriffen und Abhilfe geschaffen habe, als sie Kenntnis von den Dingen erhielt. Auf die gleichfalls vom Abgeordneten Erzberger erhobene Beschuldigung, daß der frühere Admiral Sack, der jetzt im Krupp'schen Werke Mitglied des Aufsichtsrats ist, bei Lieferungsvergäben einen entscheidenden Einfluß gehabt habe, erwiderte Herr v. Tirpitz: Ueber solche Dinge entscheide er selber; Admiral Sack habe ihm nur Ratsschläge erteilt! — Beim Titel, Mittlere und konzelebante beantragte Erzberger, die geforderten neuen Stellen zu streichen, weil die Beamten im Reichsmarineamt nur eine täglich sechsstündige Arbeitszeit hätten. Der Antrag wurde abgelehnt. — Zu einer ziemlich heftigen Debatte führte hierauf die Anfrage Erzbergers, ob die Mehrheit der Kommission gefunden sei, alle Anträge der Minderheit niederzulegen; wäre das der Fall, so könne man die Beratungen sehr erheblich abkürzen. Hiergegen protestierten die Vertreter der Minderparteien ganz entschieden; sie wurden aber ziemlich kleinlaut, als ihnen Erzberger nachwies, daß sie beim Militärstat im Plenum einen Beschluß der Subkommission aufgehoben hätten, der auf Antrag von einem Mitgliede der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft in der Subkommission gefaßt worden sei!

Nächste Sitzung Sonnabend. Fortsetzung der Beratung des Marineetats.

Aus Industrie und Handel.

Berlin — antinational.

Die Ziffern der Kohlenversorgung der Reichshauptstadt zeigen, daß hier in steigendem Maße englische Kohle verbraucht wird. Das Ruhrkohlenbeken, u. a. das rheinisch-westfälische Kohlenbeken, kommt von Jahr zu Jahr weniger für die Kohlenlieferung nach Berlin in Frage. Die nachfolgende Tabelle zeigt das:

Gesamtzufuhr in 1000 Tonnen	davon aus:		
	England	Obersteiermark	Alteinf.-Westfalen
1904	8 049	628	203
1905	8 550	842	387
1906	8 711	786	408
1907	4 255	1 201	490
1908	4 306	1 533	481

Diese Zahlen benutzt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ dazu, um gründlich gegen die „Syndikatsfeindlichkeit“ des Eisenbahnministeriums loszugehen. Sie behauptet, das Ministerium sei an der Entwicklung schuld. Die Eisenbahnfracht von Rheinland-Westfalen nach Berlin sei zu hoch. Dann beschuldigt die Syndikatsverteidigerin Berlin des Hochverrats. Die aus England im Jahre 1908 eingeführten 1 533 000 Tonnen Kohlen kosteten zirka 10 Millionen Mark. Werde erwogen, daß auf einen deutschen Bergarbeiter durchschnittlich eine jährliche Förderleistung von 800 Tonnen entfalle, so ergebe sich, daß, wenn die englischen Einfuhrmengen von deutschen Eruben bezogen würden, dadurch über 5000 deutschen Bergarbeitern mehr Beschäftigung gegeben werden könnte. Dann wird noch betont, daß die 5000 Bergarbeiter mit ihren Familien einen großen Bedarf haben, und daß demzufolge die englankohlenfreundliche Haltung der Reichshauptstadt sehr viel mit dazu beitrage, daß der Konsum immer noch nicht wieder steigen will. Was die Herren rechnen können! Als Illustration zu diesem Patriotismus kommt eine Mitteilung der „Alteinf. Volkszeitung“, die feststellt, daß das rheinisch-westfälische Kohlenbeken melierte Förderkohle durch eine Zwischenhand in Frankreich im Kohlengebiet des Departement du Nord für 15,50 Fr. und zwar frei verpackt Verbräuchsstelle, verkauft. Demnach würde das Syndikat netto 9,21 Mark erhalten. Dieselbe Sorte Kohle läßt es sich in Deutschland jedoch mit 10,50 Mark bezahlen! Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ sollte das Syndikat veranlassen, die nach Frankreich geschaffte Kohle zu denselben Preisen auf den Berliner Markt zu bringen. Aber Berlin braucht sich keine Illusionen zu machen: um solche Wege einzuschlagen, dazu ist das Kohlenbeken viel zu wasserlandsliebend.

Von der deutschen Handwebindustrie.

Das Lederhandwebgewerbe lag während der Jahre 1907 und 1908 vollständig daneben. Nun sind aber alle Fabriken, soweit sie für den Export nach den Vereinigten Staaten arbeiten, stark beschäftigt. Da im Verlauf der lang andauernden Krise mehrere Hundert Handwebmacher in anderen Berufen Beschäftigung fanden, so macht sich jetzt ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Der mit Jahresbeginn eingetretene Umschwung ist lediglich eine Folge der bevorstehenden Revision des amerikanischen Zolltarifs. Die Vereinigten Staaten beziehen aus Europa, in der Hauptsache aus Frankreich, Deutschland und Belgien für 7 bis 9 Millionen Dollar Damenhandschuhe, während sich die in den Städten Johnston und Gloversville konzentrierte Handschuhindustrie Amerikas unter dem Schutze des bisherigen Zolltarifs mit der Herstellung von Männerhandschuhen beschäftigen mußte. Auf diese letzte der Dingley-Tarif einen Einfuhrzoll von 4 Dollar für die einfache Sorte, eine Maßnahme, die dazu führte, daß Männerhandschuhe fast gar nicht mehr aus Europa bezogen, sondern in Amerika hergestellt wurden.

Die Handschuhfabrikanten Amerikas sind nun bestrebt, auch auf Damenhandschuhe den Vierdollarsoll durchzusetzen, dazu verlangen sie die Vereinfachung des Zolls auf fertiges Handschuhleder. Da die

Ein gewerbmäßiger Heiratswandler,

der schon wiederholt die Keilhaft betrautigten Mädchen dienenden Standes ausgedient hatte, wurde sich gestern wieder einmal in der Person des Handwebers Joseph Schur vor dem Strafrichter veranlassen. Der Angeklagte, welcher schon zweimal wegen Heiratswandlerlei vorbestraft ist, machte im Jahre 1906 in einem Tanzlokal die Bekanntschaft eines Dienstmädchens Handl, die in Charlottenburg bedienstet war. Schon nach kurzer Bekanntschaft verstand er es, die H. dazu zu bewegen, ihm ihre gesparten Ersparnisse in Höhe von 500 M. zu übergeben, nachdem er ihr vorher vorgeschwiegelt hatte, er wolle mit dem Gelde Möbel kaufen und dann bald heiraten. Schon am nächsten Tage ließ sich dann der „Liebe Bräutigam“ nicht mehr sehen. Das betörte Mädchen hatte nicht nur den Verlust ihrer mühsam gemachten Ersparnisse zu beklagen, sondern der verschwendende Bräutigam hatte ihr außerdem noch ein kleines und sehr bewegliches „Andenken“ hinterlassen. — Hinter dem Schwinder wurde seinerzeit von der Staatsanwaltschaft ein Steckbrief erlassen, der erst jetzt zu der Verhaftung des Angeklagten führte, der sich bis dahin unter einem falschen Namen in Berlin verborgen hielt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren. Das Gericht erkannte auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. März cr., vormittags 9 Uhr, in der Halle Poppel-allee 15-17: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. A. Gehrke über: „Das Menschenleben.“ Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Freie Jugendorganisation Charlottenburg. Abteilung I (Mitt.). Heute abend 8 Uhr bei Lunak, Kleandstr. 4: Versammlung. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Arbeiter (E. H. Hamburg.) Illale Berlin 3. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kähler, Reichensbergstr. 157. — Illale Berlin 4. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Wersowatz, Androstr. 26. — Illale Berlin 5. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Gumbach, Waldenstr. 24. — Illale Berlin 6. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Thiel, Bergstr. 151. — Illale Rummelsburg. Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr bei Tempel, Alt-Bohlaggen 56.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkranz hat Eindrücke Nr. 3, zweites Ost, dritter Eingang, der Treppen, 237 Fahrstuhl 237 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Abends 7 Uhr Sonnabend beginnt die Ehrenkranz um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Nachtrag und eine Nacht als Nachtrag demzufolge. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Solche Fragen trage man in der Ehrenkranz vor.

Gastwirt. 1. u. 2. Reim. — Trübling 50. Wenn das Geschicksgeschehen rechtlich ist, so kann der Ehemann ohne Einhaltung einer Wartefrist wieder heiraten. Die Wartefrist für die Ehefrau beträgt 10 Monate, doch kann Dispens erteilt werden, wenn Sie sich rechtzeitig melden. — W. 256. Das ist nicht möglich. Sie erhalten aber auch im Ausland die Unterstützung weiter bezahlt, wenn Sie sich rechtzeitig melden. — W. 100. Ja. — W. 17. Durch Urteil ist das nicht möglich. Die vorgesehene Beschränkung kann es tun. — Weierle, Zettel. 1. Nur für den Fall, dass die Ehefrau ein Vermögen besitzt, kann ein Antrag gestellt werden. 2. Ja. Es muß seitens der ausländischen Behörde ein Zeugnis beigebracht werden, daß nach dortigem Recht kein Divorcium gegen die Ehefrau besteht. — W. 39. 1. Reim. 2. Ja. 3. Ja. 4. Die Ehefrau hätte nachzuweisen, daß der letzte Aufenthalt ihres Mannes hier war, beantragt Substanzvermerk beim Amtsgericht, läßt sich vom Armenkommissionsbevollmächtigten ein Attest über das Unvermögen zur Kostenzahlung ausstellen und beantragt dann auf Grund dieses Attestes unter Schlichtung des Sachverhalts und Abgabe der Beweismittel beim Landgericht Bewilligung des Armenrechts. 6.—8. Ja.

In Amerika anstehenden Handelsimporteure eine Erhöhung des Einfuhrzollens beabsichtigen, so geben sie massenhaft Ordres nach Europa, um noch so viel wie möglich Damenhandschuhe zu den alten Zollätzen hereinzuholen. Ob es tatsächlich zu einer Zollserhöhung kommt, ist jedoch noch sehr zweifelhaft. Aber die Amerikaner haben noch ein zweites Eisen im Feuer. Es ist das Verlangen der freien Bedienung. Es soll auch Aussicht vorhanden sein, daß der Zoll ermäßigt wird, was dann der deutschen Glacelederindustrie, die bisher schon jährlich für circa 10 bis 12 Millionen Mark Handschuhleder exportierte, recht günstig gelegen kommt. Selbst wenn der Einfuhrzoll auf Damenhandschuhe nicht erhöht, der Lederzoll jedoch herabgesetzt werden sollte, so bedeutet diese Maßnahme allein schon eine Konkurrenzfähigkeit nur dann ausreicht erhalten, wenn neben dem Lederzoll auch der Zoll auf Damenhandschuhe herabgesetzt wird. Der gegenwärtige hohe Beschäftigungsgrad der deutschen Handschuhindustrie besagt also durchaus nichts Günstiges für die Verhältnisse der Zukunft.

Der Handelsvertragsverein schreibt uns: Aus Lissabon wird unter dem 16. März telegraphiert: Der deutsch-portugiesische Handelsvertrag ist soeben dem Parlamente vorgelegt worden. Die Frage muß gestellt werden: Warum wird der Vertrag dem portugiesischen Parlament eher bekannt gegeben als in Deutschland? Seit Wochen verlangen die deutschen Interessenten von dem Inhalt des Vertrages unterrichtet zu werden. Zur Antwort wurde ihnen immer, daß man der portugiesischen Regierung zugesichert habe, die Publikation bis zu einem ihr genehmen Termin hinauszuschieben. Was in aller Welt aber hinderte dem ein gleichzeitiges Vorlegen des Entwurfs in Deutschland und Portugal?

Dem amerikanischen Eisenmarkt. Die Beschäftigung des Stahlwerks wird auf 50 Proz. seiner Produktionsfähigkeit geschätzt. Bei den unabhängigen Werken liegen die Verhältnisse angeblich noch ungünstiger.

Aus der Frauenbewegung.

Androttung oder Sicherstellung des Kellnerinnenberufes?

Sollte es keinen Weg geben zur Hebung und zur Sicherstellung der 250 000 weiblichen Berufskräfte im Deutschen Reich, die Frau Lisa Gerken-Teigebel kürzlich in öffentlicher Frauenversammlung erklärend mit „Kellnerinnenhump“ bezeichnete und den sie mit Stumpf und Stiel auszurufen gedenkt? Die Referentin vertrat die Forderung ihrer Kollegin Felmed-Heidelberg, die ein gesetzliches Verbot weiblicher Bedienung in Schankwirtschaften, also ein gänzliches Beseitigen des Kellnerinnenberufes fordert. Das erscheint den Damen als Lösung, „das Uebel bei der Wurzel angefaßt zu haben“.

Nach den Ausführungen der Referentin und aus der Diskussion ergab sich, daß zufolge ungenügender sozialpolitischer Gesetzgebung die Kellnerinnen rücksichtslosester Ausbeutung ausgesetzt sind, wodurch schädliche Zustände in physischer und moralischer Beziehung hervorgerufen werden, die in immer weiterem Umfange sich am Volkstörper in allen Schichten bemerkbar machen. Fürchtbar ist die Ausbeutung der Kellnerinnen. Schon die Stellenvermittlung erfordert ein Opfer von 10—15 M., wovon oft der engagierende Unternehmer einen Teil abbekommt. Die Arbeitszeit beträgt 14—18 Stunden. Die Kellnerin bekommt weder freie Wohnung, noch Verpflegung und keinen Pfennig Lohn. Sie ist darauf angewiesen, tüchtig zu animieren und über ihre Kraft mitzutrinken, da nach dem Umsatz sich ihr Prozentanteil richtet. Der Unternehmer übt so von vorne herein einen demoralisierenden Druck auf die Angestellten aus. Dieser finanziellen Not sei es zuzuschreiben, erklärte die Referentin, daß fast alle Kellnerinnen der geheimen Prostitution frönten,

geschlechtskrank seien und die Seuche in das Volk trügen. Neben der finanziellen Not sei es der Anreiz und der Zwang zu übermäßigem Alkoholgenuß, der die Mädchen körperlich ruiniere und herabwürdigte. Ein an und für sich einsoandereiter Beruf habe durch schamlose Ausbeutung Tausende von Mädchen und Frauen in den Schmutz gezogen und körperlich ruiniert. Angehörige dieser Tatsachen sei zu erkennen, wo das Uebel an der Wurzel gefaßt werden müsse. Androttung des Sumpfes!

Von den 20 000 meist jugendlichen Kellnerinnen in Berlin rekrutiert sich ein großer Teil vom Lande. Nach einigen Jahren ehrlischer Arbeit in hauswirtschaftlichen Stellungen enden sie im Kellnerinnenhump. Häufig geraten die Mädchen in „gute“ Häuser, wo man sie, ob ihrer Unerfahrenheit über ihre Kräfte anspannt und sie die Hausflorerel unbarmerzig fühlen läßt, oder wo sie schlechte, ungenügende Kost erhalten, ganz zu schweigen davon, daß sie in den seltensten Fällen jemand um ihr seelisches Wohl und Wehe bekümmert und ihnen wirklichen sittlichen Halt und Stütze bietet, so daß sie durch die schlechten Erfahrungen getrieben, sich nach einem anderen, unabhängigen Beruf umsehen. Oder sie kommen auch durch ihre Unerfahrenheit im Großstadtleben häufig dazu, Mutter zu werden. Denn daß auch viele uneheliche Mütter den Beruf als Kellnerin ergreifen, in der Abtät die Kosten für ihr Kind zu erschwingen“, wurde ebenfalls von der Referentin erwähnt.

Daß in Berlin für die Zulassung zum Kellnerinnenberuf das Mindestalter auf fünfzehn Jahre festgesetzt ist, hat dem Unternehmer eine größere Ausbeutungsmöglichkeit in die Hand gegeben. Die Jugend, Unerfahrenheit und Körperliche Reize, das sind die Ansprüche, die an die Kellnerinnen gestellt werden. Das sind günstige Vorbedingungen für die geheime Prostitution. Ein gänzliches Verbot des Kellnerinnenberufes bedeutet aber nichts weiter, als die Zahl der Prostituierten um Tausende zu vermehren. — Es ist also, nicht den Kellnerinnenberuf, sondern den Kellnerinnenhump“ auszurotten. Daß eine Anzahl von Frauen darunter sein mag, die diesen Beruf als Bedienten des Gewerbes einer Prostituierten benutzt, muß erst recht zu einer Reform anspornen. Ein gesundes Fundament schaffen, um Tausende, die nach einem ehrlichen Beruf verlangen, aus der Hand ihrer Ausbeuter zu befreien, das ist die Hauptaufgabe.

Daß der Kellnerinnenberuf in ehrenwertester Weise, wie jeder andere Frauenberuf, ausgebildet werden kann, dies zu beobachten bietet sich verschiedentlich Gelegenheit. Zu erwähnen sind da z. B. die großen vegetarischen Gasthäuser in verschiedenen großen Städten, wie Berlin, Hamburg, Breslau usw. Sie sind stark von männlichen Personen frequentiert, darunter vielen Studenten. Niemand denkt aber daran, diese Kellnerinnen als Prostituierte anzusehen. Und in Süddeutschland wird der Kellnerinnenberuf im allgemeinen ebenso als weiblicher Beruf betrachtet, wie jeder andere auch. Die Kellnerin ist hier, vielleicht von Ausnahmen abgesehen, keine „Anniebeldine“.

Anstatt die 250 000 Frauen noch weiter ins Elend zu stürzen, sollte man sie aus der finanziellen Not befreien, den Kellnerinnenberuf durch die sozialpolitische Gesetzgebung auf eine sittliche Höhe heben. Es müßte z. B. ein fester Mindestlohn vorgeschrieben werden, der eine anständige, unabhängige Lebensführung ermöglicht. Das Lohnapparatwesen für die Kellnerinnen müßte verboten, das Mindestalter auf vielleicht 18 Jahre festgesetzt werden. Bei fester Lohnregelung und strengem Verbot des Anmierens könnte dieser Beruf Tausenden anständiger Frauen und Mädchen zu einem ehrlichen Erwerb und Beruf verhelfen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Vorsingwalde. Montag, den 22. März, 8 1/2 Uhr, in den Vorsingwalder Festsälen (Zst. Zschinkel): Öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen. Vortrag: Genossin Regina Friedländer: „Die Frauen im politischen Kampfe“.

Nordenmarken!

Das Modewarenhaus Jacques Cohn (Inhaber D. Franzus) Müllerstraße 182/183 gibt von jetzt ab Nordenmarken! trotz der außergewöhnlich billigen Preise.

Sämtliche vom früheren Besitzer übernommenen Waren müssen in kürzester Zeit geräumt werden.

Theater. Sonnabend, den 20. März. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Die Jandertöchter. Königl. Schauspielhaus. Maria Stuart. (Anfang 7 Uhr.) Neues königliches Opernhaus. Gefährliches. Deutsches. König. Oper. Komische Oper. Der Arzt am Scheidewege. (Anf. 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Faust I Teil. Berliner. Nur ein Traum. Lesing. Der König. Neues. Die fremde Frau. Thalia. Wo wohnt sie denn? Romische Oper. Raza. Kleines. Moral. Heibel. Revolutionshochzeit. Lustspielhaus. Im Klubessel. Festung. Rummere dich um Amelle. Schiller O. (Wagner - Operette.) Charles Zante. Schiller Charlottenburg. Die Karolinger. Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Friedrich. Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der große Komat. Wehen. Der tapfere Soldat. Nachm. 3 Uhr: Der Reichthum. Kaiser. Prin. Reppold. Nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Trianon. Verheißung. Neues Operetten-Theater. Die Dollarprinzessin. Berliner Operetten-Theater SW. Das Dornröschen. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Nachm. 3 1/2 Uhr: Die Räuber. Bernhard. Die vierter Gebot. Nachm. 4 Uhr: Weingessen vom Diamantenlande. Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes. Bürgerliches Schauspielhaus. Gefährliches. Gedrüber Herrnsfeld. Die beiden Hündchen.

Wp. 10. Der junge Papa. Spezialitäten. Metrop. Donnerwetter — Iabellos. Wintergarten. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Wallace. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Walthalla. Spezialitäten. Soltes Caprice. Insolent. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Kasino. Russland. Spezialitäten. Wajana Wehrend. Das verlebte Verlobte. Stüpfes Brautjahr. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr. Parodie. Siregel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Urania. Landstrasse 44/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Weisland. Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Orchestral 8 Uhr: Dr. Dr. Schwahn: Der Rufmannsbruch 1906. Sternwart. Anwaltsamt. 57/62. Lessing-Theater. Sonnabend 8 Uhr: Der König. Sonntag 3 Uhr: Rosenmontag. Abends 8 Uhr: Ariseida. Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Nur ein Traum. Morgen: Einer von unsers Lauf. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Die fremde Frau. (La femme X. . .) Sonntag u. Montag: Die fremde Frau. Dienstag zum erstenmal: Die Bahnbreitschule. Zum erstenmal: Der Unbekannte. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonnabend, 20. März, Anf. 8 Uhr: Der große Komat. Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. 8 Uhr: Dufarensticker.

Schiller-Theater. O. (Ballner-Theater.) Sonnabend, abends 8 Uhr: Charleys Tante. Schwan im Hain von Brandon Thomas. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Ein Volksfeind. Sonntag, abends 8 Uhr: Charleys Tante. Montag, abends 8 Uhr: Das Erbe. Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Karolinger. Trauerspiel in 6 Akten von Ernst v. Wildenbruch. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Julius Caesar. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Karolinger. Montag, abends 8 Uhr: Rechts herum.

CASTAN'S PANOPTIKUM Friedrichstr. 165 (Paschorpalast). Täglich: 7 Uhr abends: Humoristische Künstler-Abende. Hervorragendes Programm. Sonntags: 2 Vorstellungen. Neu! Max Dom Bischof Neu! Anfänger der 50 Fremdenlegionäre.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Der tapfere Soldat. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Im Klubessel. Heibel-Theater. Königsdörfer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Revolutionshochzeit. Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall. Ständige Eisbahn. Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Konzert und Kunstlaufen.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/49. Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas. Hörtal 8 Uhr: Direktor Dr. Schwahn: Der Vesuvausbruch 1906. Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: „Kommere dich um Amelle.“ Schwan in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feytaud. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr: Der Floh im Ohr.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Sonnabend, den 20. März 1909: 225/11* Feier des 20jährigen Bestehens im Palast-Theater, Burgstraße, Ecke St. Wolfgangstraße. :: Konzert :: Spezialitäten :: Theater :: Festrede :: Massengesänge ausgeführt von Gesangvereinen des Arbeiter-Sängerbundes. Anfang abends 8 Uhr. Eintrittskarte 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Gastspiel-Theater. 8. Köpenickerstr. 68. 8. Zum 537. Male: Sherlock Holmes. BERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Das vierte Gebot. Wochentagspreise. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Markgrafen-Säle. Markgrafendamm 24. Anf. VII 4277. 3rd. Hermann Scholtz. Jeden Gr. Ball. Sonntag: Säle für 100—1000 Personen zu Festlichkeiten und Veranstaltungen. 2 Kegelbahnen.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
 Sonnabend, 20. März, ab 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Um ca. 7/9 Uhr:
Konsul Peter!
 Der weltberühmte Affe!
 Um ca. 7/10 Uhr:
Herrn Karl Hagenbedes
 neueste
Raubtierdressur.
 Herr Burkhardt-Foottit, Schultreit.
 Clown Papino m. urforn. Szenen.
 Schwestern Truzzi, Heilfünftierin.
 Um ca. 7/10 Uhr: Wandwandler.

Luisen-Theater.
 Nachmittags 4 Uhr:
Dornröschen.
 Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.
 Sonntag nachmittag 3 Uhr: Dorf
 und Stadt. 8 Uhr: Marie, die Tochter
 des Regiments.
 Montag: Mein Leopold.

WINTERGARTEN
 Robert Steidl
 Linne de Vriès

Lillian Hoerlein!
Corradini Dressurakt.
La Sylphe! sowie
 die hervorragendsten Kunstkräfte
 des März-Programms!
 Morgen Sonntag:
 Nachmittags-Vorstellung.
 Kleine Preise. Anfang 3 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
 Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
 Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
 Musik von Paul Lincke. Regie
 Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender,
Glampietro, Kettner,
Plann, Thielscher.

Theater Variété Brillant
 (City-Passage)
 Dresdenstr. 32/3 Annonc. 42/3
 Täglich: Auftritte von nur erst-
 klässigen Spezialitäten bei gänzlich
 freiem Zutritt, auch Sonntags.
 Sonnabend und Sonntag
 nach der Zeit: Gr. Freitanz-
 Kinetograph.

Gebrüder Herrnsfeld-
 Anfang Theater. Vorverk.
 8 Uhr. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
 Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
 Beide Komödien mit Anton
 und Donat Herrnsfeld in
 den Hauptrollen.

Walhalla Variété-Theater
 Weinbergweg 18-20, Rosenthal, Tor.
 Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm.
 17 kostümliche Hochländer 17
 militärische Übungen und die
 übrigen Spezialitäten.
 Im Tunnel: Jap. Blumenfest, Regi-
 mentstanz, Theaterbel. ab 12 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Dalgemarstr. 72.
 Täglich: **Franz Sobanski,**
 Genor und Gerab, Grottest-Duo,
 Frau Rudolph, Drahtschlössler,
 Jde 3 Zylinder, Balance Reuherlein,
 Ernst Gans, Gise Lühken, Bernhard
 Warr, Lola Gray.
Huckebain & Co.
 Schwan in 1 Akt.
 Nach der Vorstellung: Mittwoch,
 Sonnabend, Sonntag **Tanz.**
 Donnerstag, den 25. März: Benefiz
 für S. Sobanski. Anfang 7 Uhr.

Neue Welt
 Hasenheide 103-114.
 Täglich:
Gr. Bockbierfest.
 Baron Muckis Bauernkapelle.
 Original-Garmisch-Partenkirchner
 -Sänger und Schupplattler.
 Jeden Dienstag und Donnerstag:
 Sensationelle Prämierungen.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Zirkus Schumann
 Heute, Sonnabend, den 20. März,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Obrenovitch Christlich
Georges Milan
!! Ettero Tiberio !!
 Nur noch wenige Tage!
Theron-Truppe.
 8 Personen.
 Paet, der unübertreffliche
 Schlangen-
 Die. Abt. Schumanns Weistierdressur
der Golo, Seeräuber.
 Vorh.: Das Nietenprogramm.
 Sonntag in beide Vorstellungen
 angefügt Golo, Tiberio, Theron-
 Truppe, Obrenovitch, Paet, Kün-
 geruh. Nachm. ein Kind unter zehn
 Jahren frei, weitere Kinder halb Fr.

Apollo Theater
 werden weiter
echte Rubine
 von
Alice Norton
 überreicht.

Bürgerliches Schauspielhaus
 Kasanien-Allee 7-9.
 Heute Probevorstellung.
Morgen Sonntag:
 Nachm.: Das Käthchen von Heilbronn.
 Abends: Wilhelm Tell.
 Montag: Benefiz für den Ober-
 regisseur: Einmalige Aufführung:
 Fuhrmann Genschel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.
 Montag, den 22. März 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Bau- und Kunstschlosser
Berlins und Umgegend
 in Freyers Festsälen (früher Keller), Kopenstraße 29.
 Tages-Ordnung:
Stellungnahme zur Kündigung des Schlosserartikels.
 (Ansetzung der Versammlung vom 8. März.)
 Kollegen! Am 1. Juli d. J. läuft der Schlofferartikel ab. Da derselbe
 spätestens am 31. März gekündigt werden muß, ist es notwendig, daß jetzt
 dazu Stellung genommen wird. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist
 das Erscheinen jedes Kollegen notwendig. 11/3/11
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
 Achtung! Achtung!
 Sonntag, den 21. März 1909, vormittags 11 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
 der
Kostümschneider u. Schneiderinnen
 in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 58/59.
 Tages-Ordnung:
 Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern und unsere
 Stellung hierzu. 16/3/12
 Die Ortsverwaltung I.

Zentralverband der Steinarbeiter.
 Filiale Berlin II.
Achtung, Arbeitslose!
 Laut Versammlungsbeschluss wird an die Arbeitslosen eine einmalige
 Unterstützung am Sonntag, den 21. d. Mts., vormittags von 9 bis
 12 Uhr, bewilligt. 30. ausgeh. 17/12
 Berechtig sind alle seit dem 17. Februar oder länger außer Arbeit
 befindliche Kollegen, welche mindestens ein Jahr organisiert sind. Nach dem
 28. März erhobene Ansprüche werden nicht mehr berücksichtigt. Retirende
 Beiträge werden in Abzug gebracht. Mitgliedsbuch und Invalidenkarte
 legitimiert. 17/12
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung! Stellmacher. Achtung!
 Sonntag, den 21. März 1909, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
 aller in Wagenfabriken und Innungs-Werk-
 stätten beschäftigten Stellmacher
 bei Holzmann, Lichterberger Straße 21.
 Tages-Ordnung: 1. Wann werden die Berliner Stell-
 macher ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern? Referent:
 Genosse Stiering. 2. Diskussion. 81/1
 Da in dieser Versammlung freies Rederecht stattfindet,
 ist pünktliches Erscheinen eines jeden Kollegen Ehrensache.
 Die Branchenkommission.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.
 Montag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
 Engel-Her 15, Saal 1:
Branchen-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht von der Generalversammlung.
 2. Unsere Agitation.
 3. Abrechnung vom Weihnachtsergebn.
 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Branchenleitung.
 NB. Die als Delegierte zur Generalversammlung gewählten Kollegen
 müssen sämtlich anwesend sein.
 Am 11. April (1. Osterfeiertag) finden zwei **Urania**
Vorstellungen statt.
 Eröffnung: vormittags 10 Uhr, Vorstellung 11 Uhr,
 nachmittags 4 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen: **Auf den Trümmern Messias.**
 3. u. 4.: Die Ortsverwaltung.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung:
 daß ich im Hause
Schönleinstr. 34 ein Zigarrengeschäft
 eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bitte!
Fritz Schwenke.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.
 Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 5946L
 gegründet 1898
 gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen
monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in
 einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger**
Garantie für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da
 an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung
 bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung
 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.
Kein Abzahlungs-Geschäft.

W. Noacks Theater
 Diction: Rob. Hill. Oranienstr. 10.
 Große Extra-Vorstellung.
Farinelli
 oder: König und Sclager.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**
 Sonntag 8 Uhr: Farinelli.

Stadt-Theater Moabit.
 Größter und vornehmster Theater-
 saal Moabits.
 Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
 Sonntag, den 21. März 1909:
Das Stiftungsfest.
 Schwan in 3 Akten v. G. v. Roter.
 Anf. d. Nacht 7, Kassenöffnung 6 Uhr.
 Konzert 6 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**
 Vorverkauf von 10—1 Uhr mittags
 im Theater-Restaurant.
 Montag, den 22. März: Soiree der
 Zukunfts-Sänger.

Palast-Theater
 Burgstraße 24, 2 Minuten vom
 Bahnhof Dönh.
Heute
 wegen
Privatfestlichkeit
 geschlossen.

Steidl
 Brückenstr. 2, an der
 Jannowitzbr.
 Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
 Die
 altbeliebten **Fritz Steidl-Sänger.**
 Parterre-Rest. Entree frei.
 Urildele Stimmung a la Brady.
 Bier-Kaharett u. Berl. Spatzen.
 Entree frei.

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis freitag, den 2. April:
Rußland.
 Sonnabend, den 3. April:
 Zum erstenmal: **Ackermann.**
 Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Insolvent.
 Pöffe von L. Kaufstein.
In lauschiger Nacht.
 Varietée von E. Gerde.

Sanssouci, Kottbuser
 Straße 6.
 Diction Wilhelm Holmer.
 Montag, Donnerstag und
 Sonntag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
 u. **Tanzkränzchen.**
 Einakter, Ensemblekonzerte.
 Aktuelle Vorträge in Wort
 und Lied usw.
 Org. Sonnt. d. wochent. 8 U.
 Morgen: Gr. Elite-Soiree. Tanz.
 Dienstag: Theaterabend: Benefiz
 für Gertrud Henke: Das Käthchen
 von Heilbronn.

Reichshallen-Theater
 Steffiner Sänger.
 Zum 131. Male:
Der Kompagniehall
 Anfang wochent. 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Anton Boekers Festsäle
 Weberstr. 17.
 Erkläre hiermit das Gerücht, daß ich mein Geschäft verkaufen
 will, für eine aus der Luft gegriffene Sage. 4622*
 Empfehle daher nach wie vor allen Vorständen von Gewerkschaften
 und Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Festlich-
 keiten zu den kulantesten Bedingungen. Einige Sonnabende und
 Sonntage sind nach zu vergeben; auch in mein kleiner Saal,
 100 Personen fassend, des Sonnabends noch frei.
 Hochachtungsvoll
Anton Boeker, Weberstr. 17.

Gustav
Behrens-
Theater.
 Goltzstr. 9.
Das verliebte Pensionat
 Operette
Stöpfes Brautfahrt
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

System Amerika!
 Nur
4 Preise 4
 Ser. 1. Herren-Anzug, prima Stoffe . . . M. 11⁷⁵
 Ser. 2. Herren-Anzug, tadellose Muster . . . M. 17⁵⁰
 Ser. 3. Herren-Anzug, neueste Dessins . . . M. 22⁵⁰
 Ser. 4. Herren-Anzug, Ersatz I. Maß . . . M. 28⁰⁰
 Ser. 1. Herren-Hosen, eisenfest . . . M. 2²⁵
 Ser. 2. Herren-Hosen, Spezialmarke . . . M. 3⁷⁵
 Ser. 3. Herren-Hosen, engl. Muster . . . M. 5⁵⁰
 Ser. 4. Herren-Hosen, Ersatz I. Maß . . . M. 7⁶⁵
 Unter den Serien befinden sich Sachen, deren Verkaufspreis bis 60 M. betragen hat.
Streng feste Preise!
„BLITZ“ G. m. b. H.
Rosenthaler Straße 9 Ecke Auguststraße 41.
 Die Verwaltung.
 440L*

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag, den 21. d. M. findet im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, ein Vergnügen der 8. Gruppe statt. Die Genossen und Genossinnen — auch anderer Bezirke — sind zum Besuch eingeladen. Beginn 8 Uhr nachmittags. Der Vorstand.

Wilmsdorfer-Galensee. Am Sonntag, den 21. März, abends 6 Uhr findet in Galensee, Wilmsdorfer Festale, Johann-Georg-Strasse, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Paul Göhre über das Thema „Kirche und Arbeiterschaft“ sprechen wird. Nach dem Vortrag findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Der Eintritt zur Veranstaltung ist frei.

Lichtenberg. Heute, Sonnabend, findet im „Schwarzen Adler“ (Zah. Gebr. Arnold), Frankfurter Chaussee 5/6, das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Konzert, Auftreten des Berliner Volksballett (Kosemann-Röhe). Nachher: Großer Ball. Zahlreiche Beteiligung erwartet der Vorstand.

Schöneiche und Umgegend. Am Sonntag, den 21. März hält der Wahlverein im Lokal der Witwe Klemm, Mahndorf-Mühle, nachmittags 4 Uhr, seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag über Deutschlands Politik und das persönliche Regiment. Referent: Genosse Liss. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgenossenschaft und Wahl des Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. Gäste haben Zutritt.

Friedrichshagen. Die Parteigenossen wollen sich morgen, Sonntag früh, 8 Uhr, recht zahlreich in den Bezirkslokalen zu einer wichtigen Flugblattverteilung einfinden.

Teltow. Am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Preuß, Berliner Straße 10, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Herrn Schubert über die gegenwärtige politische Lage. Männer und Frauen erscheint in Massen in dieser Versammlung. Der Einberufer.

Spandau. Am morgigen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet in Hadenfelde bei Steinbach eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Paul Johnson über die „Politik und die Frauen“ referiert. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein und Tanz.

Die beschlossene Agitation für den „Vorwärts“ beginnt am morgigen Sonntag. Die Genossen werden aufgefordert, sich recht zahlreich hieran zu beteiligen und sich pünktlich um 1/2 Uhr in ihren Bezirkslokalen einzufinden.

Berliner Nachrichten.

Armeleutegeruch.

Dieser Tage fand, wie schon sachlich in der sozialen Rubrik mitgeteilt, vor dem Berliner Kaufmannsgericht eine „anrüchige“ Verhandlung statt. Ein junges Mädchen war von einem bekannten Kommerzienrat entlassen worden, weil es nach Angabe der Kolleginnen einen Geruch ausströmte, der ein Zusammenarbeiten nicht zu den Annehmlichkeiten machte. Wir dürfen wohl annehmen, daß der feinerbige Herr Kommerzienrat das junge Mädchen, bevor er es ohne Gehaltszahlung sofort auf die Straße setzte, höchst eigenartig herochen hat. Selbst dann wäre allerdings sein Urteil ebenso wenig maßgebend gewesen wie das der acht Kolleginnen, die sich in nicht gerade schöner Manier einer armen Mißgewister entledigten. Das Kaufmannsgericht trat denn auch dem Gutachten eines Arztes bei, der nach eingehender körperlicher Untersuchung an der Gemahrgelerten nichts „Anrüchiges“ vorfand, und beurteilte den Kommerzienrat, der sich seiner Pflichten zu entwinden hoffte, zur vollen Gehaltszahlung. Das ärztliche Gutachten hat den Körper des jungen Mädchens für seine Rufen als völlig einwandfrei erklärt. Es bleibt also, wenn man annehmen will, daß die Nierorgane der acht Kontoristinnen und des Herrn Kommerzienrats in seltener Uebereinstimmung eine ganz abnorme Geruchempfindung besaßen, nur die Möglichkeit oder richtiger Wahrscheinlichkeit übrig, daß der Kleidung des Mädchens der sogenannte Armeleutegeruch anhaftete. Damit hebt sich die Verhandlung aus dem Rahmen eines Spezialfalles heraus und gewinnt ein allgemeines Interesse.

Wer jemals in die Wohnlöcher des Elends hinabgestiegen ist, kennt diesen Armeleutegeruch. Es ist ein undefinierbares Gemisch, lebhaft erinnernd an den Moder von Grästen. Und die Höhlen der bittersten Armut sind die Gräfte der Lebendigen! In allen Ecken und Enden fehlt das Wichtigste. Diese Vöcher, in denen Menschen tausendmal schlechter wie manche verhäßelten Tiere der Reichen haufen, sind dumpf und feucht, naß und kalt. Nur mangelhaft hat das Licht Zutritt, schnell wird die gering zuströmende Luft von der köpferreichen Familie aufgesogen. Auf Stroß, das mit der Zeit dumpf wird und feucht, weil es aus Not nicht erneuert werden kann, schlafen ein halbes Duzend und mehr Personen, alle in einem einzigen Raume, eng nebeneinandergepfercht. Die Leibwäsche kann nicht so oft gewechselt werden, wie es dem ordnungliebenden Menschen angenehm und nötig ist. Die Oberkleider werden hundertmal gestrichelt, um noch standzuhalten für den schweren Broterwerb. Nette Kochdünste, herborgerufen von anrüchigen Nahrungsmitteln, die der Arme, um überhaupt zu vegetieren, nicht verschmähen darf, schwängern sich mit den natürlichen Ausdünstungen so vieler Menschen zwischen engen Wänden. Und so entsteht ganz von selbst, zum Dohn auf die moderne Hygiene, unaussprechbar der schwer zu beseitigende, auf dem sozialen Elend der untersten Klassen basierende Armeleutegeruch. Zu solcher Familie gehört ein junges Mädchen, das unter unglücklichen Mähen, unter Entsetzungen und Entbehrungen in ihren besseren Zeiten, die geistigen Mittel zum Fortkommen als Kontoristin oder die technischen als Verkäuferin erlangt hat, statt der mechanischen Tätigkeit in der Fabrik, wo für seiner entwickelte Geschicklichkeit kein Platz ist. Und wenn es nun nach größten Schwierigkeiten glücklich eine Stellung gefunden hat, zur Freude der ganzen Familie, die mit dem geringen Gehalt schon Lustschlösser baut, wieder herzlos vor die Tür geworfen — wegen des abgenutzten, schäbigen Fährchens, in dem der verräterische Geruch der Armut festklebt wie die Krallen des Reichen in der Knochenkraft des Volkes. Rüssen da nicht die Mißgewister, die Kolleginnen, wenn sie noch ein Herz im Leibe haben, sich zusammenzum, um der Kernstien unter ihnen, die doch alle selbst nur Untergebene in Dienste des ausbeutenden Kapitalis sind, die schwere Bürde des dunklen Augenblicks zu erleichtern? Aber anstatt dies zu tun, rümpfen sie hochmütig die Nase, machen sich beim Chef „liebes Kind“ und vergessert, daß der eigene Arbeitsraum, in dem sie neun

bis zehn Stunden sitzen und schwitzen, die Sonde hygienischer Kritik nicht gut verträgt.

Du lieber Himmel, wir können uns doch nicht alle vor dem täglichen Sörgengang bei Treu und Nützlich imprägnieren lassen! Selbst die oberen Gesellschaftskreise strömen mitunter Gerüche aus, die nichts weniger als angenehm sind und auch schon die abgehärtete Arbeiter Nase empfindlich zu beleidigen vermögen. Die Sucht mancher „feinen“ Dame, sich in eine Wolke von Parfüm zu hüllen, ist doch höchst unfein und geradezu widerlich. Wie oft entströmt gerade auch in diesen Kreisen, die alle möglichen Delikatessen verpeifen, dem Gehege der Zähne ein „Dool“, das zum Davontrennen ist! Und der Weindunst aus dem zaribelaiteten Spundloch des Reichen nimmt sich durchaus nichts von Fuselgeruch. Oder es macht sich penetrant jener Geruch bemerkbar, der auf gewisse galante Abenteuer schließen läßt. Aber von so etwas wollen die Herrschaften, die auf dem Geldack sitzen, nichts wissen.

Die kraftvoll, machtvoll in alle Ecken und Ecken einströmende Freiheitluft wird auch mal den Armeleutegeruch hinwegwehen und mit ihm den Moder, der über dem heutigen Geistesstumpf der Besitzenden schwebt.

Sonntagsruhe an den Oster- und Pfingst-Feiertagen. Für die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf, D. Wilmsdorfer und Lichtenberg sowie für Vorpagen-Rummelsburg hat der Polizeipräsident die Beschäftigungszellen im Handelsgewerbe wie folgt festgesetzt: Am ersten Oster- und Pfingst-Feiertage dürfen die Angestellten im Handel mit Milch beschäftigt werden: in Berlin, Charlottenburg, Wilmsdorfer, Nixdorf und Lichtenberg von 5-10 vormittags und von 12-2 nachmittags, in Schöneberg und Vorpagen-Rummelsburg von 5-9 1/2 und von 11 1/2-2 Uhr; im Handel mit Badwaren usw. von 5-10 Uhr vormittags (in Schöneberg und Vorpagen-Rummelsburg bis 9 1/2 Uhr); im Handel mit Kolonialwaren (Vorfost, Bier, Tabak usw.) von 8-10 Uhr vorm. (in Schöneberg usw. von 7 1/2-9 1/2); im Handel mit Rohreis von 6-10 Uhr (in Schöneberg usw. bis 9 1/2 Uhr); in den Zeitung- und Expeditionen überall von 4-9 Uhr vorm.; im Blumenhandel Ostern von 9-10 und 12-2 Uhr (in Schöneberg usw. von 9-2 Uhr), Pfingsten von 8-10 Uhr (in Schöneberg usw. von 7 1/2-9 1/2 Uhr); die Verfertigung der Stundsthaft mit Rohreis ist an den ersten Feiertagen von 4-10 Uhr vorm. (in Schöneberg und Vorpagen-Rummelsburg von 4-9 1/2 Uhr) zugelassen. An den zweiten Feiertagen gelten die Vorschriften über die gewöhnliche Sonntagsruhe.

Feiertagsverkehr der Stadtbahn. Vom Sonntag, den 4. April dieses Jahres ab verkehren nach einer Bekanntmachung der Königl. Eisenbahndirektion an den Sonn- und Feiertagen des genannten Monats außer den fahrplanmäßigen Zügen noch eine größere Anzahl von Sonderzügen auf den Strecken: Stadtbahn-Harzschloß-Röpenitz-Friedrichshagen-Ermer; Stadtbahn-Nieder-Schöneweide-Johannisthal-Grünau; Stadtbahn-Grumetwald-Dannewitz-Potsdam und Schöneberg-Galensee-Grumetwald. — Auf Bahnhof Treptow tritt mit dem 4. April nachfolgende Aenderung ein: An den Sonn- und Feiertagen werden abgefertigt am Bahnsteig A die Sibiringszüge und die über die Stadtbahn verkehrenden Züge von und nach Nieder-Schöneweide und Grünau, am Bahnsteig B die Volkingzüge und die von Grumetwald (Westen) über den Nordring nach Nieder-Schöneweide und zurück verkehrenden Züge. An den Werktagen: Alle Züge am Bahnsteig A.

Das Schicksal des Berliner Aquariums ist noch immer nicht entschieden. Wie und mitgeteilt wird, schweben die Verhandlungen zwischen der Aquariumgesellschaft und der Direktion des Zoologischen Gartens noch immer, ohne daß eine nahe Einigung in Aussicht steht. Das Aquarium, das am 1. April seine Stätte hätte räumen müssen, wird vorläufig noch bis zum 1. Oktober bestehen bleiben.

Die Unfälle Wasserbauinspektion hat die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch eine gestern erschienene Bekanntmachung gestillt und damit das Aufbrechen der Eisdecken auf den Seen in der Umgegend Berlins genehmigt. Allerdings ist diese manneht erfolgte offizielle Wiedereröffnung des Schiffsverkehrs eine recht problematische, da es den Spreedampfern unumgänglich ist, die gewaltigen Eispanzer der Seen zu durchbrechen. Auf der Dahme hat gestern ein Schlepper den Versuch gemacht, mit vier Zillen den Langer See zu durchfahren. Er war jedoch genötigt, die Weiterfahrt einzustellen, nachdem der einen Zille durch die einen halben Meter starken Eislöcher die Planen am Steuerbord zertrümmert und dadurch das Fahrzeug zum Sinken gebracht worden war. Jedenfalls dürfte noch längere Zeit vergehen, ehe die Schiffer in die Bage kommen, von der Erlaubnis der Wasserbauinspektion Gebrauch zu machen.

Die Arbeiten für die Straßenbahnlinie nach Grünau sind jetzt, nachdem die Anlieferungen der Schienen, Schwellen usw. stattgefunden, in Angriff genommen und sollen so eifrig gefördert werden, daß die Fertigstellung der Betriebsstrecke bis Ende Mai zu erwarten ist. Es soll, wenn irgend möglich, schon zum bevorstehenden Pfingstfest die neue Straßenbahnverbindung zwischen Grünau und Treptow zur Eröffnung kommen. Unmittelbar darauf wird dann die Verbindung zwischen der Sproctunnelbahn und der Grünauer Strecke hergestellt, und alsdann durch Bildung eines Gemeinschaftsbetriebes die direkte Straßenbahnverbindung Berlin-Grünau geschaffen.

Vor dem Altar vom Tod überrascht. Ein erschütternder Vorgang hat sich in der Magdalenenkirche während der Konfirmation abgespielt. Vorgestern wurden eine Reihe junger Mädchen und Knaben eingeweiht. Gerade im Begriff, an den Altar heranzutreten, wurde die Konfirmantin Frieda Dornfeld, deren Eltern in der Johann-Suhlfeldstraße wohnen, von einem Herzschlag getroffen. Lebloos sank das junge Mädchen vor dem Altar zusammen. Man trug es nach der Sakristei, wo ein schnell hinzugerufener Arzt aber leider nur noch den Tod feststellen konnte. Die Leiche des auf so tragische Weise vom Tod dahingerafften Mädchens wurde nach der erteilten Wohnung überführt.

Zusammenstoß zwischen Automobil und Straßenbahn. In der Ecke der Hardenberg- und Joachimsthaler Straße erfolgte gestern abend gegen 7 Uhr ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Privatautomobil und einem Straßenbahnwagen der Linie 98. Das Automobil, in dem Geheimrat Herrmann Brenzel mit Frau saßen, kam aus der Richtung vom Anie aus die Hardenbergstraße entlang nach der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. In der Joachimsthaler Straße wollte das Auto nach kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie 98 das Gleis kreuzen; der Kraftwagen wurde jedoch von hinten erfasst und zur Seite geschleudert. Bei dem heftigen Anprall wurden die Scheiben zertrümmert. Während der Geheimrat sowie der Chauffeur mit dem Schrecken davonkamen, erlitt die Frau mehrere Schnittwunden im Gesicht und mußte auf der Unfallstation am Zoologischen Garten verbunden werden.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr am Friedrichshain, wo ein Auto mit voller Wucht gegen einen Baum fuhr. Die Insassen wurden durch die Fensterscheiben des Autos auf die Straße geschleudert. Einem Herrn wurde die rechte Kopfseite schwer verletzt, so daß er sich nach dem Krankenhaus am Friedrichshain in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Aufgeklärt ist ein Fund, der im Treptower Park gemacht wurde. Eine Federkassette, die dort in der Nähe des Spretunnels am Ufer lag, ist als Eigentum einer 17 Jahre alten Arbeiterin Minna Hinz aus der Holzger Str. 1 festgestellt worden. Dieses Mädchen, die Tochter einer Arbeiterwitwe, arbeitete bis vor einer Woche in einer Glühstrumpfweberei in der Schönhauser Allee. Dann gab es auf Anraten einer Freundin die Arbeit auf und nahm in einer Teppichweberei in der Melchiorstraße Beschäftigung an. Hier sollte sie am Sonnabend, den 27. vorigen Monats entlassen werden, weil sie mit der Arbeit nicht zurecht kam. Jetzt trauete sie sich nicht mehr nach Hause, denn ihre Mutter hatte sie in dem Glauben gelassen, daß sie noch in der Schönhauser Allee beschäftigt sei. Nachdem sie der einen Abschiedsbrief geschrieben hatte, ist sie ohne Zweifel ins Wasser gegangen. Ihre Leiche ließ sie am Ufer zurück.

Sachunterricht für Buchdrucker in Berlin. Die Sachklasse für Typographen an der 1. Handwerkerschule zu Berlin versendet jetzt ihr in der Schulverwaltung hergestelltes, vornehm ausgestattetes Sommerprogramm. Die Schule bietet Buchdruckergehilfen Gelegenheit zur Erwerbung einer gründlichen, den Forderungen unserer Zeit entsprechenden Fachbildung. Der Unterrichtsplan umfaßt neun Kurse in folgenden Fächern: Ornament- und Schriftzeichnen, Entwerfen und Skizzieren von Druckmaschinen, Farbentheorie, Kraftische Übungen im Alzidenzahn und Farbendruck, Photographie und Zinkätzung, Vorbereitung und Berechnen von Druckmaschinen. Der Unterricht findet statt: Wochentags von 7-9 Uhr abends und Sonntags von 8-12 Uhr vormittags. Das Schulgeld beträgt für jede Wochenstunde halbjährlich 1,50 M. Das Sommerhalbjahr beginnt am 14. April. Die Anmeldungen werden im Schulhause, Lindenstr. 97-98, am 2., 3., 5., 6. und 7. April von 6-8 Uhr abends entgegengenommen, für die Typographenklassen besonders am Sonnabend, den 3. April.

Der Schwimmverein „Vorwärts“, Berlin, (M. d. Arb.-Schw.) veranstaltet am Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, sein diesjähriges Frühjahrs-Schwimmfest in der Badeanstalt, Wilmersdorfer Str. 68. Zur Vorführung gelangen u. a. Damen- und Herrenschwimmen, Springen, Tauchen, Reigen und Wasserballspiel usw.

Bermüht wird seit 5. März der Darmhändler Max Pehold, Landsberger Allee 127 wohnhaft. An dem Vormittag des genannten Tages ist P. vom Bahnhof Landsberger Allee nach Nixdorf gefahren, um Geschäfte zu erledigen, und ist seitdem spurlos verschwunden. Der Bermühte war bekleidet mit graubrauner Winterjoppe. Er ist 35 Jahre alt, unterseht, 1,60-1,65 Meter groß und trägt blaue Schnurrbart. Seine Ware hatte er in einer Schlächtermölle, vielleicht hat er diese, wie schon einmal, einen Wajtwitz in Verwahrung gegeben. Personen, die nähere Angaben über den Verbleib des Bermühten machen können, wollen sich an Frau Pehold, Landsberger Allee 127 II, wenden.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde der 15. Zug nach der Wilhelmshaberer Straße 1 gerufen. Der Brand war auf einem Hängedach ausgebrochen. Konnte aber auf seinen Herd beschränkt werden. Am Kottbuser Ufer 37 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden, der in einem Holzverschlag ausgebrochen war. Balkenlage, Fußböden, Tische und anderes brannten. Danienstraße 58. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einer Gasvergiftung in der Spandauer Straße 77 benutzt. Ferner hatte die Wehr in der Rantkestr. 120 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung schloß am Donnerstag ihre Beratungen über den Stadthaushalt für 1909-10 fort. Sie wurden eingeleitet mit einer ziemlich umfangreichen Geschäftsordnungsdebatte bezüglich der Frage des stellvertretenden Vorsitzenden und der Reihenfolge der zu behandelnden Spezial-Etats. Stadtverordneter Vorsteher Sander teilte der Versammlung mit, daß sein bisheriger Stellvertreter erkrankt und es daher ungewiß sei, ob er zu den Beratungen erscheinen werde. Stadtverordneter Abraham stellt den Antrag, dem Vorsteher heute einen Stellvertreter zur Seite zu stellen in Anbetracht des vorliegenden anormalen Etats und der langen Dauer der Sitzung. Stadtverordneter Conrad (Soz.) zeigt rüch sich, daß seinerzeit der von und gestellte Antrag auf Erweiterung des Bureaus von Ihnen abgelehnt worden ist. Wir kommen damit heute in die Lage, daß unsere Verhandlungen nicht geschäftsordnungsmäßig geführt werden können. Wären Sie seinerzeit unserem Antrage gefolgt, so wären wir nicht in diese Situation geraten. (Unruhe bei den Bürgerlichen.) Stadtverordneter Abraham und Genossen bekämpfen diese Ausführungen mit dem Hinweis, daß nach der Geschäftsordnung der Vorsteher in der Lage sei, den Stellvertreter in solchen Fällen zu ernennen. — Als solcher wurde dann Stadtverordneter Hoppe berufen.

Alsdann wurde in die Beratung der Einzel-Etats nach dem Vorschlag des Stadtverordneten-Vorsteher eingetreten. Zum Etat des Rieseglades Bahmannsdorf nahm das Wort der Stadtverordneter Pags (Soz.): Lieber die Verwaltung des Gutes Bahmannsdorf ist stets geklagt worden und auch in diesem Jahre haben wir dieselben Beschwerden. Am wenigsten gefallen uns in den Einnahmeposten die geringen Preise für Kartoffeln usw. die weit hinter den tatsächlichen Preisen zurückbleiben. Der Wirtschaftsausschuß wird sich eingehend mit diesen Dingen zu beschäftigen haben. So vorsichtig man in der Einstellung der Einnahmeposten gewesen ist — bei den Ausgaben war man weniger zurückhaltend. Der Verwalter des Gutes scheint ein ziemlich selbstherrliches Regiment zu führen und es wird gut sein, wenn die Deputation die dortigen Verhältnisse eingehend prüft. Wir können uns mit der häufigen Verringerung der Einnahmen nicht einverstanden erklären, während die Ausgaben eine stets steigende Tendenz zeigen. — Hier wird der Redner vom Vorsteher unterbrochen, mit dem Bemerkung, daß nur die Einnahmen vorläufig zur Debatte händen; auf seinen Protest hin kann der Redner seine Ausführungen vollenden und fährt fort: Der Lehrer in Bahmannsdorf ist zugleich Rechnungsführer. Das unter dieser Doppelfunktion die Schule unter allen Umständen leiden muß, ist klar. Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Wir verlangen eine andere Geschäftshandhabung. Die Stadtverordneten Rietmeh und Baurat Weigandt suchen den Nachweis zu liefern, daß die Einstellung der niedrigen Preise den Verhältnissen entspräche. Die Mehrausgaben seien auch auf Erhöhung der Löhne der Arbeiter zurückzuführen und auf den Umstand, daß die Naturalbezüge der Drechsler durch Bargeld ersetzt worden seien.

Stadtverordneter Hoppe (Soz.) bemängelt die ungenügende Ueberwachung der Löhne, die keine Kontrolle ermöglichte. Er vermisst Lohnskala und Lohnliste. Schon der Umstand, daß der Lehrer als Rechnungsführer 600 Mark, der angestellte Hilfsarbeiter nur 800 M. Gehalt erhalte, beweise, daß ersterer ein großes Quantum Arbeit leisten und die Schule vernachlässigen müsse. Der Wirtschaftsausschuß habe die Pflicht, diesen Uebelstand sobald als möglich zu beseitigen. Stadtverordneter Sellmann empfiehlt dem Magistrat die Haltung von Zuchtweil, speziell Schweinen auf den Riesglädern. Es entspinnt sich eine unangelegene Debatte darüber, ob die Schweinezucht möglich oder nicht möglich, zweckmäßig oder unzweckmäßig sei. Zum Beweise seiner Behauptungen und unter allgemeiner Heiterkeit läßt der Stadtverordneter Sellmann die von ihm für 45 M. gekauften, dann gemästeten und zum Preise von 125 M. verkauften Rüstler

Schweine in der Versammlung herumgehen, natürlich nicht in natura, sondern in photographischen Aufnahmen.

Stadtvorordner P e l s ch erklärt die Beschwerden der Sozialdemokraten für unbedeutend und wirft ihnen vor, daß sie Reden zum Fenster hinaus hielten und die Versammlung herabschoben. Er mußte eine Klage des Vorsitzers einleiten, da P a g e l s nichts behauptet hatte, was die Versammlung herabschoben konnte.

Stadtvorordner P a g e l s fertigt zunächst den Sozialisten-Pöbel gründlich ab und wies darauf hin, daß von anderen Seiten diese Beschwerden ebenfalls und zwar im Staats-Ausschuß vorgebracht worden seien. Stadtvorordner R o s e n o w ist entzückt, daß dem Lehrer die Nebenbeschäftigung genossen werden sollte. Nicht einmal der Staat gebe in der Beschränkung der Individualität so weit wie die Sozialdemokraten; er gestatte ihnen die Nebenbeschäftigung. Auch unter den Lehrern gebe es „Kraftnaturen“, die über ihre eigentliche Aufgabe hinaus noch Zeit fänden und in der Lage seien für ihre Familie zu sorgen.

Er selbst sei bei einem Lehrer in die Schule gegangen, der 120 Kinder unterrichtete und außerdem noch als Post- und Standsbeamter fungierte. (Lebhafte Zwischenrufe.) Stadtvorordner H o p p e (Soz.) nagelt diese Ausführungen fest. Der Staat werde dem Vordredner außerordentlich dankbar sein für den Fingerzeig, den er ihm gegeben. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Ein Beispiel sei eine Ausnahme, aber nicht die Regel. Der Lehrer müsse so besoldet werden, daß er keine Nebenarbeit brauche. Es sei ja bekannt wie es in den Schulen auf dem Lande aussehe.

Stadtvorordner W u h l y (Soz.) erklärt, daß es ihm unverständlich sei, wie ein Lehrer im Nebenamt noch eine solche Arbeitsleistung übernehmen könne, ohne daß darunter die Schule leide. Für seine individuelle Betätigung bleibe ihm dann überhaupt keine Zeit. Grundsätzlich sei es von einer Beschränkung der Individualität zu sprechen. Die Lehrer mögen außerhalb ihrer Dienstzeit machen was sie wollen. Es sei merkwürdig, daß gerade die Herren, die sonst immer nachzuweisen suchen, daß die Beamten und Lehrer von ihren Berufspflichten aus äußerste in Anspruch genommen seien, solche umfangreichen Nebenarbeiten noch für möglich und wünschenswert hielten. Eines müsse doch darunter leiden, entweder das Nebenamt oder die Schule und die persönliche Freiheit des Lehrers.

Stadtvorordner K i t t e r meint, daß es der Stadt nichts angehe was die Schule in Bahmannsdorf leide, sie gehöre nicht zu ihrem Inspektionsbezirk.

Stadtvorordner W u h l y erwidert, daß es sich um die Kinder der dortigen Arbeiter handle und mit diesem formellen Einwand die Sache nicht beschönigt werden könne. Jedenfalls habe die Stadt die Verantwortung für die dortigen Zustände und auch darin, daß dem Kinde die Sache nicht über den Kopf wachse. Stadtvorordner S a n d e r verwendet denselben Text gegen die Sozialdemokraten wie der Stadtvorordnete R o s e n o w. Er meint, manchen Leuten mache das Arbeiten eben Vergnügen und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Schule in Bahmannsdorf unter der Nebenbeschäftigung des Lehrers nicht leide. Stadtvorordner W u h l y möchte nicht den Verdacht aufkommen lassen, als wolle man dem Lehrer in Bahmannsdorf etwas antun. — Speziell bei der Forderung höherer Gehälter für Lehrer werde nicht von der anderen Seite erklärt, daß sie voll von ihrem Amte in Anspruch genommen seien; dies sei auch durchaus anzuerkennen. Aus dieser Beweisführung jener Herren selbst ergebe sich die Richtigkeit der von sozialdemokratischer Seite geübten Kritik.

Damit hatte die Schuldebatte ihr Ende erreicht. Der Antrag S e l t m a n n auf Buchbüchhaltung wurde dem Wirtschaftsausschuß überwiesen. Daraus fanden eine Reihe Staats-Titel ohne besondere Motiva Annahme.

Beim Etat des Kreisfiskus W o d d i n s f e l d e wünscht Stadtvorordner O f f e r m a n n eine größere Selbständigkeit des dortigen Inspektors. Vom Magistratstische sagte man mögliche Berücksichtigung zu. Beim Titel Kanalisationsverwaltung trägt Stadtvorordner O f f e r m a n n die feinerzeitige Herabsetzung der Gehälter auf 2 1/2 Proz. Dieser Satz müsse im nächsten Jahre wieder erhöht werden. Dagegen protestierten die Stadtvorordner R a h m i g und H i l b e n d r a n d aus gesetzlichen Gründen und verlangen die Heranziehung der „Allgemeinheit“.

Beim Titel Grundstücksverwertungsfonds kritisiert Stadtvorordner P a g e l s, daß der Rechnungsauschuß statt 8000 M. jetzt 6000 M. für die Unterbringung der Omnibusse in Anrechnung gebracht habe. Es sehe so aus, als wolle man damit die Unmöglichkeit des Omnibusbetriebes nachweisen. Er beantrage, es bei dem früheren Satze zu belassen.

An der Diskussion über diesen Punkt beteiligte sich auch der Oberbürgermeister K a i s e r, der eine Vorlage über den Omnibusbetrieb in Aussicht stellte. Die Linie Hermannplatz—Klingelhof sei finanziell befriedigend, bei der Linie Hermannplatz—Tropow sei dies weniger der Fall. Der Antrag des Rechnungsaususses wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Zur Geschäftsordnung stellte Stadtvorordner G r o g e r den Antrag auf Vertagung der Sitzung. Er begründete ihn mit dem Hinweis auf die Feier des 18. März, an der vielleicht auch einige Herren aus den bürgerlichen Reihen teilnehmen möchten. (Große Heiterkeit.)

Dem Antrage selbst wurde zugestimmt; ob auch der Begründung, entzieht sich unserer Kenntnis, da mit der Freude über den Schluss auch die Unruhe des Hauses wuchs und die diesbezüglichen Ausführungen auf dem luftigen Höhenort der Presse unverständlich blieben.

Am Montag findet der erste (vorletzte) Vortragsabend des Genossen Heinrich Schulz statt. Er wird die deutsche Geschichte vom Tode Passalles bis zum Sozialistengesetz, also besonders die Kämpfe in den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie und die Kriegsjahre 1884, 86 und 70 behandeln. Um zahlreiches Erscheinen der Kursteilnehmer bittet Der Bildungsausschuß.

Wilmersdorf.

Ueber Darwinismus und Sozialismus referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse D i t t m e r. An diesen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Erziehung des Vorstandes, wurde als zweiter Vorsitzender Genosse S t a r g a r d und als Beisitzerin und Vertreterin der Frauen Genossin M a r t e n w i t z gewählt. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin wurden die drei Abteilungsleiter gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß die abschlägige Antwort des Magistrats auf den Einspruch des Wahlvereins gegen die Gültigkeit der letzten Stadtvorordnetenwahl eingetroffen sei; beschlossen wurde, den Weg des Verwaltungsstreitverfahrens nicht zu betreten. Genosse D e n k e l regte alsdann noch eine „Vormärts“ agitation an, wobei überzählige Exemplare desselben verteilt werden sollten. Zum Schluss gab der Vorsitzende bekannt, daß Sonntag, den 21. März, in den Johann-Georg-Sälen in Holensee ein Vortragsabend mit anschließendem gemütlichem Beisammensein und Tanz stattfindet.

Rummelsburg.

Ueber „die Bedeutung der Konsumgenossenschaften“ sprach an Stelle des verhinderten Genossen G ö h r e Genosse S i e b e l in einer öffentlichen Versammlung bei Weigel. In leichtverständlicher Weise entledigte der Referent sich seiner Aufgabe. In der Diskussion bemerkte Genosse B e r g e r, daß die hiesigen Rabattvereine am Werk seien, durch Verringerung des Rabattwesens die Konsumanten zu sich heranzuziehen, forderte besonders die Frauen auf, nicht ihr Geld dem politischen Gegner ins Haus zu tragen. Bei der fortgeschrittenen Agitation dürfte auch hier bald die Errichtung einer Verkaufsstelle des Konsumvereins erfolgen.

Friedrichsfelde.

Beim Rangieren getötet wurde gestern nachmittags der Bahnarbeiter August K o b i l e aus der Berliner Straße 18. Der Unglückliche geriet auf dem Bahnhof Zentralbahnhof beim Zusammenstoßen von

Güterwagen wahrscheinlich zwischen die Puffer und wurde so schwer gequetscht, daß er benimmungslos liegen blieb. Ein Zahnarzt machte noch Wiederbelebungsversuche, mußte aber bald den Tod feststellen.

Reinickendorf.

Ein schwerer Radfahrerunfall ereignete sich vorgestern nachmittags in der Residenzstraße. Eine Gruppe von Radfahrern fuhr in größter Schnelligkeit den Straßenzug entlang und sauste an den Straßenbahnsteifen vorüber. Hierbei kreuzte der Tischler K o h l a t einen Mann, der im Begriff war einen Straßenbahnwagen zu besteigen. N. stürzte und fiel in weitem Bogen auf den Fahrdamm. Die nachfolgenden Radler vermochten nicht mehr auszuweichen und kamen auch zu Fall, glücklicherweise ohne Verletzungen zu erleiden. N. dagegen hatte einen Bruch des Schlüsselbeins, erhebliche Kopfverletzungen und anscheinend auch innere Verletzungen davongetragen. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Zegel.

Aus der Gemeindevertretung. Der Bürgermeister stellte mit, daß bei der Arbeitslosenabzählung 60 Arbeitslose gezählt worden seien. Die durch unsere Organisationen vorgenommene Abzählung hätte allerdings ein anderes Ergebnis. Es wurden 318 Arbeitslose und 182 teilweise Beschäftigte gezählt. Des weiteren gab der Bürgermeister bekannt, daß Herr J o u r n i e r ohne Erlaubnis Eis aus dem Hofen entnommen habe; nach den Berechnungen des Hofenmeisters betrug die entnommene Menge 3308 Kubikmeter, gleich 68 000 Zentner. Der Gemeindevorstand empfahl der Vertretung, 100 M. dafür zu fordern. Einigen der bürgerlichen Vertreter war selbst diese lächerlich geringe Summe noch zu hoch, nur unter Berücksichtigung des unerlaubten Vorgehens des Herrn J o u r n i e r wurde dem Vorschlag des Gemeindevorstandes zugestimmt. Ein Antrag der Nachbargemeinde Wittenau auf Aenderung der Gemarkungsgrenze wurde abgelehnt. Zu Punkt „Erziehung für den Malermeister K o b e l e“ erklärte der Bürgermeister, daß er die Notwendigkeit derselben nicht einsehe. Sämtliche Meden traten diesen Ausführungen entgegen. Die Ausschreibung der Wohl wurde mit allen gegen die Stimme des Bürgermeisters angenommen. Darauf wurde der Gefängnisinspektor N a u t e n b e r g e r als Armenpfleger gewählt. Wegen der Richtigkeit der Wählerliste lagen 5 Einsprüche vor. 2 davon wurden als berechtigt anerkannt, 2 wurden abgelehnt und im Falle B. T. i e h wurden weitere Erhebungen beschlossen. Unsere Genossen hatten Gültigkeit sämtlicher Einsprüche beantragt. Zur Vergrößerung des Märkerts und Errichtung einer elektrischen Anlage soll eine Anleihe von 100 000 M. bei der Preussischen Pfandbriefbank aufgenommen werden. Der Aenderung des Tilgungsjahres einer Anleihe von 11 000 M. von 1 1/2 auf 3 Proz. wurde zugestimmt. Die Anlegung eines Spielplatzes wurde der finanziellen Lage wegen vertagt; der Platz soll jedoch Vereinen nach eingeholter Erlaubnis in dem jetzigen Zustand zur Verfügung stehen. Ein Kaufangebot für das Grundstück S a u p f e r t. 16, Maidstube, lag vom Pächter desselben vor. Herr I n d e m a n n hatte angetragen, entweder den Saal zu vergrößern oder ihm das Grundstück zum Preise von 80 000 M. zu verkaufen. Beides wurde abgelehnt. Es wurde die Vergrößerung des Müllplatzes beschlossen. Dem Verträge auf Uebernahme der Bernauer Straße durch die Gemeinde wurde zugestimmt. Für Abgabe elektrischer Kraft wurden folgende Sätze festgelegt. Für elektrische Kraft pro Kilowatt 20 Pf., für Licht 30 Pf. Zum Verträge mit dem Kreis Nieder-Barnim über Abgabe von elektrischer Kraft glaubt Herr von V o r s i j m Interesse der Gemeinde, nicht etwa im Interesse des Gaswerks — wie er ausführte — auf den mit dem Gaswerk abgeschlossenen Vertrag hinweisen zu müssen. Der Vertrag verleiht der Gemeinde die Abgabe von Licht. Da beim Betrieb der Kräne des Kreises auch einige Lampen betrieben werden sollen, so war die Konkurrenz für das Gaswerk außerordentlich groß und das Eintreten des Herrn von V o r s i j m für dasselbe von seinem Standpunkte berechtigt. Der Vertrag wurde mit einigen Aenderungen angenommen. Zur Beschaffung eines Raumes zur Fleischschau soll die jetzige Kranstube umgebaut und für diese eine neue eingerichtet werden. Als letzter Punkt gelangte die Reuefischung der Begräbnisgebühren zur Verhandlung. Es wurden gegen die Stimmen unserer Genossen folgende Sätze beschlossen: Für große Grabstellen 10 M., bisher 6 M., für mittlere 6 M., bisher 3 M., für kleine Grabstellen bleibt die Gebühr von 3 M. bestehen. Die Gebühren für Gräfte wurden je um 1 M. erhöht. Für Auswärtige soll der doppelte Preis erhoben werden. Die Gebühren für Bahnhallen wurden von 40 M. auf 50 M. und für Dauerstellen von 100 M. auf 120 M. erhöht.

Sichwalde.

Den ersten Sozialdemokraten gelang es heute in die hiesige Gemeindevertretung zu wählen. Genosse K i t t e r vereinigte auf sich 91 Stimmen, der Kandidat der Bürgerlichen, Kaufmann K i e h n, brachte es nur auf 66 Stimmen. Die Gegner arbeiteten mit allen Mitteln. Die Bahn- und Postbeamten mühten zur Wahl anzureizen und der Pfarrer sammelte Papierstimmen.

Potsdam.

Ein Betriebsunfall ereignete sich in der Eisenbahnhauptwerkstatt. Dort fiel dem beim Verladen von Eisen beschäftigten Arbeiter N e j o r d s t y die Wand eines Güterwagens auf den Kopf. J. erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Krankenhaus übergeführt. Die Zahl der Unfälle hat in der Werkstatt in den letzten Jahren in erschreckender Weise zugenommen.

Feuer in der Maschinengewehrabteilung. In den Kasernen der 1. Gardenarschützengewehrabteilung am Bornstedter Feld, wo bereits am 27. Dezember d. J. ein Brand im Kriegsfahrzeugschuppen ausgebrochen war, kam in der letzten Nacht wieder ein Feuer zum Ausbruch. Der neben den Wellblechfabriken liegende Schuppen, in dem die Maschinengewehre untergebracht sind, stand gegen Mitternacht wieder in Flammen. Das Feuer zerstörte die Holzportale, die zur Wiederherstellung des beim früheren Brande vernichteten Gebäudes aufgeschichtet lagen. Die Potsdamer Feuerwehr erschien rasch an der Brandstätte und bekämpfte mit zwei Schlauchleitungen das entseelte Element. Man vermutet diesmal eine Brandstiftung.

Spandau.

Stadtvorordnetenversammlung. Zwei Nummern sind es vornehmlich, welche die Vorwärtsleser aus dieser Sitzung interessieren. Der erste betrifft den Antrag des Stadtvorordneten Genossen P i e d und Genossen: „Den Magistrat zu ersuchen, über die Einführung der Wertzuwachssteuer mit der Stadtvorordnetenversammlung in gemischter Kommission zu beraten.“ Man glaube anfangs, dieser Antrag würde ohne weitere Debatte angenommen werden, weil er doch die Versammlung zu gar nichts verpflichtete, aber es kam anders. Genosse P i e d als Referent wies darauf hin, daß dieser Antrag keine Parteifrage sei. Bedeutende Autoritäten hätten sich für diese Steuer ausgesprochen. Auch die hiesigen Stadtvorordneten seien verpflichtet, sich mit dieser Steuer zu beschäftigen, wenn man die großen Ausgaben, welche der Stadt bevorstehen, berücksichtigen und wenn man ferner in Betracht ziehe, daß man schon den letzten Etat mit Mühe und Not bei einem Zuschlag von 150 Prozent zur Einkommensteuer zum balanzieren gebracht habe. Man habe deshalb schon die Zuschläge zur Grundsteuer und mit schwerem Herzen auch die der Gewerbesteuer erhöhen müssen. Lehne man die Wertzuwachssteuer ab, dann werde man wohl oder übel die Zuschläge zur Einkommensteuer und auch die Kanalisationsgebühren erhöhen müssen. Was haben dagegen die Spekulanten für die Wertsteigerung getan? Sie haben geschlafen und nur die Miesgewinne eingestrichelt. Lediglich die Unternehmungen und Verbesserungen der Stadt haben die Wertsteigerung vollzogen, da sei es doch sehr bedauerlich, wenn die Spekulanten einen kleinen Teil ihres Gewinnes auch wieder der Stadt zufloßen lassen. Auf diese sachlichen Ausführungen des Genossen P i e d reagierte zunächst der Stadtvorordnete und Vorsitzende des Grundbesitzervereins S i e f e r t. Er beantragte glatte Ablehnung des Antrages. Er stimmt ein großes Lamento darüber an, daß man alles dem Grundbesitz aufholgen wolle. Man werde nicht nur die unbauten, sondern

auch die bebauten Grundstücke heranziehen. Dadurch werde der Grundbesitz teurer und verlore man den Grundbesitz, dann werden auch die Rieken teurer. Der zweite, der auch in die Kerbe des Vordredners mit einfiel, war der Raurermeister Stadtv. K a t o w i t z, der auch in Spandau erst ein vermöglicher Mann geworden ist. Er ist der Meinung, daß die Grundbesitzer ihre Grundstücke, wenn sie dieselben bebauen, selber wertvoll machen. Man würde durch die Wertzuwachssteuer der Entwidlung Spandaus die Wurzel abschneiden. Der Dritte im Bunde war der Stadtvorordnete und Zentralvorsitzende der Grundbesitzervereine Justizrat Dr. V a u m e r t. Er wußte, daß man lieber die Aktiäre besteuere als den Grundbesitz. Führe man die Wertzuwachssteuer ein, dann werden die Kapitalisten sich mehr dem mobilen Kapital, den Aktien zuwenden. Ueber die Besteuerung der unbauten Grundstücke ließe sich vielleicht noch sprechen. Dieser Ansicht schloßen sich auch der Stadtvorordnete S c h o b und der Stadtvorordnete und konservative Landtagsabgeordnete L ü d i e an. Genosse P i e d wußte dann in seinem Schlusswort diesen Vertretern eigener Interessen noch ganz gehörig den Kopf und schließlich stimmte die Versammlung, nachdem noch verschiedene Reden darauf bezwiefen, daß man doch nur über die Wertzuwachssteuer in einer gemischten Kommission eine Besprechung herbeiführen wolle, mit großer Majorität dem Antrage P i e d zu. Der zweite wichtige Punkt betraf die Vorlage der Einrichtung einer Betriebskrankenkasse für die städtischen Arbeiter. Als der Referent dieser Vorlage, der Stadtv. K e i n e r t, der früher selber einmal Vorsitzender der allgemeinen Ortskrankenkasse war, mitteilte, daß die Kommission leider beschlossen habe, diese Krankenkasse einzuführen, und schilderte, wie die Ortskrankenkasse dadurch geschädigt werde, sowie seinen Antrag, die Vorlage auf ein halbes Jahr zu vertagen, bis die Krankenkassenreform im Reichstag erledigt sei, konnte man beinahe Hoffnung schöpfen, daß dieser Antrag angenommen werden könnte. Aber die Wut, daß einige Sozialdemokraten als Beamte der allgemeinen Ortskrankenkasse angestellt waren, war zu groß und machte die Sozialistenfreier allen vernünftigen Vorschlägen unzugänglich. Die Stadtvorordneten Vertriebsreferent S i m o n (konf.), Dreher K i s c h (Zentrum), beides Vertreter der 3. Abteilung, Justizrat Dr. V a u m e r t (konf.) und endlich der Stadtrat S t r i t t e, sie alle fielen über die allgemeine Ortskrankenkasse und deren teure Wirtschaft her. Letzterer erklärte sogar, wenn die allgemeine Ortskrankenkasse nicht mehr bestehen könne, möge sie ihre Pforten schließen. (Dieser Herr ist noch dazu Degenerent der Ortskrankenkasse.) Alle Bemühungen des Genossen P i e d, der noch einen Zusammenstoß mit dem konservativen Stadtv. S c h o b hatte, sowie der Stadtvorordneten D u f f e h und W e b e r, die noch eines Verständnisses von den Krankenkassen befandeten, waren vergeblich, die allgemeine Ortskrankenkasse soll nun einmal erdrosselt werden. Die Versammlung stimmte in ihrer Mehrzahl dem Antrage des Magistrats zu. Nun, die Ortskrankenkasse wird trotz alledem nicht zugrunde gehen, wenn sie anfangs vielleicht auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, und die Zeit wird es ja lehren, ob nicht die Krankenkasse für die städtischen Arbeiter für diese noch mal größere Nachteile bringen wird, als sie in der Ortskrankenkasse hatten. Soviel steht sicher fest, die städtischen Arbeiter werden in dieser Sache nichts zu sagen haben. Vergessen soll nicht werden, daß auch familiäre Gegner anerkannten, daß die Beamten der Ortskrankenkasse ihre Pflicht in volstem Maße tun. Das ist aber ganz egal. Sobald sich ein Sozialdemokrat darunter befindet, wird danach nicht gefragt. Den Arbeitern Spandaus muß dieser Schandfleck aber ein neuer Ansporn sein, bei den nächsten Stadtvorordnetenwahlen im vollsten Maße ihre Schuldigkeit zu tun, damit solche rückständigen Elemente, die sich auch Arbeitervertreter nennen, nicht wieder in die Versammlung hineingewählt werden.

Wegen Milchpanteherei wurde am Mittwoch, den 16. d. M., vom Schöffengericht der Materialwarenhändler Wilhelm K u t l e n b e r g aus der Fischerstraße zu 75 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hat die Milch mit 15—20 Proz. Wasser vermischt.

Auch hier beginnt die Jugendorganisation Fuß zu fassen. Zu einer am Sonntag nach dem Lokal von Gottwald, Schönwalder Straße, einberufenen Versammlung hatten sich eine Anzahl jugendlicher Personen eingefunden. Nach einem Referat des Genossen G r o g e r über das Thema „Jugendideale“ und einer Diskussion hierüber, wurden Valender und Ritter für die Jugendkommission gewählt. Als der Vorsitzende die Versammlung geschlossen hatte, machte sich der überwachende Polizeikommissar W a n g e l i n dabei, die Personalien von vier anwesenden jugendlichen Personen von unter 18 Jahren festzustellen. Der Versammlungsleiter protestierte hiergegen, worauf sich der Kommissar auf den § 17 des Vereinsgesetzes berief. Zugleich fragte er den Genossen S t e i n l i c h, ob er den § 17 kenne. Schlagfertig erwiderte dieser, ich kann Ihnen denselben ja vorlesen, falls Sie ihn nicht kennen sollten. Der Beamte hat also die Versammlung wohl für eine politische angesehen. Die Anmeldungen zur Aufnahme zeigten, daß die jugendlichen Personen das Auftreten des Beamten zu würdigen trauten. Jedenfalls hat das Verhalten des Beamten eine gute Propaganda für die Jugendorganisation in Spandau gemacht.

Vermischtes.

Ein Grubenunglück. Wie uns telegraphisch aus Waldenburg (Schlesien) gemeldet wird, wurden gestern früh 3 Uhr der Steiger R o t h e r und der Hauer B i e n e r t durch Brandgase getötet. J e h n M a n n wurden betäubt aufgefunden, darunter befindet sich ein Aufseher in Lebensgefahr.

Ordnungshägen. Wie uns aus Dresden berichtet wird, wurden von dem Schöffengericht in Reichen drei Ordnungshägen, u. a. ein bürgerlicher Stadtvorordnete, zu je 150 Mark Strafe oder 30 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie bei einem Wohlthatigkeitsfeste die Kontrollanten und die Gewinnlisten gefälscht hatten, um sich die besten Gewinne zuzuschonzen.

Das Komitee wollte die Sache vertuschen; aber durch die Veröffentlichung unseres Reichener Parteiblattes wurde das verhindert.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft lau, Preise unbedeutend. Bild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. G e l l a g e l: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. R i s c h e: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft anständig, Preise gut, Markt wenig verändert. S u t t e r und R a j e: Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. G e m a l t e, O h n und S a b j a c h t e: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesamt für Gewässerunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	18. 3.	17. 3.	om	om		18. 3.	17. 3.	om	om
Remel, Mühl	1837	0			Saale, Großh.	94	+8		
Regel, Unterburg	-4	+3			Qabel, Spanbau	75	+2		
Regel, Thorn	200	+4			Regel, Spanbau	106	-2		
Ober, Rathor	315	+34			Spree, Spremberg	96	0		
„ „ „	142	-2			„ „ „	69	-1		
„ „ „	202	0			„ „ „	-65	+5		
Warte, Schrimm	82	+1			„ „ „	10	+4		
„ „ „	50	-1			„ „ „	284	-2		
„ „ „	0	+2			„ „ „	100	-2		
„ „ „	60	-10			„ „ „	98	-9		
„ „ „	-42	-6			„ „ „	48	+2		
„ „ „	180	+78			„ „ „	148	-7		
„ „ „	126	+46			„ „ „	65	-4		

+) + bedeutet Hoch, -) -) Unterpegel. -) -) Stand. -) -) Wasserstand am 18. März, 6 Uhr vormittags 820, um 5 Uhr nachmittags 876 cm.

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**



die Lederhose
Herkules

tragen.

Unerreichte
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder
mit Zwickkette in
grünen und braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Bund aus
einem Stück
gearbeitet, wodurch
besondere Haltbarkeit
bedingt ist. Sehr feste
Kappenähte mit
starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flecken umsonst.

Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Mannes-Größe

4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 21
Gr. Frankfurterstr. 20.

Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachdr. verboten.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
Die schönsten 3600

**Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge**
in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe

nonkavalieren getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu stannend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
Hochbahnstation Rottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.



Zentralhaus moderner Herrenkleidung

Neue Friedrichstr. 35,
neben der Zentral-Markthalle,
liefert an jedermann elegante

Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Ge-
wahrleistung für tadelloser Sitz gegen
wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an.
Ausführungsbereit u. Verlässlichkeit. Kaufe.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

Knab- u. Burschengarderobe vorrätig!

Orts-Krankenkasse

der
Buchbinder

und verwandten Gewerbe.

Der Jahresbericht für 1908
ist erschienen und kann im Bureau der
Kasse, Engelstr. 15, 2 Treppen, im
Empfang genommen werden.
271/11 Der Vorstand.

**Höchste
Leistungsfähigkeit!**

Spezial-Geschäft
für feine
Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß
ent. Leil. erstklass. Schneidermstr.
J. Kurzberg,
Rosenthalerstr. 40, 1
und Jannowitz-
brücke 1, 1.

**Wochenrate
von 1 Mark an.**

Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor Berlin O. 17,
Fruchtstraße 75.

Telephon Nr. 7 Nr. 3040 u. 3096.

I. Lagerplatz: Ostbahnhof Berlin
O. 34, Bromberger Str. 16.

II. Lagerplatz: O. 17, Fruchtstr. 13.

III. Lagerplatz: Bahnh. Weihen-
see, Greifswalder Str. 80a.

Preise für nur la Marken ab Wag-
gon 10 Str. an 382

Prima Galbierne, Marke
Laudhammer Str. 95 W.

Galbierne (bekannte
Marken) Str. 97 W.

Herford-Salon-
Driftstr. Str. 97 W.

Anna u. Waldmannsbeil
Str. 99 W.

Pfänerstraße Str. 101 W.

la Diamant (pr. Str.
110 bis 120 Eid.) Str. 105 W.

la Ilse Salon Str. 105 W.

la Hah. Kohlen-
werke Str. 105 W.

la Anthrazit-Cade Str. 235 W.

Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Anlieferung frei Keller je
nach Quantum pr. Str. 10-15 W.
mehr. — Bei Originalabgangs und
größeren Abhängen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

**Café Alsen
Schles. Brücke.**

Die Berlin-Wollersdorfer Dampfkehlfabrik-Gesellschaft empfiehlt
den geheizten Vereinen, Hotels, Gewerkschaften usw. ihre Personenlampen
zu Dampfdruckanlagen zu den billigsten Bedingungen.
58832
Fr. Saewert, SO. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernspr.: Amt IV 13740.



Urbin
Bester Schuh-putz

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: URBAN & LEMM, Charlottenburg.

Am Mittwoch früh verschied
mein lieber Mann, unser guter
Vater, der Rittenmacher
Friedrich Schulz
nach langem, schwerem Leiden im
Alter von 88 Jahren.
Dies zeigt mit der Bitte um
hille Teilnahme an
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Auf-
sichtungs-Kirchhofes in Weihen-
see aus statt. 16416

**Pa. Pa. Schlack-
u. Salamiwurst**

Ausnahmepreis à Pfd. 1 Mark.
Garantiert reines Gänseeschmalz à 1.20 M.
50/16 empfiehlt

Herm. Leibner
BERLIN C.

Klosterstraße No. 93-95
Eckhaus Kaiser Wilhelmstr. 11.

4 neuerbaute Wohnungen zu ver-
mieten Gackenastraße 72.
mit und ohne Wohnung. 290/1

Piano, erster Hoflieferanten-
firma, weit unter Wert
sollort verkauft. Französischer 15, I r.

Ein donnerndes Hoch!!!
dem unverwundlichen Helden
**Hermann Rollinke
Hulda Werner**
scheiden die Genossen des 548a. Regt. 78.
Unserem Bewohnmüthigen
Ernst Hübner
und Braut 15275
die besten Glückwünsche zum Eheband.
Die Ortsverwaltung der Filiale
Berlin 11 der Wagonbauwerkstatt (E.H.).

Unserem **Karl Ohm**
(Monat) zu seinem 50. Geburts-
tage die herzlichsten Glückwünsche.
15285 **Erich Haack.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
Königlicher Viertel.
Bezirk Nr. 207.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Arbeiter

Heinrich Hube
Gurterstraße 48
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in
Betg aus statt. 216/16
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Metall-
arbeiter

Heinrich Hube
am 16. d. M. an Blinddarmlleiden
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Kirkdorf, Hermannstraße, aus statt.
Höge Beteiligung wird erwartet.
113/12 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Pankow.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Tischler

Karl Domnick
(Kalter-Friedrich-Strasse 69)
im Alter von 39 Jahren plötzlich
verstorben ist. 238/6

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. März, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des neuen Pankower Kirchhofes
(Schönholzer Heide) aus statt.

Um recht rege Beteiligung er-
sucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Maschin-
arbeiter

Gustav Kadach
am 15. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 20. März, nach-
mittags 5 Uhr, vom Traneenhause,
Reichenbergerstr. 126, aus nach
dem Emmaus-Kirchhof, in Kir-
dorf, Hermannstraße, statt.

Ferner verliert unser Kollege,
der Rittenmacher

Friedrich Schulz
am 17. März.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 22. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Aufsichtungs-Kirchhofes in
Weihensee aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
81/2 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Buch- u. Steindruckerei-
Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.**
Ortsverwaltung Berlin.

Am 17. März früh 8 Uhr nach
nach sechswochenlichem Kranken-
lager unser Mitglied, der Sout-
arbeiter

Karl Hahn
an der Pleuritis verstorben. Ein
ehrenbes Andenken bewahrt ihm
Die Ortsverwaltung Berlin.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. d. Mts.,
nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trane-
hause Konstanzenstr. 83 nach dem
Markus-Kirchhof in Wilhelmshagen
statt. 27/4

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 56232
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

HIER
**SEH'N
SIE'S
SELBST!**
WIR DREI SIND
„EINS“

M. GLOGAU
Alte Jakobstr. 73
Ecke Dresden- u. Rosenthalstr.

C. Warbmann & Co.
Reinickendorfer-
Strasse 15

P. Neugebauer Hfg.
Charlottenburg,
Wilmersdorfer-Strasse 21

**OB
SIE GELD
HABEN ODER
KEINS**
„DER NEUE DREIBUND“
KREDITIERT IHNEN
ALLES.

**Es
bleibt nur
Eins**
MÖBEL
AUF
KREDIT

liefert
bekanntlich
am billigsten, besten
und schnellsten nur
**Der neue
Dreibund.**

**DER NEUE
„DREIBUND“**
welcher aus obigen 3 größten
Kredithäusern besteht, verdankt
seine Popularität dem Umstande,
dass in allen 3 Geschäften so-
wohl Auswahl als auch Kulanz
gleich gross sind.

Einziges Möbel werte
Kongl. Einrichtungs

